

WISO



WISO - Wirtschafts- und sozialstatistische Informationen

ZEITLEISTE: **Wahlen**

ÜBERBLICK: **Der Tiroler Arbeitsmarkt im ersten Halbjahr 2013**

WISO WISSEN: **Corporate Social Responsibility**

WISO TAX: **Die Steuerabsetzbeträge im Einkommenssteuerrecht**

Gute Arbeit: Von der Qualität der Arbeit

Tarifentwicklung der Innsbrucker Parkgaragen

IN ZAHLEN: **Zahlen und Fakten zur wirtschaftlichen Lage**

WISO - WIRTSCHAFTS- und SOZIALSTATISTISCHE INFORMATIONEN
Ausgabe 2013/ II
Arbeiterkammer Tirol

Kontakt:
Mag. Armin Erger
Wirtschaftspolitische Abteilung
armin.egger@ak-tirol.com
0800 - 22 55 22 DW 1453



AK-Präsident Erwin Zangerl

Liebe Leserin, lieber Leser,

In der neuesten WISO-Ausgabe findet sich eine Reihe relevanter Artikel und Daten zum wirtschafts- und sozialpolitischen Geschehen.

Von den Wahlen in Österreich und Deutschland, der Budgetkrise in den USA zur Sperre des Felbertauern in Tirol: die wichtigsten regionalen, nationalen und internationalen Ereignisse der letzten Monate werden kompakt zusammengefasst.

In keinem anderen Bundesland stieg die Beschäftigung so stark wie in Tirol. Aber auch die Arbeitslosigkeit nahm deutlich zu. Wie verlief das erste Halbjahr 2013 am Tiroler Arbeitsmarkt? Sie finden auch Ergebnisse zu allen Tiroler Bezirken.

Was versteht man hinter dem Begriff „Corporate Social Responsibility“, dem gesellschaftlich verantwortungsvollen Verhalten von Unternehmen? Und steckt immer das dahinter, was gesagt wird?

Alleinverdienerabsetzbetrag, Pensionistenabsetzbetrag, Verkehrsabsetzbetrag: Welche Steuerabsetzbeträge finden sich im Einkommenssteuerrecht? Hier finden Sie einen verständlichen Überblick über mögliche Steuervorteile.

Was macht eine Arbeit zu einer guten Arbeit? Wir erklären, was eine Beschäftigung menschengerecht und qualitativ hochwertig macht. Denn Lebensqualität und Arbeit hängen eng miteinander zusammen.

Wird Parken in Innsbruck immer teurer? Wir haben die Preisentwicklung in den Innsbrucker Parkgaragen unter die Lupe genommen und bieten Ihnen eine profunde Analyse.

Die wichtigsten Daten und Kennzahlen zu den Themen Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und vielem anderen mehr sind – wie gewohnt – am Ende der Ausgabe nachzulesen.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre!

WISO 2013 II

Inhalte

ZEITLEISTE: Wahlen Österreich und Deutschland haben gewählt	Seite 5
Überblick: Der Tiroler Arbeitsmarkt Das Tiroler Arbeitsmarktgeschehen im ersten Halbjahr 2013	Seite 23
WISO WISSEN: CSR Was ist Corporate Social Responsibility?	Seite 27
WISO TAX: Absetzbeträge Die Steuerabsetzbeträge im Einkommenssteuerrecht	Seite 35
Gute Arbeit Was macht gute Arbeit aus? Anmerkungen zur Qualität der Arbeit	Seite 38
Tarifentwicklung der Innsbrucker Parkgaragen Wie entwickelten sich die Preise der Innsbrucker Parkgaragen 2001 - 2013	Seite 47
IN ZAHLEN: Das zweite Quartal 2013	Seite 51



Global

Langsameres Wachstum in den großen Schwellenländern

Die neuen Wachstumszahlen Chinas ließen aufhorchen: „nur“ 7,5% Plus im zweiten Quartal 2013. Trotz dieser noch immer beeindruckenden Wirtschaftsdaten stellte diese Zunahme die geringste Zunahme seit 23 Jahren dar.

Das niedrige Wachstum der globalen Konjunkturlokomotive China verweist auf einen grundsätzlichen Wandel in der Weltwirtschaft: die Zeit des rasanten Aufholprozesses der Schwellenländer, insbesondere in den sogenannten BRICs (Brasilien, Russland, Indien und China), scheint auszuklingen.

2007 lag die Zuwachsrate der chinesischen Wirtschaft bei 14,2%, Indien bei 10,2%, Russland bei 8,5% und Brasilien bei 6,1%. Seitdem haben sich die Zuwächse halbiert. 2013 sollen die entsprechenden Raten für China 7,5%, Indien 5,6% und für Russland und Brasilien 2,5% betragen.¹

Der Beitrag der BRICs zum weltweiten Wirtschaftswachstum ging von fast zwei Dritteln auf etwas weniger als die Hälfte zurück. Noch immer wird sich der wirtschaftliche Schwerpunkt der Welt zu den Schwellenländern verschieben, aber nicht mehr mit derselben atemberaubenden Geschwindigkeit wie in den letzten 15-20 Jahren.



Müssen sich auf Zeiten langsameren Wachstums einstellen: die Staats- und Regierungschefs der großen Entwicklungsländer. V.l.n.r. Dilma Rousseff (Brasilien), Manmohan Singh (Indien), Vladimir Putin (Russland), Xi Jinping (China) mit Jacob Zuma (Südafrika)

Was hat sich verändert? Zum einen, ist es der rasante Aufholprozess selbst, der die Wachstumsraten sinken lässt. Die Länder sind heute insgesamt reicher und haben viel größere Volkswirtschaften als noch vor zehn Jahren. Aufgrund des statistischen Basiseffektes würde es einer weitaus höheren absoluten Anstrengung bedürfen, um dieselben Zuwachsraten zu erreichen. Zum anderen sind die leicht abzuschöpfenden Wachstumspotenziale bereits weitgehend realisiert worden: die Produktion wurde industrialisiert, Millionen billiger Arbeitskräfte drängten in die Fabriken, was Exporte billig machte. Nun, nicht zuletzt aufgrund der Wirtschaftskrise in der westlichen Welt, müssen die Schwellenländer ihre Ökonomien auf eine neue Wachstumsbasis zu stellen. Am besten positioniert ist China, das daran arbeitet, seine durch Exporte und Investitionen getriebene Wirtschaft auf eine breitere, mehr durch Binnenkonsum gestützte Basis zu stellen.

¹ vgl. The Economist, 27. Juli 2013, S. 18



© svenne venne

NSA-Enthüller Edward Snowden wurde zur internationalen Ikone für den Widerstand gegen digitale Überwachung.

Aufgrund der steigenden Kaufkraft der chinesischen Mittelklasse könnte dieser Umbau gut gelingen. Schwieriger werden es die anderen großen Schwellenländer haben. Russlands Wirtschaftsboom wurde durch die steigenden Energiepreise, ausgelöst durch den Energiehunger der anderen Schwellenländer, angefeuert. Die Wirtschaftskrise lässt aber die Energiepreise stagnieren und neue Energiequellen (z.B. die Ausnutzung von Schiefergasvorkommen) drohen, den globalen Energiemarkt weiter zu diversifizieren. Andere, noch nicht genutzte Potenziale der russischen Wirtschaft sind aber schwer zu identifizieren.

Brasilien leidet nach einer heißen Phase wirtschaftlichen Wachstums durch hohe Rohstoffpreise und Kredite an einer hohen Inflation. Marktbeobachter gehen davon aus, dass die „natürliche“ Wachstumsgeschwindigkeit der brasilianischen Wirtschaft weit unter den in den letzten Jahren beobachteten Zahlen liegen dürfte.

Indien sah in den letzten Monaten einen raschen Verfall seiner Landeswährung, dazu ist Indien stark von ausländischem Kapital abhängig, das aber in den letzten Monaten aus allen großen Schwellenländern herausging, sodass die hohen Wachstumszahlen der Anfangsjahre dieses Jahrzehnts wohl nicht mehr erreicht werden.²

² vgl. The Economist, 24. August 2013

Die USA sperren zu

Die Präsidentschaft Barack Obamas war in den letzten Monaten nicht von wirtschaftspolitischen Themen geprägt: die Enthüllungen des Aufdeckers Edward Snowden zeigten der Welt auf spektakuläre Art und Weise ein schockierend weitläufige Überwachungsprogramme („Boundless Informant“, „PRISM“) des amerikanischen Geheimdienstes NSA. Auch die Dienste anderer Staaten, etwa Großbritanniens („Tempora“), betreiben ähnliche Programme oder nützten Informationen aus der NSA-Überwachung. Profunde politische Konsequenzen der Enthüllungen gab es bislang nicht. Präsident Obama stellte sich letztlich hinter die Überwachung und argumentierte, dass diese von vitaler Bedeutung für die nationale Sicherheit wäre.

Außenpolitisch dominierte die Situation in Syrien die amerikanische Agenda. Nach einem Giftgas-Angriff in einem Vorort von Damaskus war die von Präsident Obama gezeichnete „rote Linie“ für ein militärisches Eingreifen überschritten. Zusammen mit Großbritannien und Frankreich sollte das Regime von Präsident Assad mit Luftschlägen bestraft werden.

Als einzige Möglichkeit einem Militärschlag zu entgehen, benannte US-Außenminister Kerry, die Übergabe und Vernichtung aller chemischen Waffen der Syrer. Ein Vorschlag, dem Syrien prompt unter Vermittlung Russlands, das das Regime unterstützt, zustimmte – wohl auch zur Überraschung der amerikanischen Administration, die daraufhin stark vom Kriegskurs zurückruderte.



© Shanna213

Reale Auswirkungen des Budgetstreits - die amerikanische Regierung musste nicht-vitale Funktionen zusperren.



© Internationales Monetäres Forum

Bald eine der mächtigsten Frauen der Welt: Janet Yellen, die designierte Chefin der amerikanischen Notenbank Federal Reserve

„Government Shutdown“ – Amerika sperrt zu

Erst Anfang Oktober traten wirtschaftspolitische Themen wieder in den Vordergrund, das aber massiv. Mit erstem Oktober mussten weite Teile der amerikanischen Verwaltung ihre Arbeit einstellen, da es im Kongress nicht gelungen war, ein neues Budgetgesetz rechtzeitig zu verabschieden. Im Mittelpunkt des Budgetstreits stand erneut der „Affordable Care Act“, d.h. die durch Präsident Obama eingeführte Reform der Krankenversicherung, die von extremistischen Konservativen heftig bekämpft wird. Die Republikaner machen ihre Zustimmung zum Budgetgesetz von einem Aufschub der Einführung der Krankenversicherungspflicht abhängig. Der Sprecher der demokratischen Mehrheit im Senat hielt allerdings fest, dass man nicht „mit einer Pistole am Kopf“ verhandeln werde.³

Rund 800.000 von rund 2,8 Millionen amerikanischen Bundesangestellten mussten von der Arbeit zu Hause bleiben, eine weitere Million ohne Bezahlung weiterarbeiten. Unter anderem waren sämtliche Nationalparks und Denkmäler davon betroffen, so wie etwa 97% der Angestellten der Weltraumbehörde NASA. Bislang halten sich die wirtschaftlichen Konsequenzen in Grenzen. Der Effekt wird auf einen Verlust von etwa 0,1-0,2% des Wachstums im vierten Quartal für jede Woche, in dem der sogenannte „Government Shutdown“ andauerte, geschätzt.⁴ Erst am 17. Oktober konnte das Budgetgesetz beschlos-

sen werden, gleichzeitig wurde die Schuldenobergrenze angehoben und eine drohende Staatspleite der USA in letzter Minute abgewendet.

Wäre das nicht gelungen, hätten die USA erstmals in ihrer Geschichte ihre Schulden nicht mehr zahlen können. Angesichts der Tatsache, dass die USA der größte Schuldner der Welt sind und mit dem Dollar die dominante Weltreservewährung stellen, wären gravierende weltwirtschaftliche Konsequenzen nicht ausgeblieben.

Neue Chefin für die Federal Reserve

Im Jänner 2014 beendet Ben Bernanke seine zweite Amtszeit als Vorsitzender der Federal Reserve (FED), der amerikanischen Nationalbank, sodass die Nachfolge für diese wirtschaftspolitisch extrem wichtige Position geregelt werden muss. Bernanke spielte durch seine Politik des billigen Geldes, d.h. dem massenhaften Aufkaufen von amerikanischen Staatsanleihen und Hypotheken („QE – Quantitative Easing“) eine wichtige Rolle im Management der Wirtschaftskrise nach 2009. Der Nachfolgerin bzw. dem Nachfolger fällt die diffizile Aufgabe zu, den Ausstieg aus der losen Geldpolitik zu schaffen, ohne dabei eine erneute Finanz- und Wirtschaftskrise herbeizurufen.

Bernanke selbst hatte im Frühsommer Andeutungen gemacht, dass die Federal Reserve bald nicht mehr

³ New York Times, 30. September 2013

⁴ The Economist, 5. Oktober 2013

derart massive Anleihenkäufe vornehmen könnte, dafür aber sehr negative Signale von den Märkten erhalten. Im Spätsommer kündigte Bernanke dann doch die Fortsetzung des „Quantitative Easing“ an. Wahrscheinlich ist, dass Bernanke den Kurswechsel nun nicht mehr selbst vollziehen möchte.

Als Favorit Obamas für die Nachfolge wurde lange Larry Summers genannt, ein ehemaliger Chefökonom der Weltbank und Finanzminister unter Bill Clinton. Summers gilt als brilliant aber schwierig. Auch aufgrund seiner angeblich zu großen Nähe zu den Finanzakteuren der Wall Street formierte sich bald Widerstand. Da die Kandidaten vom Senat bestätigt werden müssen, waren politische Schwierigkeiten vorauszusehen. Summers gab daraufhin bekannt, kein Interesse an der FED-Position zu haben, sondern seine Professur in Harvard weiterführen zu wollen.

Anfang Oktober nominierte Präsident Obama 67-jährige Janet Yellen, die derzeitige Stellvertreterin Ben Bernankes als Nachfolgerin. Wird Yellen vom Senat bestätigt, wird sie die erste Frau an der Spitze der Federal Reserve. Mit ihr würde wohl die geldpolitische Linie Bernankes weiter fortgesetzt.

China

Wie bereits erwähnt lag das chinesische Wirtschaftswachstum im zweiten Quartal 2013 bei 7,5%, das schwächste Wachstum seit 23 Jahren. Die Gründe liegen zum einen in der westlichen Wirtschaftskrise, wodurch die Exporte nach Europa und die USA schwächer ausfallen, aber auch in der Wirtschaftspolitik der Regierung des neuen Staatspräsidenten Xi Jinping. Unter ihm wird die Politik der Inflationsbekämpfung seiner Vorgänger weiter fortgeführt. Investitionen, vor allem im Baubereich, werden gedämpft und die Neukreditvergabe heruntergefahren. Die chinesische Nationalbank drosselte die Geldversorgung der einheimischen Banken, um diese zu zwingen, größere Sicherheitspolster aufzubauen.

Dass der Umbau von einer exportorientierten Wirtschaft hin zu einer durch den Binnenkonsum gestützten Wirtschaft Fortschritte macht, ist an der Tatsache ablesbar, dass der Einzelhandel mittlerweile stärker wächst als früher, Exporte, Kreditausweitung und Investitionen jedoch langsamer.⁵

⁵ vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. Juli 2013



© tristram sparks

EU und Eurozone

Trippelschritte zur Bankenunion...

Das Projekt einer europäischen Bankenunion machte im September einen weiteren Schritt hin zu seiner Realisierung. Mit der Bankenunion, die bei ihrer Finalisierung aus einem europaweit einheitlichen Regelwerk für die drei Teilbereiche Bankenaufsicht, Bankenabwicklung im Krisenfall und Einlagensicherung bestehen soll, wird das Ziel verfolgt, das europäische Bankensystem krisensicherer zu machen. Rettungspakete für systemrelevante Banken („too big to fail“), welche die Nationalstaaten im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise Unsummen kosteten und die Schulden exorbitant ansteigen lassen, sollen in dieser Form dann nicht mehr vorkommen. Obwohl bereits wichtige Teilschritte genommen wurden, ist die Eurozone von einer vollständigen Umsetzung der Bankenunion noch weit entfernt.

Von den drei Säulen der europäischen Bankenunion ist die gemeinsame Bankenaufsicht am weitesten gediehen. Im Herbst 2014 wird eine neue, bei der

Europäischen Zentralbank angesiedelte, Aufsichtsbehörde ihre Tätigkeiten aufnehmen. Der Weg dazu wurde am 12. September mit einer Einigung von EZB und dem Europäischen Parlament über die Rechenschaftspflichten gegenüber dem Parlament freigegeben.⁶

Die neue Bankenaufsicht wird nicht sämtliche Banken in der Eurozone beaufsichtigen, aber die größten Institute mit Bilanzsummen von mehr als 30 Milliarden Euro. Die europaweit rund 130 Bankinstitute die dieses Kriterium erfüllen, machen rund 85% der Aktiva des gesamten Euroraums aus.⁷ Kleinere Banken werden nach wie vor von den nationalen Aufsichtsbehörden überwacht werden.

In Verhandlung ist derzeit die Etablierung eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus (SRM = Single Resolution Mechanism) für Pleitebanken. Über erste Punkte, wie das sogenannte „Bail-In“, d.h. die Beteiligung von Eigentümern und Gläubigern an der Deckung der Kosten von Bankpleiten, wurde bereits Einigung erzielt. Ausständig ist jedoch, wie und wo der SRM institutionell verankert werden soll. Der Vorschlag der Europäischen Kommission sieht vor, einen rund 300-köpfigen



© European Parliament

Eine Einigung des Europäischen Parlaments mit der EZB machte im September 2013 den Weg für die gemeinsame europäische Bankenaufsicht unter Führung der Europäischen Zentralbank frei.

⁶ vgl. Europäisches Parlament – Grünes Licht für einheitliche Bankenaufsicht, 12. September 2013

⁷ vgl. EZB – Auf dem Weg in die Bankenunion – Bestandsaufnahme aus Sicht der EZB; 04. September 2013

Ausschuss zu etablieren, dem Vertreter von Kommission, EZB und den nationalen Behörden angehören sollen. Der Ausschuss wäre mit der Vorbereitung und Überwachung von Bankenabwicklungen befasst. Die eigentliche Entscheidung darüber, ob eine Abwicklung notwendig wird und über den Zeitpunkt und den Umfang der Abwicklung soll aber die EU-Kommission selbst treffen und keine neu geschaffene Behörde.

Das Argument der EU-Kommission zielt darauf ab, dass diese Konstruktion die einzige Möglichkeit wäre, den Einheitlichen Abwicklungsmechanismus zu etablieren, ohne gleichzeitig die Europäischen Verträge zu ändern, was langwierig und politisch riskant wäre.⁸ Diese Position wird von manchen EU-Staaten, allen voran von Deutschland, nicht geteilt. Der deutsche Finanzminister Schäuble stellte sich bereits früh auf die Position, dass eine Einrichtung einer „starken zentralen Behörde“ für die Abwicklung von Banken ohne Änderung der Verträge nicht möglich sei.⁹ Der deutsche Vorschlag sieht deshalb vor, statt einer zentralen Stelle, ein Netzwerk der nationalen Behörden zu bilden, um mittelfristig eine Änderung der Europäischen Verträge anzustreben.¹⁰ Nach den deutschen Bundestagswahlen könnte sich diese Position allerdings nochmals ändern, man „denke über Alternativen nach.“¹¹

Neben den rechtlichen Differenzen zur Bankenabwicklung ist auch die Einrichtung eines Bankenabwicklungsfonds als weiteres Standbein der Bankenunion strittig. Aus dem Fonds sollten die Kosten einer allfälligen Abwicklung von Banken finanziert werden und nicht mehr aus den Budgets der Nationalstaaten entnommen werden, was die nationalen Verschuldungsstände anschwellen lassen würde. Nach dem Vorschlag der Kommission sollte der Fonds mittels Abgaben der Institute innerhalb von zehn Jahren mit rund 55 Milliarden Euro gefüllt werden.

Falls der Abwicklungsfonds davor in Anspruch genommen werden müsste, müssten allerdings erneut Steuergelder herangezogen werden. Politisch problematisch ist die Einrichtung eines gemeinsamen Abwicklungsfonds jedoch vor allem deshalb, da es durch den Fonds zu einer Vergemeinschaftung der Risiken in den jeweiligen Bankensektoren käme. Das bedeutet, dass Gelder, welche beispielsweise österreichische Institute eingezahlt haben, für die Abwicklung einer portugiesischen Bank herangezogen



Wehrt sich noch gegen die Einrichtung eines zentralen Abwicklungsfonds für Banken - der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble.

werden könnten – umgekehrt, an dieser Stelle ein kurzer Hinweis auf die Hypo Alpe Adria erlaubt, natürlich genauso. Manche Mitgliedsstaaten, allen voran Deutschland, sperren sich gegen einen gemeinsamen Abwicklungsfonds und möchten es bei Fonds auf nationaler Ebene belassen.¹² Nationale Abwicklungsfonds müssen bis 2018 eingerichtet werden, in Österreich wird dieser Fonds im Vollumfang 1,6 Milliarden Euro schwer.¹³

Noch völlig offen ist, ob es zur Etablierung eines gemeinsamen europäischen Sicherungsfonds für Einlagen kommt. Einen konkreten Vorschlag der Europäischen Kommission gibt es dazu noch nicht und das Vorhaben ist auch politisch stark umstritten.

Nach Zypern nun Slowenien?

Seit Monaten schwelt im österreichischen Nachbarland Slowenien eine Bankenkrise. Die slowenischen Banken sitzen auf nicht wieder einzubringenden Krediten in der Höhe von sieben Milliarden Euro. Soll-

⁸ vgl. FAZ – Wer die Macht über Banken haben soll, 14. September 2013

⁹ vgl. FAZ – Schäuble will Bankenunion in zwei Schritten, 13. Mai 2013

¹⁰ vgl. FAZ – Bundesbank fordert EU-Vertragsänderung, 16. September 2013

¹¹ Euractiv – Lenkt Deutschland bei Bankenabwicklung ein?, 16. September 2013

¹² vgl. Süddeutsche Zeitung – Auf Konfrontationskurs mit Schäuble, 10. Juli 2013

¹³ vgl. Wiener Zeitung – 1,6 Milliarden in Abwicklungsfonds für Problembanken, 15. Juli 2013



© European Parliament
Am 01. Juli vollzog Kroatien den Beitritt zur Europäischen Union. Kroatien ist nun der 28. Mitgliedsstaat der Union.

te es nicht gelingen, diese Finanzlöcher zu stopfen, drohen Bankenpleiten.

Für zwei Banken – Factor banka und Probanka – übernahm der slowenische Staat Anfang September Garantien in der Höhe von 1,3 Milliarden Euro, um diese vor der Pleite zu retten.¹⁴ Sollte Slowenien nicht in der Lage dazu sein, die Kosten selbst zu stemmen, könnte die Hilfe des europäischen Rettungsschirms ESM notwendig sein.

Die slowenische Regierung kündigte jedoch an, es ohne den ESM schaffen zu wollen.¹⁵ Abgesehen von der Vertrauensproblematik, wenn einmal externe Hilfe benötigt wird, sind die ESM-Gelder mit wirtschaftspolitischen und budgetären Auflagen verbunden, die die slowenische Regierung vermeiden möchte.

Die slowenische Regierung unter Ministerpräsidentin Alenka Bratusek versucht den finanziellen Schwierigkeiten mit einem Sparpaket in der Höhe von 500 Millionen Euro, sowie einer Erhöhung der Steuereinnahmen (Erhöhung der Mehrwertsteuer, Einführung einer Immobilienabgabe) in derselben Höhe, zu begegnen.

Eurobonds wieder im Spiel: Österreicherin sitzt Arbeitsgruppe vor

Anfang Juli setzte die EU-Kommission eine Arbeitsgruppe ein, um die Vor- und Nachteile von Eurobonds bewerten zu lassen. Vorsitzende der Arbeitsgruppe wird die Österreicherin Gertrude Tumpel-Gugerell, die bis 2012 im Direktorium der EZB tätig war.¹⁶ Mit Eurobonds werden gemeinsame Anleihen aller Eurostaaten bezeichnet, d.h. die gemeinsame Begabe von Schulden der Eurostaaten. Befürworter erhoffen

¹⁴ vgl. European Commission, 06. September 2013

¹⁵ vgl. Handelsblatt, 11. September 2013

¹⁶ vgl. Wiener Zeitung, 02.07.2013

¹⁷ vgl. Eurostat – Wachstumsrate des realen BIP

¹⁸ vgl. Eurostat – Harmonisierte Arbeitslosenquote nach Geschlecht – Alter 15-24

sich von Eurobonds eine Reduktion der Risikoaufschläge für Anleihen, da die Eurozone als Gesamtes hinter den Anleihen steht. Länder wie Deutschland, deren Zinsen für Staatsanleihen im Verlauf der Krise gesunken sind, da sie als „sicherer Hafen“ für Kapital gelten, wehren sich bisher vehement gegen die Einführung von Eurobonds.

Für deren Einführung sind die Länder der südlichen Peripherie, deren Zinslast durch das bessere Risikoring der Eurobonds sinken würde.

Die Europäische Kommission unterbreitete bereits 2012 einen Vorschlag für die Einführung von Eurobonds, der aber aufgrund des Widerstands der Mitgliedsstaaten nicht weiter verfolgt wurde.

Beitritt Kroatiens zur EU

Am 01. Juli 2013 erweiterte sich der Kreis der EU-Länder. Das 4,4 Millionen Einwohner zählende Kroatien wurde nach siebenjährigen Beitrittsverhandlungen das 28. Mitgliedsland. Obwohl Kroatien nach dem Zerfall Jugoslawiens und dem Ende der Nachfolgekriege eines der wirtschaftlich erfolgreicherer Länder des Westbalkans ist, liegt es noch weit hinter dem Entwicklungsstand der älteren Mitgliedsstaaten zurück.

Die Wirtschaftsleistung pro Kopf macht rund 61% des EU-Durchschnitts (=100%) aus. Im Vergleich dazu: Das Bruttoinlandsprodukt Österreichs liegt bei 131% des EU-Durchschnitts.

Im Krisenjahr 2009 brach die kroatische Wirtschaft um 6,9% ein und konnte seitdem nicht mehr aus der Negativspirale ausbrechen. Für 2013 wird für das Inlandsprodukt ein Minus von einem Prozent erwartet, das sich erst 2014 in ein Plus von bescheidenen 0,2% verwandeln soll.¹⁷ Die Arbeitslosenquote liegt mit 16,5% über dem EU-Durchschnitt (12,2%), im März erreichte die Jugendarbeitslosigkeit ein Rekordhoch von 51,3% und lag damit auf Augenhöhe mit den Krisenländern Griechenland und Spanien.¹⁸

Lettland übernimmt den Euro

Im Jänner 2014 übernimmt Lettland als 18. Mitglieds-

staat den Euro. Das rund zwei Millionen Einwohnerinnen und Einwohner zählende Ostseeland weist eine Staatsverschuldung von 40,7% (2012) auf und liegt damit weit unter dem Durchschnitt der Eurozone (90,6%). Das lettische Budgetdefizit fiel 2012 mit -1,2% moderat aus. Der Durchschnitt der Mitgliedsstaaten der Eurozone lag bei -4,2%.

Nach Jahren hohen Wirtschaftswachstums schlitterte das Land während der Finanz- und Wirtschaftskrise in eine erhebliche Rezession. 2009 brach die Wirtschaft um 17,7% ein, der stärkste Rückgang aller EU-Länder.

Das Land musste mit ausländischem Kapital in der Höhe eines Drittels des BIP vor der Pleite bewahrt werden. Die lettische Regierung zog daraufhin ein rigoroses Sparprogramm durch: 30% der Staatsangestellten wurden abgebaut, die Gehälter im öffentlichen Sektor um 40% gekürzt. Die Arbeitslosigkeit stieg zwischenzeitlich auf beinahe 20% an und lag 2012 bei 15%.

Das Sparprogramm hatte zwar den Effekt, die finanziellen Indikatoren in den Griff zu bekommen, die sozialen Konsequenzen waren allerdings erheblich. Auswanderung ist ein Problem, da es vor allem die jungen, gut ausgebildeten Menschen sind, die woanders eine bessere Zukunft suchen. Seit dem Jahr 2000 hat fast jeder Zehnte das Land verlassen.¹⁹

Die lettischen Euromünzen werden das Staatswappen, einen Löwen und einen Greif die in ihrer Mitte ein Schild halten, zeigen. Die Ein- und Zwei-Euro-Münzen zeigen die weibliche Landesallegorie, genannt „Milda“.

Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen EU - USA

Im Februar 2013 verkündeten US-Präsident Barack Obama und die Präsidenten des Europäischen Rates und der Europäischen Kommission, Herman Van Rompuy und José Manuel Barroso, den Beginn von Verhandlungen für Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA.²⁰ Sollten diese Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluss kommen, würde damit die größte Wirtschaftszone der Welt entstehen. Die USA und die EU vereinigen rund 50% der globalen Wirtschaftsleistung und 30% des weltweiten Handels auf sich. Täglich werden Waren im Wert von rund zwei Milliarden Euro untereinander ausgetauscht, die gegenseitigen Investitionen betragen



© Downing Street
Wären gemeinsam mit weitem Abstand die größte Freihandelszone der Welt - die Europäische Union und die USA.

rund 2,8 Billionen Euro.

Zwar geht es bei den Verhandlungen auch um den Abbau von Zöllen und Tarifen, diese befinden sich jedoch bereits auf einem niedrigen Niveau. Bedeutsamer werden Fragen der Harmonisierung von Industriestandards und Normen sein, sowie Verbraucher- und Wettbewerbsfragen. Dazu kommt noch eine wirtschaftspolitische Dimension, denn die gemeinsamen Regelungen und Vereinbarungen sollen auch im Hinblick auf eine spätere globale Durchsetzung entwickelt werden.²¹ D.h. die Positionen des Westens sollen durch das wirtschaftliche Gewicht der Freihandelszone gegenüber den großen Schwellenländern, insbesondere China, gestärkt werden. Eine Studie der EU-Kommission kommt zu dem Schluss, dass ein Freihandelsübereinkommen die Wirtschaftsleistung beider Seiten um etwa 0,5% steigern würde – ein Zuwachs der in der EU rund 65 Milliarden Euro ausmachen würde.²²

In vielen Bereichen klaffen die Positionen von EU und USA allerdings weit auseinander, was schwierige Verhandlungen erwarten lässt. Problemfelder sind die Lebensmittelgesetze, vor allem was die

¹⁹ vgl. Financial Times Deutschland, 10. November 2011

²⁰ vgl. European Commission 13. Februar 2013

²¹ vgl. European Commission, 11. Februar 2013

²² vgl. Spiegel Online, 10. Juli 2013



© Gwyn Love Photoworks

Angela Merkel gelang ein überzeugender Wahlsieg, gefolgt allerdings von einer schwierigen Regierungsbildung.

Zulassung gentechnisch veränderter Lebensmittel betrifft, der Kulturbereich, wo etwa die Förderungen für die viel kleinere europäische Filmwirtschaft oder die Buchpreisbindung fallen könnten, aber auch Handelsliberalisierungen im Agrarbereich dürften in Europa politisch nur schwer durchzusetzen sein. Zu erwarten ist, dass die Verhandlungen sich über die nächsten Jahre ziehen.

Wahlen in Deutschland

Am 22. September, eine Woche nach der österreichischen Nationalratswahl, fanden in Deutschland die Wahlen zum Bundestag statt. Zwar war bereits im Vorfeld der Wahl sehr wahrscheinlich, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel wohl in ihrem Amt bestätigt werden würde, allerdings fiel das Votum deutlicher als angenommen aus. Mit einem Stimmenanteil von 41,5% kam die Union auf 311 Sitze im Bundestag und schrammte damit nur haarscharf an der absoluten Mehrheit vorbei. Die Union konnte um 7,7 Prozentpunkte hinzugewinnen und erhielt 72 Sitze im Bundestag hinzu.

An zweiter Stelle platzierte sich die SPD, die zwar um 2,7 Prozentpunkte hinzugewinnen konnte, aber mit 25,7% der Stimmen einen deutlichen Abstand zum Wahlgewinner Union aufwies. Linke und Grüne verloren Stimmen und Mandate (-3,3 Prozentpunkte die Linke, -2,3 Prozentpunkte die Grünen).

Der Koalitionspartner der Union, die FDP, hatte einen katastrophalen Wahlabend und erlitt einen Verlust von 9,8 Prozentpunkten. Mit einem Stimmanteil von 4,8% scheiterte die Regierungspartei an der Fünf-Prozent-Hürde und flog aus dem Bundestag. Für die nunmehrige Kleinpartei stellt sich damit die Existenzfrage. Kanzlerin Merkel kam damit der logische und am leichtesten handzuhabende Koalitionspartner

abhandeln. Sie hat nun die Optionen entweder eine große Koalition mit der SPD einzugehen oder erstmals mit den Grünen eine schwarz-grüne Koalition in Deutschland zu bilden. Zum Zeitpunkt des Verfassens (08. Okt. 2013) stand noch keine neue Regierung fest.

Regierungskrise in Italien

Gewohnt abwechslungsreiche Monate hat Italien hinter sich. Nachdem der Kassationsgerichtshof am 1. August ein Urteil gegen Silvio Berlusconi inklusive einer Haftstrafe von vier Jahren bestätigte, liegt nun erstmals ein rechtskräftiges Urteil gegen den langjährigen Ministerpräsidenten vor. Aufgrund seines Alters von 76 Jahren werden ihm drei Jahre erlassen, das verbleibende Jahr kann in Hausarrest oder Sozialarbeit umgewandelt werden. Die Folge war eine Regierungskrise, da die Vertreter von Berlusconis Partei Popolo della Libertá (PdL) ihrem Parteigründer den Senatssitz sichern wollen. Ministerpräsident Letta lehnte jedoch das Rücktrittsschreiben der fünf Minister des PdL ab und gewann am 2. Oktober eine Vertrauensabstimmung, nachdem zuvor Senatoren des PdL angekündigt hatten, für die Regierung zu stimmen. Durch diesen Schwenk sah sich selbst Berlusconi gezwungen, sich für den Erhalt der Regierung auszusprechen. Da zwei Tage später der Immunitätsausschuss mehrheitlich für die Annullierung der Wahl Berlusconis in den Senat stimmte, ist sein Ende im italienischen Parlament so wahrscheinlich wie noch nie zuvor. Die Entscheidung wird die Abstimmung des Senats zur Abwahl Berlusconis bringen, die in einigen Wochen stattfinden soll. Ob es auch sein politisches Ende sein wird, wird erfahrungsgemäß erst die Zukunft weisen.



© Niccolò Caranti

Überstand eine durch Silvio Berlusconi ausgelöste Regierungskrise - Italiens Ministerpräsident Enrico Letta.



Österreich

Nationalratswahl 2013

Die Nationalratswahlen am 29. September 2013 brachten den Parteien der bislang regierenden Koalitionsregierung aus SPÖ und ÖVP Verluste, während die Grünen und vor allem die FPÖ Zugewinne verzeichnen konnten. Das BZÖ scheiterte an der Vier-Prozent-Hürde und verpasste damit den Einzug in den Nationalrat. Erstmals im Parlament vertreten sind die liberalen NEOS und das Team Stronach.

Zwar konnte die SPÖ mit 26,82 Prozent erneut die meisten Stimmen auf sich vereinigen, musste aber einen Verlust von 2,44 Prozentpunkten und damit von fünf Mandaten hinnehmen. Die ÖVP erreichte 23,99 Prozent, ein Minus von 1,99 Prozentpunkten gegenüber der Nationalratswahl von 2008. Die ÖVP büßte damit vier Mandate ein. Zum großen Wahlgewinner wurde die FPÖ, die auf 20,51 Prozent Stimmenanteil kam und um 2,97 Prozentpunkte zulegen konnte. Die FPÖ gewann für den neuen Nationalrat sechs Mandate hinzu. Die Grünen verfehlten das

selbstgesetzte Ziel von fünfzehn Prozent, legten aber um 1,99 Prozentpunkte auf einen Anteil von 12,42% zu und holten damit vier Mandate mehr als 2008.

Das BZÖ kam nur mehr auf 3,53% der Stimmen und verpasste damit den Einzug in den Nationalrat. Josef Bucher, der die Partei im Nationalrat angeführt hatte, trat zwischenzeitlich zurück und zog sich aus der Politik zurück.

Das Team Stronach schaffte zwar mit 5,73% den Einzug in den Nationalrat, blieb aber angesichts anfänglich sehr guter Umfragewerte im zweistelligen Bereich, deutlich unter den Erwartungen des austrokanadischen Milliardärs und Parteichefs Frank Stronach.

Mit den NEOS, die in einer gemeinsamen Liste mit dem Liberalen Forum antraten, schaffte eine zweite neue Partei mit 4,96% der Stimmen den Einzug in den Nationalrat. Unterstützt werden die NEOS vom

Industriellen Hans Peter Haselsteiner, der bereits 1994 bis 1998 Nationalratsabgeordneter des Liberalen Forums war.

Die Wahlbeteiligung war mit 65,91% der Stimmberechtigten am Wahlsonntag und 74,91% inklusive der Wahlkartenwählerinnen und –wähler so niedrig wie noch nie zuvor seit Beginn der Zweiten Republik.

Kein Ende: die Hypo Alpe Adria

Kein Ende scheinen die schlechten Nachrichten bei der österreichischen Krisenbank Hypo Alpe Adria zu nehmen. Anfang September berichtete die



Werden wohl weiterregieren: Bundeskanzler **Werner Faymann (SPÖ)** und Vizekanzler und Außenminister **Michael Spindelegger (ÖVP)**



Nach langem Siechen ging im August 2013 der Nahversorger „Dayli“ endgültig Pleite - die größte Handelspleite in Österreich seit 20 Jahren.

Tageszeitung „Der Standard“ über einen verschlossenen gehaltenen Bericht der Österreichischen Nationalbank, wonach der Kapitalbedarf der 2009 notverstaatlichten Bank bis zu 18 Milliarden Euro betragen könnte.²³

Der Bericht würde den Kapitalbedarf auf bestenfalls 6,2 Milliarden Euro, schlimmstenfalls auf 18 Milliarden beziffern. Die Österreichische Nationalbank dementierte umgehend die Existenz einer solchen Analyse und verwies darauf, dass eine solche nach derzeitigem Stand nicht seriös durchgeführt könnte.²⁴ Anfang September erhielt die Hypo Alpe Adria erneut eine staatliche Kapitalspritze von 700 Millionen Euro, um die gesetzlichen Mindestkapitalanforderungen erfüllen zu können.

Die katastrophale finanzielle Situation zeigte sich auch am Geschäftsergebnis des ersten Halbjahres. Allein in den ersten sechs Monaten von 2013 wies die Bank einen Nettoverlust von 860 Millionen Euro auf. Die Summe der „notleidenden“ Kredite, d.h. der Kredite, die aller Voraussicht nach abgeschrieben werden müssen, betrug 9,5 Milliarden Euro. Die größten Problemfelder waren dabei die Märkte in Slowenien und Italien, in denen die notleidenden Kredite um 116 Millionen stiegen.²⁵

Anfang September kamen die Republik Österreich und die Europäische Kommission bezüglich des Restrukturierungsplans für die Hypo Alpe Adria überein. Die überlebensfähigen Teile der Bank sollen verkauft werden, während der Rest auf geordnete Weise geschlossen werden soll. Das südosteuropäische Netzwerk der Bank soll bis spätestens Mitte 2015 eben-

falls verkauft werden.²⁶ Finanzministerin Maria Fekter wehrt sich nach wie vor gegen eine Überführung in eine Bad Bank, da sich in diesem Falle die gesamten Kosten auf das Staatsbudget niederschlagen würden und den Verschuldungsgrad Österreichs deutlich ansteigen lassen würden.

Langes Siechen: Dayli geht Pleite

Ein tragisches Ende mit teilweise skurrilen Wendungen nahm die Einzelhandelskette Dayli im August 2013. Im Juli 2012 wurden die Filialen der Schlecker-Kette von Rudolf Haberleitner übernommen und zunächst in „Daily“, später, aus markenrechtlichen Gründen, in „Dayli“ umbenannt. Die Drogerieläden sollten in Nahversorger umgebaut werden und alle Standorte erhalten bleiben. Haberleitner wollte auch über den Kunstgriff einer Gastronomiekonzession die Sonntagsöffnung der Dayli-Filialen erreichen und eröffnete so einen Streit mit den Gewerkschaften und der Kirche, die massiv gegen die Sonntagsöffnung auftraten. Mit einer Novelle der Gewerbeordnung präziserte schließlich das Wirtschaftsministerium die Bedingungen für eine Öffnung am Wochenende, Dayli durfte nicht aufsperrn.

Vor dem Hintergrund sehr ambitionierter Ansagen Haberleitners über den Erhalt der Schlecker-Standorte und einer Expansion in Deutschland wurden im Mai 2013 Finanzierungsprobleme der Dayli-Kette sichtbar, Lieferanten konnten nicht mehr fristgerecht bezahlt werden. 560 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden beim AMS angemeldet und erste Schließungen von Filialen angekündigt.

Im Juli 2013 wurden keine Gehälter mehr ausgezahlt und immer wieder angedeutete „neue Investoren“ materialisierten sich nicht. Ganz im Gegenteil: Rudolf Haberleitner wurde von als italienischen Investoren getarnten Betrügern in Mailand um eine Million Euro in bar erleichtert, die diese offenbar als „Anzahlung“ für spätere Investitionen verlangt hatten. Das Geld konnte bis heute nicht gefunden werden.

Dayli musste nach Drohungen der Lieferanten einen Konkursantrag stellen, der Schuldenstand belief sich auf 56 Millionen Euro. Rudolf Haberleitner verkaufte die Kette um einen symbolischen Euro an den aus der Textilbranche stammenden Unternehmensberater Martin Zieger.²⁷

²³ vgl. Der Standard, 11. September 2013

²⁴ OENB, 12. September 2013

²⁵ vgl. Der Standard, 11. September 2013

²⁶ vgl. European Commission, 3. September 2013

²⁷ vgl. Der Standard, 12. August 2013



© Dregan/DLD

Nach jahrelangen Vorbereitungen und Investitionen in Millionenhöhe musste die OMV das Pipeline-Projekt „Nabucco“ im Juni dieses Jahres aufgeben.

Auch im August 2013 konnten keine neuen Investoren gefunden werden, woraufhin Masseverwalter Rudolf Mitterlehner das Unternehmen schloss. Mit fast 3.500 betroffenen Beschäftigten stellt Dayli in Österreich die größte Handelspleite seit 20 Jahren dar.

Baukonzern Alpine im Konkurs

Im Juni 2013 schlitterte der Salzburger Baukonzern Alpine in die Pleite. Vom Aus des Bauunternehmens waren 4.905 Beschäftigte betroffen, durch die Übernahme von regionalen Konzerntöchtern und deren Baustellen durch die Konkurrenz konnten jedoch mehr als 3.900 rasch wieder in ein neues Beschäftigungsverhältnis übernommen werden.

Wie in einem nach dem Konkursantrag erstellten Gutachten klar wird, hatte der Alpine-Konzern bereits im Jahr 2010 mit massiven finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt und konnte nur durch Notkredite vor der Pleite bewahrt werden.²⁸

Im Zuge der 5-Milliarden-Euro-Pleite wurde die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft zu Ermittlungen eingeschaltet. Es besteht der Verdacht der Untreue, des Betrugs, der betrügerischen Krida und der Bilanzfälschung.²⁹

Die Masseverwalter des Konzerns gaben gegenüber der „Presse“ an, dass die Tätigkeiten der Alpine auf den ausländischen Märkten, „ohne erkennbare strategische Planung“ erfolgt sei und vor allem die Großprojekte nicht kostendeckend gewesen wären. Seit 2008 wäre mehr als eine Milliarde Euro „in Auslandsprojekte versenkt“ worden.

²⁸ vgl. Die Presse, 04. August 2013

²⁹ vgl. Die Presse, 29. August 2013

³⁰ vgl. Die Presse, 05. August 2013

³¹ vgl. Der Standard, 26. Juni 2013

Der spanischen Konzernmutter, dem Baukonzern FCC, wird die Alpine-Pleite große Verluste einbringen. Seit der Übernahme im Jahr 2006 summieren sich Kaufpreis und Finanzspritzen an das österreichische Tochterunternehmen auf etwa eine Milliarde Euro.³⁰

OMV: Aus für Nabucco

Im Juni 2013 musste der Schlusstrich unter das langjährige Nabucco-Projekt der OMV gezogen werden. Ursprünglich sollte mit der „Nabucco“ genannte Pipeline Gas aus Aserbaidschan 3.900 Kilometer weit über die Türkei, Bulgarien, Rumänien und Ungarn nach Österreich transportiert werden. Im Laufe der Jahre wurde das Projekt bereits mehrfach kleiner dimensioniert. Der letzte Stand vor dem endgültigen Aus sah nur mehr eine an der bulgarisch-türkischen Grenze startende Pipeline vor.³¹

Nabucco hätte die Gasversorgung der EU diversifizieren und die Abhängigkeit von russischen Lieferungen reduzieren sollen.

Mitte 2013 fiel die Entscheidung, dass Nabucco kein Gas aus dem aserischen Gasfeld Shah Deniz II erhalten wird, sondern das Konkurrenzprojekt TAP (Trans Adriatic Pipeline), unter der Führung der schweizerischen AXPO und der norwegischen Statoil. Das Betreiberkonsortium von Shah Deniz II, das von den Energiekonzernen BP, Total und der aserischen SOCAR gebildet wird, hatte sich für die südlich, über Griechenland, Albanien nach Italien führende Route entschieden, um die Märkte am Süd-

balkan besser erreichen zu können. Die OMV gab an, dass die bisherigen Planungskosten für Nabucco in der Höhe von 50 Millionen Euro nicht verloren wären, sondern in die Förderung der 2012 vor der rumänischen Schwarzmeerküste entdeckten Gasvorkommen einfließen werden, deren Gesamtvolumen allerdings noch nicht mit Sicherheit abschätzbar ist. Bisherige Angaben sprechen von 42 bis 84 Milliarden Kubikmeter Gas.³²

Konjunkturprognosen für Österreich

Die Konjunkturprognose des Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO für das Jahr 2014 ist vorsichtig optimistisch.³³ Nachdem das Jahr 2012 von einer wirtschaftlichen Abkühlung gekennzeichnet war, die im vierten Quartal sogar eine Kontraktion des Bruttoinlandsproduktes sah, „erholte“ sich die Wirtschaft Anfang 2013 bis hin zu einem Nullwachstum im ersten Quartal. Unternehmensbefragungen des WIFOs im August und September sahen erstmals wieder optimistischere Zukunftserwartungen.

Das WIFO geht davon aus, dass die Jahre 2013 und 2014 wieder einen Aufschwung sehen werden, wenn auch verhaltener als in der Phase unmittelbar nach dem Krisenjahr 2009. Nachfrageschwächen in den Schwellenländern und die schwache Konjunktur im Euroraum im Zusammenspiel mit dem fortwährenden, schleppenden Umbau des institutionellen Gefüges der Eurozone, dämpfen nach wie vor die wirtschaftliche Dynamik: Unternehmen verhalten sich risikoavers und stellen größere Investitionen nach hinten.

Dennoch geht das WIFO für 2014 von einer realen Zunahme des BIP um 1,7% aus, ein mehr als viermal so starkes Wachstum als 2013 (WIFO-Prognose für 2013: +0,4% real). Der private Konsum wird auf einen realen Zuwachs von 0,9% geschätzt, eine stabile, aber nicht impulsgebende Entwicklung. Exporte und Importe sollen sich aber gegenüber 2013 stark mit jeweils 5,5% ausweiten.

Die Arbeitslosenquote soll lt. WIFO auch 2014 noch weiter ansteigen, allerdings nur mehr geringfügig, um 0,1 PP auf 5,2% nach Eurostat-Definition bzw. 7,8% nach nationaler Definition. Die Beschäftigung soll sich 2014 um 0,8% ausweiten, sodass die Parallelentwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit weitergehen wird. Allerdings reicht das Wirtschaftswachstum nicht aus, um die Arbeitslosigkeit, die viel-

fach struktureller Natur ist, zu reduzieren.

IWF-Länderbericht zu Österreich

Der jährliche Länderbericht zu Österreich des Internationalen Währungsfonds (IWF) fiel größtenteils positiv aus. Österreich repräsentiere ein Gebiet „relativer Stabilität“ innerhalb des herausfordernden europäischen Umfelds. Auch die makroökonomischen Fundamentalwerte wären relativ gesund, dennoch, so die Empfehlung des IWF, solle Österreich seine Spar- bzw. Konsolidierungsziele weiterhin strikt verfolgen. Einsparungspotenzial sieht der IWF - wenig überraschend - vor allem bei den Pensionen, im Gesundheitssystem und bei den Sozialleistungen.

So schlägt der IWF eine raschere Angleichung der Pensionsalter von Männern und Frauen vor. Der Faktor Arbeit würde nach der Sicht des IWF zu hoch besteuert und müsste über eine „umfassende Reform“ der Besteuerung und der Sozialversicherung entlastet werden. Für die Transferleistungen an Familien empfiehlt der IWF, Geldleistungen zurückzufahren und stattdessen in reale Transfers, allen voran der Bereitstellung kostengünstigerer Betreuungsplätze, zu investieren. Personen mit Kinderbetreuungspflichten, in erster Linie Frauen, könnten so ihren Arbeitsinsatz ausdehnen und mit dem zusätzlich verdienten Geld die Binnennachfrage ankurbeln.³⁴

Länderbericht der OECD zu Österreich

Einen ganzheitlicheren Blick auf die Situation Österreichs wirft der Länderbericht der OECD, der im Juli 2013 in Wien vorgestellt wird. Einerseits wird die starke Kombination aus „materiellen Wohlbefinden und hoher Lebensqualität“ in Österreich herausgestellt, andererseits aber Kritik an der Organisation von Bildungs- und Gesundheitswesen geübt.³⁵ Österreich gelänge es, eine Zunahme des Bruttoinlands pro Kopf mit niedriger Einkommensungleichheit, hohen Umweltstandards und einer steigenden Lebensqualität zu verbinden, weise großzügige Sozialleistungen auf und verfüge über eine gut funktionierende Sozialpartnerschaft. Aber finanziell stehe das Staatsbudget unter langfristigem Budgetdruck und es bestünden Ansteckungsrisiken des österreichischen Bankensystems aufgrund des hohen Engagements österreichischer Kreditinstitute im wirtschaftlich fragilen Osteuropa.

Die OECD kritisiert, dass Bildungs- und Gesundheitssystem trotz hoher Investitionen nur mittelmäßige Er-

³² vgl. Handelsblatt, 22. Februar 2012

³³ vgl. idF WIFO, 03. Oktober 2013

³⁴ vgl. IMF, 01. Juli 2013

³⁵ idF vgl. OECD, Juli 2013

gebnisse erbrächten und Ungleichheiten aufweisen würden. Familienarbeit wird nach wie vor zum weit überwiegenden Teil von Frauen erbracht, die zwar in der Bildung die Männer ein- bzw. überholt haben, aber große Spannungen zwischen Erwerbsarbeit und Betreuungspflichten erlebten und signifikante Einkommensrückstände aufweisen würden. Niedrig qualifizierte Migrantinnen und Migranten fänden sich schnell in einem Teufelskreis aus geringer Bildung, schlechter Arbeitsmarktchancen und Abhängigkeit von Sozialleistungen. Durch die demographische Entwicklung wäre eine zunehmende budgetäre Belastung durch steigende Pensionskosten abzusehen. Im Umweltbereich wären speziell die Phänomene Zersiedelung und Verkehr problematisch. Umweltschäden durch den Verkehr wären nicht ausreichend in die Mobilitätskosten eingepreist.

Was also empfiehlt die OECD? Im Bereich der Finanzen und Wirtschaft empfiehlt die OECD weiter einem Konsolidierungspfad zu folgen und notverstaatlichte Banken möglichst rasch abzuwickeln. Arbeitshindernisse für Ältere sollten rasch abgebaut werden und das Pensionssystem an die demographische Entwicklung angepasst werden. Ähnlich wie der IWF, rät die OECD auch zum Ausbau von leistbarer Kinderbetreuung für Kinder aller Altersstufen, um Frauen den (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Im Umweltbereich sollten, wie erwähnt, schädliche Auswirkungen des Verkehrs in die Kosten eingepreist werden. Konkret empfiehlt die OECD die steuerliche Bevorzugung des Diesels abzuschaffen und das Road-Pricing auszudehnen. Auch die Abschaffung des Pendlerpauschales ist im Maßnahmenkatalog der OECD beinhaltet. Bund, Länder und Gemeinden sollten stärker miteinander kooperieren, um der steigenden Zersiedelung entgegenzuwirken.

TIROL

Unterbrechung der Felbertauernstraße

Am 14. Mai wurde die Felbertauernstraße durch einen massiven Felssturz verlegt. Die Gesteinsmassen zerstörten die Schildalmgalerie und machen den Felbertauern auf Monate hin nicht passierbar, womit die Verkehrslage in Osttirol drastisch verschärft wurde – nach Nordtirol bleibt nur die Route über Südtirol. Die verbliebene Busverbindung über den Felbertauern setzte einen Fußmarsch, vorbei am verschütteten Straßenstück, voraus. Der Bau einer einspurigen Ersatzstraße zur Umgehung der zerstörten Galerie dauerte Monate und verursachte Kosten in Millionenhöhe.

Hochwasser in Tirol

Anfang Juni wurde Tirol nach schweren Unwettern von einer Flutkatastrophe heimgesucht. Besonders die Bezirke Kufstein und Kitzbühel waren von den Wassermassen betroffen. Besonders betroffen war die Gemeinde Kössen, wo die Großsache über die Ufer trat und das Ortsgebiet unter Wasser setzte. In



Die Tiroler Sachgüterproduktion verzeichnete zum Jahresanfang 2013 Produktionsrückgänge.

ganz Tirol mussten hunderte Menschen aus ihren Häusern evakuiert werden, Hangrutsche bedrohten Siedlungsgebiete.

Auch die Tiroler Wirtschaft wurde durch das Hochwasser in Mitleidenschaft gezogen. Etwa 140 Betriebe mussten teils schwere Schäden hinnehmen.

³⁶ vgl. TT, 05.06.2013

Der Sachschaden wird auf etwa 30 Millionen Euro geschätzt.³⁶ Der gesamte volkswirtschaftliche Schaden des Hochwassers in Österreich beläuft sich nach Schätzungen des Wirtschaftsforschungsinstituts EcoAustria auf rund 2,2 Mrd. Euro.³⁷

Die Wirtschaft Tirols im ersten Halbjahr 2013

Tirol konnte in den beiden ersten Quartalen 2013 die jeweils höchsten Beschäftigungszuwächse in Österreich realisieren. Zuwächse gab es in erster Linie im Dienstleistungsbereich und in der Bauwirtschaft. Die Sachgüterproduktion konnte bislang nicht an die positive Entwicklung im Jahr 2012 anschließen.³⁸

Die Sachgüterproduktion verzeichnete im ersten Quartal 2013 Produktionsrückgänge in der Höhe von 2,3%, im ersten Halbjahr gesamt wird sich der Rückgang mit -2,0% im österreichischen Durchschnitt einpendeln. Vor allem im wichtigen Bereich der Glas- und Keramikindustrie sanken Produktion und Beschäftigung. Vom vierten Quartal 2012 zum ersten Quartal 2013 halbierte sich die Produktion in diesem Wirtschaftsbereich. Beschäftigungsseitig gingen rund 300 Stellen verloren.

Unterdurchschnittlich entwickelte sich auch der Bereich der Metallerzeugung und -bearbeitung und Maschinenbau, der einen negativen Wachstumsbeitrag von 2,4 Prozentpunkten beisteuerte, dabei jedoch die Beschäftigung stabil halten konnte.

Im Gesamten stieg die Beschäftigung in der Sachgüterproduktion im ersten Quartal um 3,9% und im zweiten Quartal um 0,4%. Trotz der nachlassenden Dynamik lag die Tiroler Entwicklung über dem österreichischen Durchschnitt (von 1,0% Zuwachs im ersten Quartal und einem Rückgang von 0,1% im zweiten).

Die Bauwirtschaft durchlebte ein positives erstes Halbjahr, der Wert der abgesetzten Produktion erhöhte sich um 6,5%. Zuwächse fanden v.a. im Hochbau statt, wo auch öffentliche Aufträge die Entwicklung ankurbelten. Im Zuge dessen erhöhte sich der Beschäftigtenstand in der Tiroler Bauwirtschaft um 1,3%. In den vom WIFO durchgeführten Unternehmensbefragungen im Juli 2013 äußerten sich rund 80% der BauunternehmerInnen optimistisch: sie würden ausreichend oder mehr als ausreichend mit Aufträgen versorgt.

Positives gab es auch vom Tourismus zu berichten, in dem die Tiroler Betriebe in der Wintersaison 2012/2013 die Übernachtungen um 2,1% gegenüber der

Vorjahressaison steigern konnten. Das Plus wurde bei den ausländischen Gästen erzielt, deren Zahl der Übernachtungen um 2,4% anstieg. Dagegen sank die Zahl der in Tirol nur eine geringere Rolle spielenden Inlandsnächtingungen um 1,8%. Zuwächse gab es bei den Nächtingungen von Gästen aus Deutschland (+4,2%), ein Minus bei allerdings bei der zweitwichtigsten Gästegruppen aus den Niederlanden (-3,3%). Die Zahl der Nächtingungen aus dem immer wichtiger werdenden russischen Markt stieg um 7,7%.

³⁷ ebda

³⁸ vgl. idF WIFO, August 2013

Literaturliste/ Datenquellen

Der nächste Eurobonds-Anlauf
Wiener Zeitung, S. 6, 03.07.2013

Flut: Tirols Betriebe beklagen 30 Mio. Euro Sachschaden
Tiroler Tageszeitung, 05.06.2013

When giants slow down
The Economist, S. 18, 27.07.2013

The reckoning
The Economist, 24.08.2013
<http://www.economist.com/news/finance-and-economics/21584010-why-india-particularly-vulnerable-turbulence-rattling-emerging>
Zugriff: 30.09.2013

No way to run a country
The Economist, S. 11, 05.10.2013

Lenkt Deutschland bei Bankenabwicklung ein?
Euractiv.de, 16.09.2013
<http://www.euractiv.de/finanzen-und-wachstum/artikel/lenkt-deutschland-bei-bankenabwicklung-ein-008010?newsletter=>
Zugriff: 17.09.2013

Grünes Licht für einheitliche Bankenaufsicht
Europäisches Parlament, 12.09.2013
<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20130906IPR18829/html/Gr%C3%BCnes-Licht-f%C3%BCr-einheitliche-Bankenaufsicht>
Zugriff: 16.09.2013

State aid: Commission approves plan to orderly wind down Hypo Group Alpe Adria
European Commission, 03. September 2013
http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-811_en.htm
Zugriff: 18.09.2013

State aid: Commission temporarily approves rescue aid for Slovenian banks Factor banka d.d. and Probanka d.d.
European Commission, 06.09.2013
http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-822_en.htm
Zugriff: 18.09.2013

Statement from United States President Barack Obama, European Council President Herman Van Rompuy and European Commission President José Manuel Barroso
European Commission, 13.02.2013
http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-94_en.htm
Zugriff: 17.09.2013

Final Report: High Level Working Group on Jobs and Growth
European Commission, 11.02.2013
http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2013/february/tradoc_150519.pdf
Zugriff: 17.09.2013

Wachstumsrate des realen BIP – Volumen
Eurostat, 14.06.2013
http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/national_accounts/data/main_tables
Zugriff: 26.07.2013

Harmonisierte Arbeitslosenquote nach Geschlecht – Alter 15-24
Eurostat, 16.06.2013
<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=teilm021&plugin=1>
Zugriff: 26.07.2013

Auf dem Weg in die Bankenunion – Bestandaufnahme aus Sicht der EZB
EZB, 04. September 2013
<http://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2013/html/sp130904.de.html>
Zugriff: 16.09.2013

Die Kehrseite des Sparens
Financial Times Deutschland, 10.11.2011
<http://www.ftd.de/politik/europa/lettland-die-kehrseite-des-sparens/60127289.html>
Zugriff: 20.09.2013

Chinas Wachstum sinkt weiter
Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.07.2013
<http://blogs.faz.net/asien/2013/07/15/newsflash-chinas-wachstum-sinkt-weiter-476/>
Zugriff: 20.09.2013

Schäuble will Bankenunion in zwei Schritten
Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.05.2013
<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/bankenabwicklung-schaeuble-will-bankenunion-in-zwei-schritten-12180990.html>
Zugriff: 17.09.2013

Wer die Macht über Banken haben soll
Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.09.2013
<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europas-schuldenkrise/finanzaufsicht-wer-die-macht-ueber-banken-haben-soll-12573809.html>
Zugriff: 17.09.2013

Bundesbank fordert EU-Vertragsänderung
Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.09.2013
<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/bankenunion-bundesbank-fordert-eu-vertragsaenderung-12576249.html>
Zugriff: 17.09.2013

OMV entdeckt Gasreserven im Schwarzen Meer
Handelsblatt, 22.02.2013
<http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/rohstoffkonzern-omv-entdeckt-gasreserven-im-schwarzen-meer/6240180.html>
Zugriff: 19.09.2013

Euro-Gruppe will über Slowenien beraten
Handelsblatt, 11.09.2013
<http://www.handelsblatt.com/politik/international/treffen-in-litauen-euro-gruppe-will-ueber-slowenien-beraten/8777372.html>
Zugriff: 18.09.2013

Austria - 2013 Article IV Consultation Preliminary Conclusions
International Monetary Fund, 01.07.2013
<http://www.imf.org/external/np/ms/2013/070113.htm>
Zugriff: 18.09.2013

Government Shuts Down in Budget Impasse
New York Times, 30.09.2013
<http://www.nytimes.com/2013/10/01/us/politics/congress-shut-down-debate.html?smid=pl-share&r=0>
Zugriff: 08.10.2013

Senate Leaders Mull Raising Debt Ceiling in Challenge to House
New York Times, 07.10.2013
<http://www.nytimes.com/2013/10/08/us/politics/senate-leaders-mull-raising-debt-ceiling-in-challenge-to-house.html?ref=us>
Zugriff: 08.10.2013

OECD Economic Surveys 2013: Austria
OECD, 07.2013

http://www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/oced/economics/oced-economic-surveys-austria-2013_eco_surveys-austria-2013-en#page1
Zugriff: 19.09.2013

OeNB dementiert „Standard“-Bericht: Keine neuen OeNB-Berechnungen zur Hypo Group Alpe Adria (HGAA)
Österreichische Nationalbank, 12.09.2013
[http://www.oenb.at/de/presse/pub/aussendungen/2013/2013q3/pa_20130912_oenb_dementiert_standard-bericht_keine_neuen_257618_page.jsp;jsessionid=A7EBC4E40F77107E551C7FADFFC076F4?tmcsTrackingInfo=\\$WlvSmHx3SHMsXVdoOYBZXI4SztXhwkk6MjpGwzYpk7y721PUgCKfGnv4dya17vBu](http://www.oenb.at/de/presse/pub/aussendungen/2013/2013q3/pa_20130912_oenb_dementiert_standard-bericht_keine_neuen_257618_page.jsp;jsessionid=A7EBC4E40F77107E551C7FADFFC076F4?tmcsTrackingInfo=$WlvSmHx3SHMsXVdoOYBZXI4SztXhwkk6MjpGwzYpk7y721PUgCKfGnv4dya17vBu)
Zugriff: 18.09.2013

Gutachter: Alpine bereits 2010 vor der Insolvenz
Die Presse, 04.08.2013
http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/1437970/Gutachter_Alpine-bereits-2010-vor-der-Insolvenz-?direct=1438342&v_l_backlink=/home/wirtschaft/economist/1438342/index.do&selChannel=
Zugriff: 20.09.2013

Alpine-Pleite kostet spanische Mutter über eine Milliarde
Die Presse, 05.08.2013
<http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/1438342/AlpinePleite-kostet-spanische-Mutter-ueber-eine-Milliarde?from=suche.intern.portal>
Zugriff: 20.09.2013

Insolvenzverwalter: Alpine versenkte Milliarde im Ausland
Die Presse, 29.08.2013
http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/1446429/Insolvenzverwalter_Alpine-versenkte-Milliarde-im-Ausland?from=suche.intern.portal
Zugriff: 20.09.2013

Abkommen zwischen EU und USA: Wie der Freihandel die Wirtschaft ankurbeln soll
Spiegel Online, 10.07.2013
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/warum-eu-und-usa-ein-freihandelsabkommen-wollen-a-910413.html>
Zugriff: 17.09.2013

Rennen ums Gas: Nabucco-Projekt der OMV gescheitert
Der Standard, 26.06.2013
<http://derstandard.at/1371170643525/Nabucco-Projekt-droht-entgueltiges-Aus>
Zugriff: 19.09.2013

Von Schlecker zu Dayli – das große Scheitern
Der Standard, 12.08.2013
<http://derstandard.at/1375626336644/Von-Schlecker-zu-Dayli--das-grosse-Scheitern>
Zugriff: 19.09.2013

Hypo-Kapitalbedarf im Höchstfall 17 Milliarden
Der Standard, 11.09.2013
<http://derstandard.at/1378248815363/Hypo-Kapitalbedarf-im-schlimmsten-Fall-17-Milliarden-Euro>
Zugriff: 18.09.2013

Auf Konfrontationskurs mit Schäuble
Süddeutsche Zeitung, 10.06.2013
<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/plaene-der-eu-kommision-zur-bankenabwicklung-auf-kollisionskurs-mit-schaeuble-1.1717874>
Zugriff: 17.09.2013

1,6 Milliarden in Abwicklungsfonds für Problembanken
Wiener Zeitung, 15.07.2013
http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wirtschaft/oesterreich/561906_16-Milliarden-in-Abwicklungsfonds-fuer-Problembanken.html
Zugriff: 17.09.2013

Prognose für 2013 und 2013: Erste Zeichen einer Konjunkturerholung
WIFO, 03.10.2013
http://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=46967&mimetype=application/pdf
Zugriff: 03.10.2013

Die Wirtschaft in den Bundesländern: I. Quartal 2013
WIFO, August 2013, S. 7ff.



Der Tiroler Arbeitsmarkt

Das erste Halbjahr 2013

Nach der guten Entwicklung am Arbeitsmarkt im Jahr 2012 trat der Tiroler Arbeitsmarkt 2013 in eine schwierigere Phase ein. Dabei war aber die Bewegungsrichtung des Arbeitsmarktes keineswegs eindeutig. Denn sowohl die Beschäftigung, als auch die Arbeitslosigkeit nahmen beide zu.

Beschäftigung

Im Durchschnitt waren im ersten Halbjahr 2013 310.749 Personen in Tirol in Beschäftigung. Gegenüber dem ersten Halbjahr 2012 stieg die Beschäftigung damit um 6.460 Personen bzw. um 2,1% an. Tirol lag damit weit über der durchschnittlichen Beschäftigungssteigerung in Österreich von 0,6%.

Mehr als die Hälfte (58%) der neu hinzugekommenen Beschäftigten waren Frauen. Die Beschäftigungssteigerung der Frauen machte gegenüber dem Vorjahr 2,6% aus, bei den Männern waren es 1,6%. Die Ausweitung der Beschäftigung ist – in ganz Österreich – fast ausschließlich auf eine Zunahme von Teilzeitarbeitsplätzen zurückzuführen.

Überdurchschnittlich zunahm die Beschäftigung von ausländischen Erwerbstätigen. Die Anzahl der Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft die in Tirol beschäftigt war, nahm in den ersten sechs Monaten des Jahre um 6,7% gegenüber dem Vorjahr zu (+ 3.535 Personen). Ausländische Beschäftigte machten damit rund 55% der gesamten Beschäftigungszunahme in Tirol aus.

Die stärkste Beschäftigungssteigerung gab es im Verkehrswesen, in dem gegenüber dem Vorjahr 1.811 Beschäftigte hinzukamen. Deutliche Steigerungen gab es auch im Gastgewerbe mit 1.532 zusätzlichen Beschäftigten und in der Sachgüterproduktion mit einem Plus von 1.005 Beschäftigten. Einen Beschäftigungsrückgang erlebte die vielfältige Branche der sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen, mit einem leichten Minus von 101 Beschäftigten.

Regional betrachtet stieg die Beschäftigung im Bezirk Schwaz am stärksten an. 1.104 Beschäftigte kamen im ersten Halbjahr 2013 gegenüber dem Vorjahr hinzu, eine Steigerung von 3,2%. Eine schwache Zu-

nahme von 0,6% war im Bezirk Lienz zu verzeichnen. Einen Beschäftigungsverlust gab es in keinem Tiroler Bezirk.

Arbeitslosigkeit

Im Durchschnitt der ersten sechs Monate waren in Tirol 20.948 Personen auf Arbeitssuche, davon 11.825 Männer und 9.123 Frauen. Gegenüber dem Vorjahr waren damit um 1.054 Personen mehr beim AMS vorgemerkt, eine Zunahme von 5,3%. Die Arbeitslosigkeit der Männer stieg mit 5,7% etwas stärker als diejenige der Frauen mit 4,8%. Die Arbeitslosenquote für das erste Halbjahr lag mit 6,3% um 0,2 Prozentpunkte höher als im Vorjahr (Männer 6,7%; Frauen 5,8%).

Auch die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen und jungen Erwachsenen nahm um 82 Personen zu, sodass im ersten Halbjahr im Schnitt 3.449 Unter-25jährige auf Arbeitssuche waren. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit in dieser Personengruppe lag allerdings unter dem allgemeinen Tiroler Durchschnitt.

Weit darüber lag die Zunahme der arbeitslosen Personen im Alter von 50 Jahren und darüber, deren Arbeitsmarktlage sich seit Jahren immer mehr zuspitzt. 491 Arbeitslosen in diesem Alter kamen im Vergleich zum Vorjahr hinzu, was eine Zunahme der Arbeitslosigkeit um 12,3% bedeutete. Die Zahl der arbeitslosen Personen 50+ stieg damit doppelt so stark wie die allgemeine Arbeitslosigkeit in Tirol. Insgesamt waren 4.495 Menschen über 50 Jahre auf der Suche nach einer neuen Arbeit.

Noch stärker nahm die Arbeitslosigkeit von Personen mit einer anderen Staatsbürgerschaft zu. 4.637 Ausländerinnen und Ausländer waren im Schnitt ohne Arbeit, 532 Personen mehr als im Vorjahr.

Der Arbeitsmarkt in den Bezirken

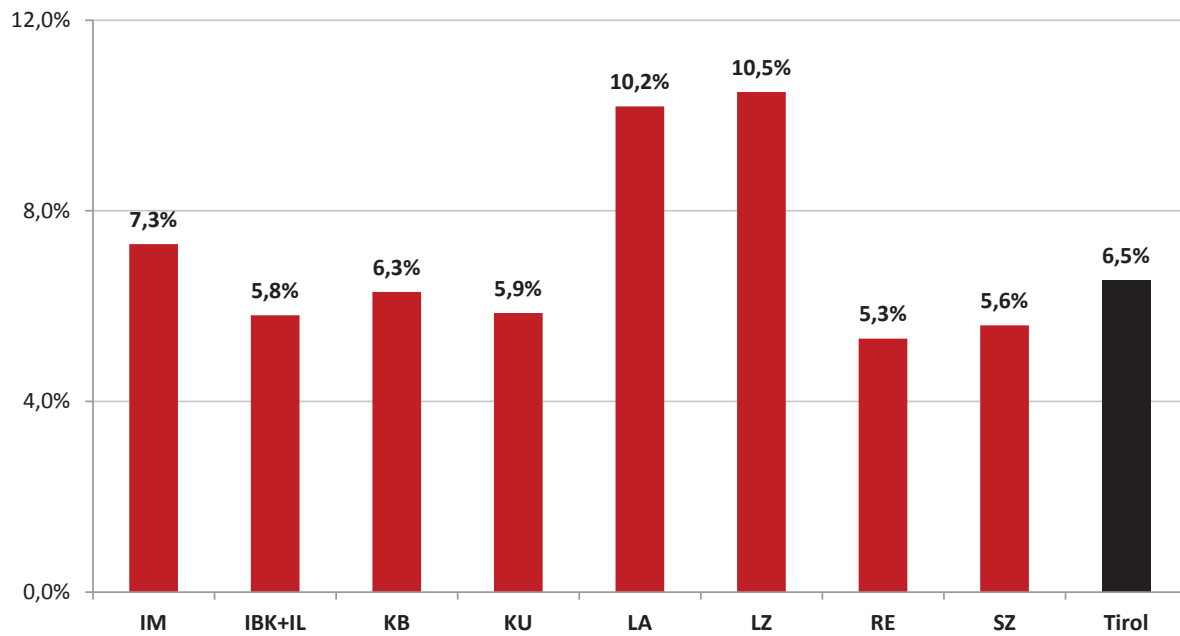
In der regionalen Betrachtung zeigte sich eine deutliche Streuung der Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den Tiroler Bezirken. Am besten schnitt Kitzbühel ab, wo die Anzahl der arbeitslosen Personen um 1,2% zurückging. Nur moderat stieg die Arbeitslosigkeit in Imst (+1,2%), Landeck (+2,2) und Reutte (+2,3). Die höchste Steigerung der Arbeitslosigkeit zeigte sich im Arbeitsmarktbezirk Innsbruck, der neben der Landeshauptstadt auch den Umlandbezirk Innsbruck-Land umfasst. Hier stieg die Arbeitslosigkeit um 8,3% an, 575 arbeitslose Personen kamen neu hinzu. Auch im Bezirk Kufstein stieg die Arbeitslosigkeit spürbar an (+7,6%).

Die höchsten Arbeitslosenquoten wiesen die Bezirke Landeck und Lienz (10,2% bzw. 10,5%) auf, in denen mehr als jeder Zehnte erwerbsaktive Person ohne Beschäftigung war. Den geringsten Anteil Arbeitsloser wiesen Schwaz (5,6%) und Reutte (5,3%) auf. Auffällig ist, dass die Arbeitslosenraten in den Bezirken trotz der teilweise deutlichen Steigerungen der Arbeitslosenzahlen sich gar nicht oder nur moderat erhöhten. Dies deshalb, weil gleichzeitig mit dem Anstieg der Arbeitslosigkeit sich das Arbeitskräftepotenzial, das die Berechnungsbasis der Arbeitslosenquote bildet, ausweitete. Die größte Steigerung der Arbeitslosenquote war im Bezirk Lienz zu beobachten. Diese stieg von 10,0% im ersten Halbjahr 2012 um 0,5 Prozentpunkte auf 10,5% im ersten Halbjahr 2013.

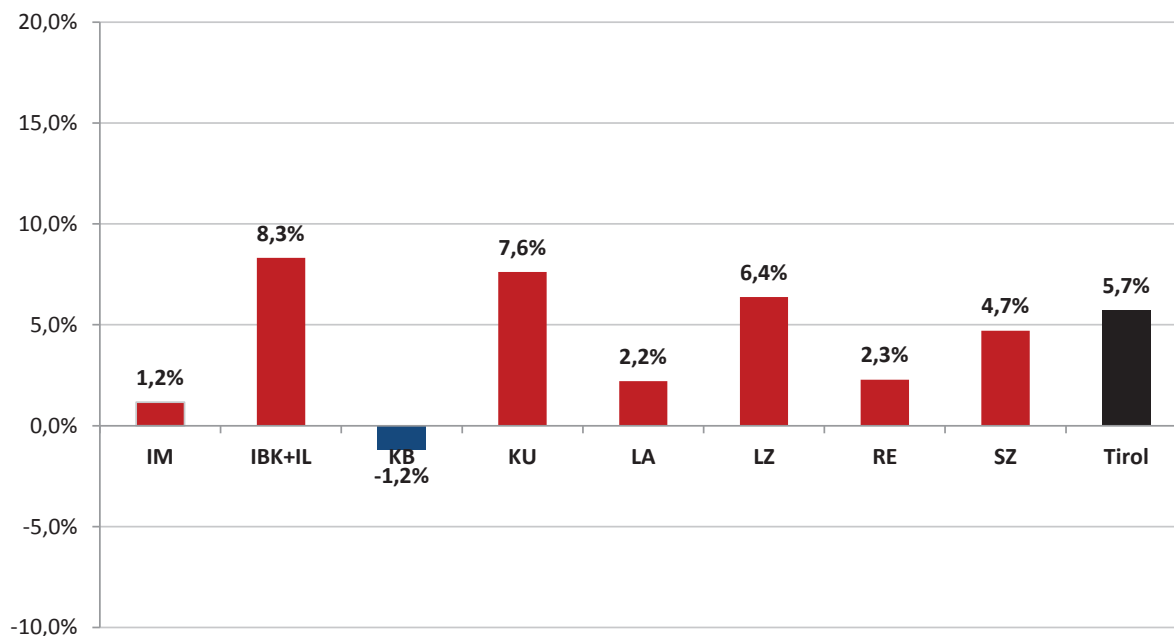
Auffällig ist auch, dass der Anstieg der Arbeitslosenquoten mit der Ausnahme des Arbeitsmarktbezirkes Innsbruck und Innsbruck-Land gänzlich aufgrund der negativen Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials der Männer zustande kam (im Tirol-Schnitt ein Rückgang von 4,0%). Während das Arbeitskräftepotenzial bei den Frauen teilweise im zweistelligen Bereich anstieg (z.B. Lienz +13,1%, Landeck +12,9%). Im Durchschnitt wuchs das weibliche Arbeitskräftepotenzial um 8,4% gegenüber dem Vorjahr.

Die Jugendarbeitslosigkeit entwickelte sich nur in den Bezirken Kitzbühel und Lienz positiv. In Kitzbühel ging die Zahl der Arbeit suchenden Unter-25jährigen um 7,9% zurück, in Lienz stagnierte sie mit -0,3%, was einem Rückgang von exakt einer Person gegenüber dem ersten Halbjahr 2012 bedeutete. Einen deutlichen Anstieg gab es im Bezirk Reutte mit einer Zunahme der Jugendarbeitslosigkeit um 10,7%. In Kufstein stieg die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen und jungen Erwachsenen um 7,3% an.

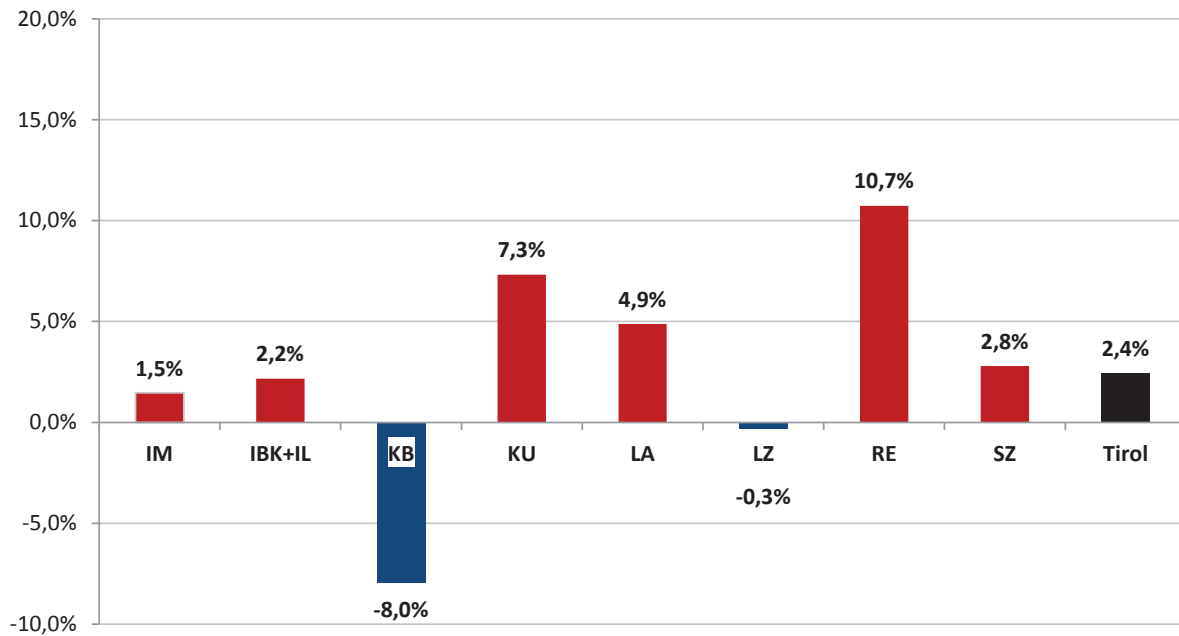
In der Arbeitsmarktsituation der Gruppe der Über-50jährigen zeigte sich ebenfalls eine breite Streuung, allerdings vor allem im Hinblick darauf, wie sehr sich die Situation verschlechterte. Die einzige Ausnahme bildete der Bezirk Reutte, in dem im ersten Halbjahr die Zahl der arbeitslosen Personen dieser Altersgruppe tatsächlich sank. Am anderen Ende der Entwicklung stehen die Bezirke Kufstein (+17,0%) und Lienz (+15,2%). Aber auch der Arbeitsmarktbezirk Innsbruck und Innsbruck-Land wies mit 13,0% eine überdurchschnittliche Steigerung der Arbeitslosen 50+ auf.



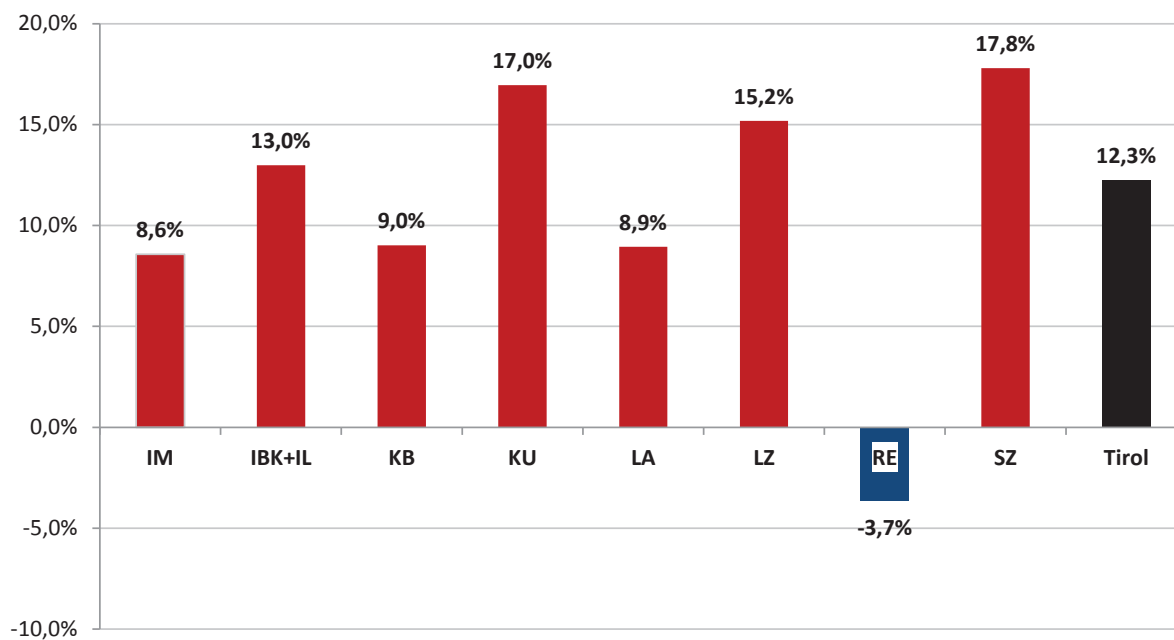
Arbeitslosenraten in den Tiroler Bezirken im Halbjahr I 2013



Veränderung der Anzahl der Arbeitslosen in den Tiroler Bezirken im ersten Halbjahr 2013.



Veränderung der Anzahl der Arbeitslosen unter 25 Jahren in den Tiroler Bezirken im Halbjahr I 2013



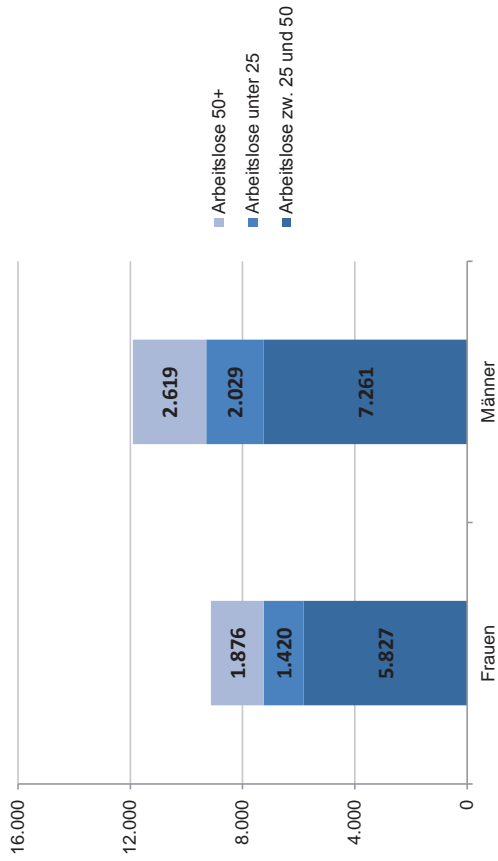
Veränderung der Anzahl der Arbeitslosen 50+ in den Tiroler Bezirken im ersten Halbjahr 2013.

Tirol gesamt

Arbeitsmarktübersicht 1. Halbjahr 2013

Tirol	Vergleich 1. Halbjahr 2013 mit 2012				
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Männer
Beschäftigte	300.205	141.942	158.263	1,5%	1,3%
Zunahme Beschäftigung	4.565	2.626	1.939		
Arbeitslose	21.032	9.123	11.909	5,7%	6,4%
Veränderung Arbeitslose	1.137	420	717		
Arbeitslosenrate	6,5%	5,7%	7,4%		
	+ 0,2 PP	- 0,2 PP	+ 0,7 PP		
Arbeitslose unter 25 Jahre	3.449	1.420	2.029	2,1%	3,9%
Veränderung AL unter 25 Jahre	82	6	76		
Arbeitslose 50+	4.495	1.876	2.619	12,3%	10,8%
Veränderung AL 50+	491	235	256		

Tirol Gesamt: Struktur der Arbeitslosigkeit



Bezirk Imst

Arbeitsmarktübersicht 1. Halbjahr 2013

Imst	Vergleich 1. Halbjahr 2013 mit 2012				
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Männer
Beschäftigte	25.142	11.595	13.547	1,5%	1,4%
Zunahme Beschäftigung	381	193	188		
Arbeitslose	1.980	869	1.111	1,2%	-2,4%
Veränderung Arbeitslose	23	50	-27		
Arbeitslosenrate	7,3%	6,4%	8,2%		
	+ 0,0 PP	- 0,3 PP	+ 0,3 PP		
Arbeitslose unter 25 Jahre	346	151	195	1,5%	-6,2%
Veränderung AL unter 25 Jahre	5	18	-13		
Arbeitslose 50+	403	173	230	8,6%	8,0%
Veränderung AL 50+	32	15	17		

Bezirk Imst: Struktur der Arbeitslosigkeit



Innsbruck und Innsbruck-Land

Arbeitsmarktübersicht 1. Halbjahr 2013

Innsbruck	Vergleich 1. Halbjahr 2013 mit 2012			
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt
Beschäftigte	121.390	59.085	62.305	0,9%
Zunahme Beschäftigung	1.131	622	509	
Arbeitslose	7.488	3.008	4.480	8,3%
Veränderung Arbeitslose	575	184	391	
Arbeitslosenrate	5,8%	4,7%	7,0%	
	+ 0,4 PP	+ 0,1 PP	+ 0,7 PP	
Arbeitslose unter 25 Jahre	1.231	461	770	2,2%
Veränderung AL unter 25 Jahre	26	-42	68	
Arbeitslose 50+	1.503	562	941	13,0%
Veränderung AL 50+	173	77	96	

Innsbruck & Innsbruck-Land: Struktur der Arbeitslosigkeit

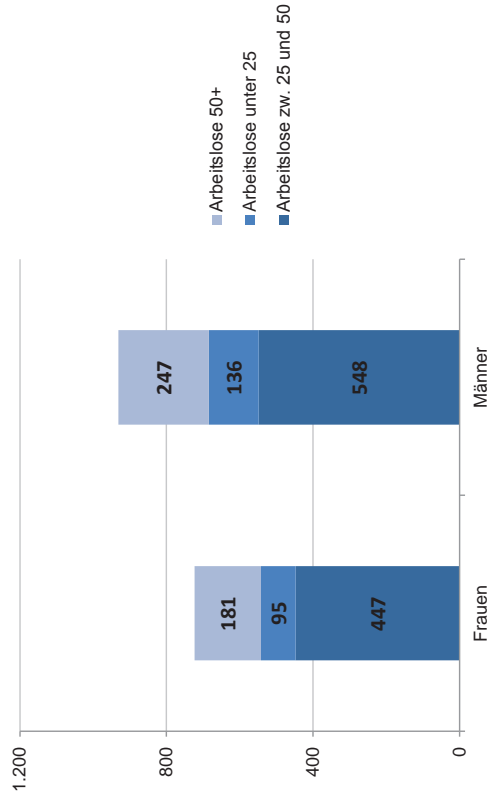


Bezirk Kitzbühel

Arbeitsmarktübersicht 1. Halbjahr 2013

Kitzbühel	Vergleich 1. Halbjahr 2013 mit 2012			
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt
Beschäftigte	24.613	11.859	12.754	1,5%
Zunahme Beschäftigung	361	211	150	
Arbeitslose	1.654	723	931	-1,2%
Veränderung Arbeitslose	-2	-18	16	
Arbeitslosenrate	6,3%	5,5%	7,1%	
	- 0,2 PP	- 0,3 PP	+ 0,1 PP	
Arbeitslose unter 25 Jahre	231	95	136	-8,0%
Veränderung AL unter 25 Jahre	-20	-7	-13	
Arbeitslose 50+	428	181	247	9,0%
Veränderung AL 50+	35	13	22	

Bezirk Kitzbühel: Struktur der Arbeitslosigkeit

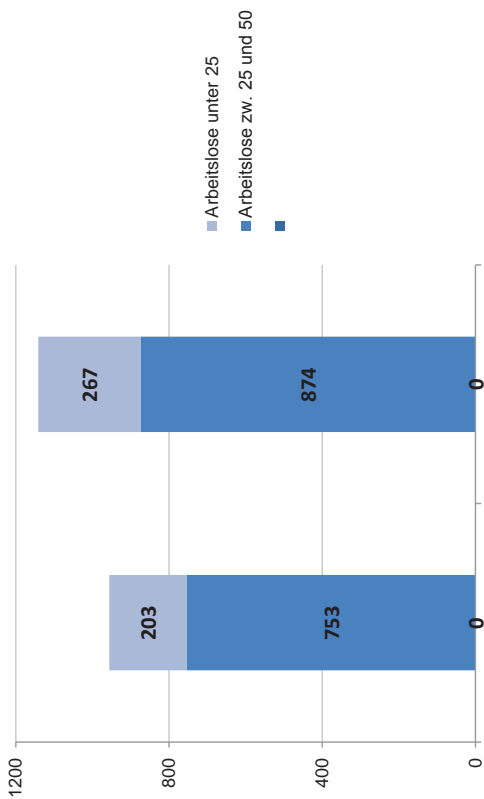


Bezirk Kufstein

Arbeitsmarktübersicht 1. Halbjahr 2013

Kufstein	Vergleich 1. Halbjahr 2013 mit 2012				
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Männer
Beschäftigte	43.213	20.132	23.081	2,1%	1,8%
Zunahme Beschäftigung	888	485	403		
Arbeitslose	2.689	1.218	1.471	7,6%	5,8%
Veränderung Arbeitslose	190	109	81		
Arbeitslosenrate	5,9%	5,3%	6,4%	+ 0,6 PP	
Arbeitslose unter 25 Jahre	470	203	267	7,3%	5,1%
Veränderung AL unter 25 Jahre	32	19	13		
Arbeitslose 50+	592	262	330	17,0%	15,4%
Veränderung AL 50+	86	42	44		

Bezirk Kufstein: Struktur der Arbeitslosigkeit

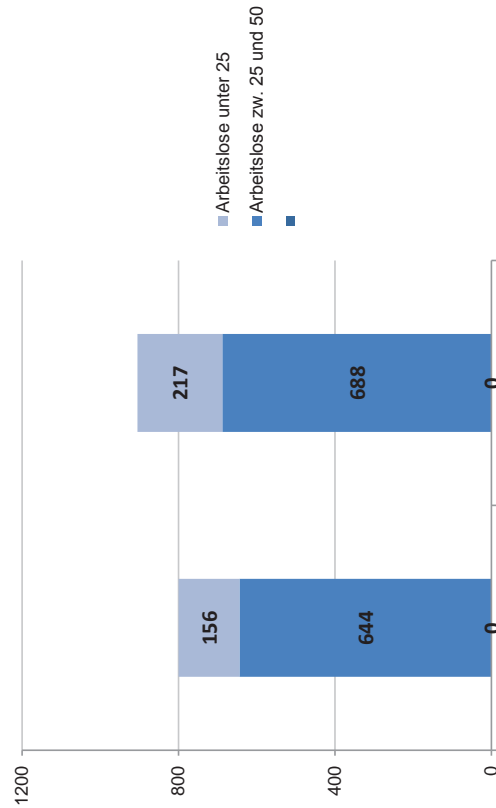


Bezirk Landeck

Arbeitsmarktübersicht 1. Halbjahr 2013

Landeck	Vergleich 1. Halbjahr 2013 mit 2012				
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Männer
Beschäftigte	19.163	8.652	10.511	2,3%	1,7%
Zunahme Beschäftigung	436	262	174		
Arbeitslose	2.174	1.016	1.158	2,2%	1,3%
Veränderung Arbeitslose	47	32	15		
Arbeitslosenrate	10,2%	9,6%	10,8%	+ 0,8 PP	
Arbeitslose unter 25 Jahre	373	156	217	4,9%	4,8%
Veränderung AL unter 25 Jahre	17	7	10		
Arbeitslose 50+	469	216	253	8,9%	8,4%
Veränderung AL 50+	39	19	20		

Bezirk Landeck: Struktur der Arbeitslosigkeit

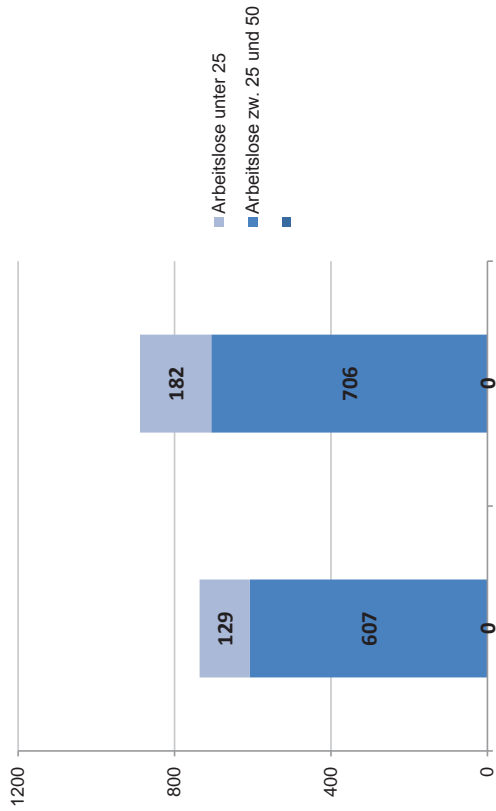


Bezirk Lienz

Arbeitsmarktübersicht 1. Halbjahr 2013

Lienz	Vergleich 1. Halbjahr 2013 mit 2012					
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Beschäftigte	18.133	8.191	9.942	0,6%	1,6%	-0,2%
Zunahme Beschäftigung	116	133	-17			
Arbeitslose	2.126	937	1.189	6,4%	4,2%	8,1%
Veränderung Arbeitslose	128	38	90			
Arbeitslosenrate	10,5%	9,3%	11,7%			
	+ 0,5 PP	- 0,8 PP	+ 1,8 PP			
Arbeitslose unter 25 Jahre	311	129	182	-0,4%	2,2%	-2,1%
Veränderung AL unter 25 Jahre	-1	3	-4			
Arbeitslose 50+	502	201	301	15,2%	22,6%	10,7%
Veränderung AL 50+	66	37	29			

Bezirk Lienz: Struktur der Arbeitslosigkeit

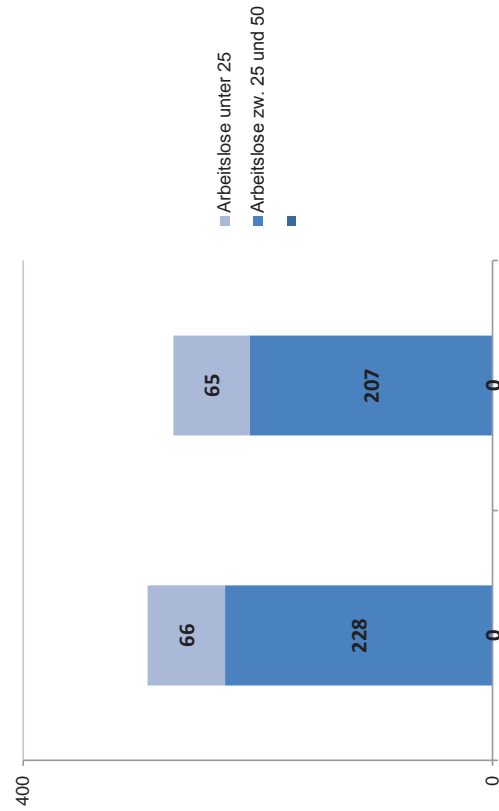


Bezirk Reutte

Arbeitsmarktübersicht 1. Halbjahr 2013

Reutte	Vergleich 1. Halbjahr 2013 mit 2012					
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Beschäftigte	12.897	5.826	7.071	1,2%	1,2%	1,1%
Zunahme Beschäftigung	148	71	77			
Arbeitslose	724	367	357	2,3%	-3,8%	9,4%
Veränderung Arbeitslose	16	-15	31			
Arbeitslosenrate	5,3%	5,4%	5,2%			
	+ 0,1 PP	- 0,8 PP	+ 0,8 PP			
Arbeitslose unter 25 Jahre	131	66	65	10,7%	1,0%	22,8%
Veränderung AL unter 25 Jahre	13	1	12			
Arbeitslose 50+	158	73	85	-3,7%	-3,5%	-3,8%
Veränderung AL 50+	-6	-3	-3			

Bezirk Reutte: Struktur der Arbeitslosigkeit

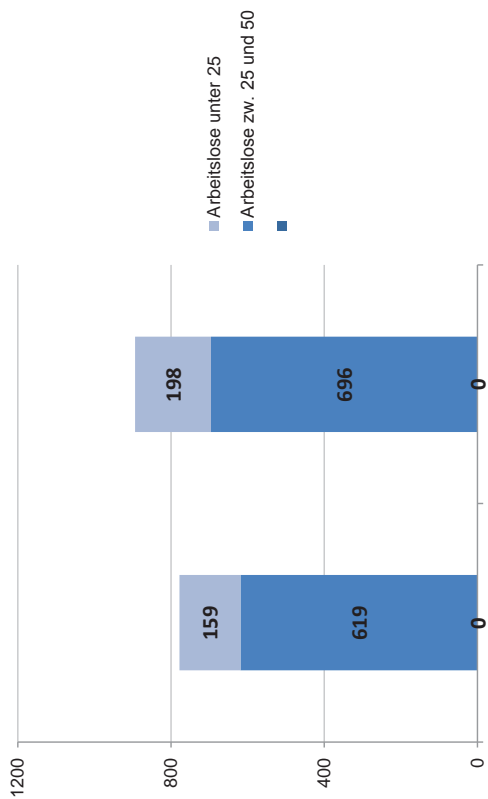


Bezirk Schwaz

Arbeitsmarktübersicht 1. Halbjahr 2013

Schwaz	Vergleich 1. Halbjahr 2013 mit 2012			
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt
Beschäftigte	35.655	16.604	19.051	3,2%
Zunahme Beschäftigung	1.104	649	455	
Arbeitslose	2.113	987	1.126	4,7%
Veränderung Arbeitslose	95	24	71	
Arbeitslosenrate	5,6%	5,2%	6,0%	
	+ 0,1 PP	- 0,5 PP	+ 0,6 PP	
Arbeitslose unter 25 Jahre	357	159	198	2,8%
Veränderung AL unter 25 Jahre	10	6	4	
Arbeitslose 50+	441	209	232	17,8%
Veränderung AL 50+	67	36	31	

Bezirk Schwaz: Struktur der Arbeitslosigkeit



Corporate Social Responsibility

Der hohe Preis der Billigproduktion

24. April 2013, Sabhar, Bangladesch. An diesem Tag kamen beim Einsturz eines Fabrikhochhauses über 1.100 Menschen ums Leben. In den Fabriken ließen Textilketten wie Mango, Benetton oder Primark Kleidung produzieren – und das unter schwierigsten Arbeitsbedingungen.

Die Arbeiter verdienen oft nur den Mindestlohn von einem Euro am Tag bei einer Arbeitszeit von 60 Stunden und mehr in der Woche. Schulter an Schulter arbeiten die Näherinnen, manche von ihnen sind noch Kinder. In den Nähstuben herrscht große Hitze und extrem hohe Luftfeuchtigkeit. Brandschutz- und Sicherheitsvorkehrungen gibt es nur in Ausnahmefällen.

Solche Negativschlagzeilen rücken die Bedeutung der sozialen Verantwortung von Unternehmen ins Blickfeld. Menschenwürdige Arbeitsbedingungen, faire Entlohnung und ökologische Mindeststandards sind in der gesamten Zulieferkette zu gewährleisten.

Drei Monate nach dem Unglück haben sich EU-Kommission, Internationale Arbeitsorganisation (ILO) und der Staat Bangladesch auf eine gemeinsame Erklärung geeinigt, die bessere Arbeits-, Gesundheits- und Sicherheitsbedingungen in der Bekleidungsindustrie garantieren soll. Unter dem großen öffentlichen Druck haben internationale Textilketten die Vereinbarung unterzeichnet - doch diese Regelung ist nur auf fünf Jahre befristet.

Was ist Corporate Social Responsibility?

Nachhaltigkeit, Corporate Social Responsibility oder auf Deutsch die soziale Verantwortung von Unternehmen - kontinuierlich begegnen uns diese durchaus plakativen Ausdrücke. Was steckt dahinter?

Corporate Social Responsibility (kurz: CSR) bezeichnet die gesamtgesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen als Teil des nachhaltigen Wirtschaftens. Im Mittelpunkt der Unternehmensinteressen soll nicht nur das reine Streben nach Gewinn stehen, sondern auch soziale und ökologische Aspekte umfassen. Bei CSR geht es um die Frage nach dem Wie: Wie werden Unternehmen geführt? Wie werden Gewinne erwirtschaftet?

Kluft zwischen Worten und Taten

Sozial verantwortliche Unternehmen richten ihr Kerngeschäft so aus, dass es ethisch, sozial und ökologisch nachhaltig und gleichzeitig ökonomisch erfolgreich ist. Dabei ersetzt CSR keine gesetzlichen Regelungen, sondern setzt Standards, die über die geltenden arbeits-, sozial- und umweltrechtlichen



Neben dem Umweltschutz stehen auch Arbeitsbedingungen im Fokus von Corporate Social Responsibility. Kampagnen versuchen immer wieder darauf aufmerksam zu machen.

Bestimmungen hinausgehen. In Zeiten der Globalisierung lagern multinationale Unternehmen ihre Produktion in Niedriglohnländer aus, die wenig bis gar keine gesetzlichen Regelungen zu Fragen des ArbeitnehmerInnenschutzes und der Einhaltung von Umweltstandards haben. Es liegt in der sozialen Verantwortung der Unternehmen darauf zu achten, dass in der gesamten Wertschöpfungskette menschenwürdige Arbeitsbedingungen, gerechte Entlohnung, Abschaffung von Kinderarbeit, Umweltschutz und die Menschenrechte eingehalten werden.

Manche Unternehmen betreiben jedoch ausschließlich „Greenwashing“, d.h. sie missbrauchen CSR als Marketing-Instrument, um ihr Image aufzupolieren. Auf Hochglanzplakaten bekennen sie sich etwa zu dem Verbot, giftige Chemikalien bei der Produktion einzusetzen. Ob jedoch in den Zulieferbetrieben des gleichen Unternehmens die Kleidung von Kindern genäht wird, wird wohlweislich verschwiegen.

Unternehmensverantwortung im Wandel der Zeit

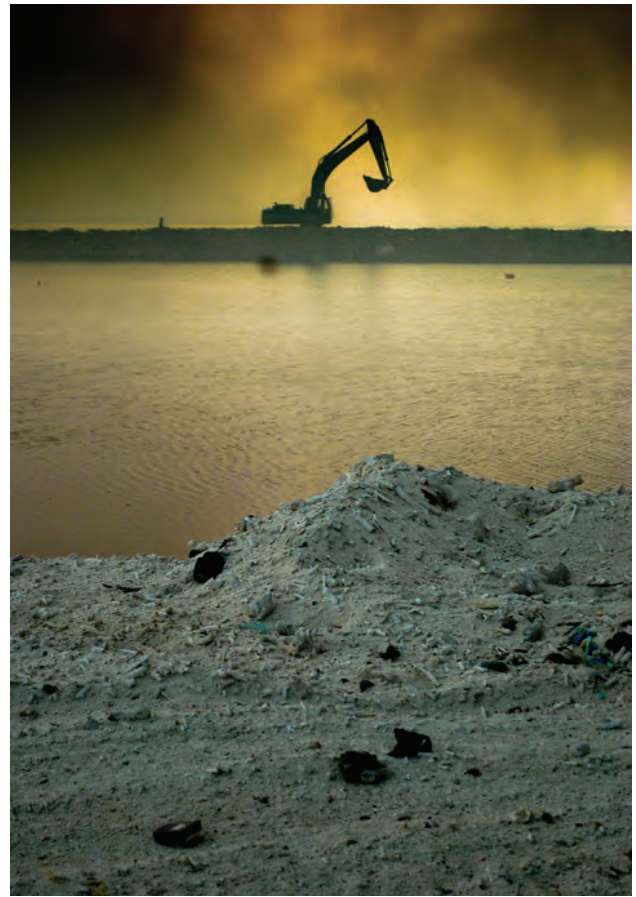
Das Verständnis von unternehmerischer Verantwortung ist dem Wandel der Zeit unterworfen und geprägt von den jeweils herrschenden Marktbedingungen. So findet sich in der Literatur keine einheitliche Definition von CSR.

Der Wegbereiter des Neoliberalismus, Milton Friedman, sieht 1970 die soziale Verantwortung von Unternehmen ausschließlich darin, so zu handeln, dass sie ihre Gewinne maximieren - vorausgesetzt, dass sie sich innerhalb der gegebenen (gesetzlichen) Grenzen bewegen. Eine breitere Auffassung von CSR entwickelte sich im Laufe der Jahre.

Die Grundlage für das heutige CSR-Verständnis bilden internationale Rahmenwerke wie UN-Global Compact, die Grundsatzerklärung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zu Arbeit- und Sozialstandards oder die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen. Sie enthalten eine Bandbreite von Maßnahmen, die Anhaltspunkt für CSR-Aktivitäten von Unternehmen sind.

Europäische CSR-Initiativen

Auf europäischer Ebene wurde die CSR-Debatte erst viele Jahre später entfacht. Im Grünbuch der Europäischen Kommission 2001 wurde die soziale Verantwortung der Unternehmen folgendermaßen definiert: „CSR ist ein Konzept, das den Unternehmen als Grundlage dient, auf freiwilliger Basis soziale Belange und Umweltbelange in ihre Unternehmenstätigkeit und in die Wechselbeziehungen mit den Sta-



Faire Arbeitsbedingungen und der Schutz der Umwelt vor den Folgen des Wirtschaftens sind Kernelemente von ernst gemeinter CSR.

keholdern zu integrieren“. Kennzeichnend für diese Definition ist die Freiwilligkeit, das Einbeziehen der betroffenen Anspruchsgruppen (Arbeitnehmer, Sozialpartner, NGOs - sogenannte „Stakeholder“) und das Bewusstsein, dass sich CSR auf die gesamte unternehmerische Tätigkeit bezieht.

Zehn Jahre später legte die EU-Kommission die CSR-Strategie 2011 - 2014 vor. Darin werden erstmals rechtlich verbindliche Maßnahmen angekündigt, um „die Verantwortung von Unternehmen für ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft“ zu stärken. Ziel ist es, dass Unternehmen ihre Aktivitäten auf den Gebieten faire Arbeitsbedingungen und Umweltschutz (sogenannte „nichtfinanzielle Informationen“) offenlegen.

Nur wenige europäische Unternehmen veröffentlichen seit 2011 Nachhaltigkeitsberichte. Unternehmen beschränken sich auf allgemeine Feststellungen zu sozialen und ökologischen Belangen. Zudem variiert die Qualität der offengelegten Informationen stark. Das macht einen Vergleich mit anderen Unternehmen für die Stakeholder nur schwer möglich.

Rosinenprinzip

Der im April 2013 veröffentlichte Vorschlag der EU-Kommission über eine neue „Richtlinie zur Offenlegung nichtfinanzieller Informationen“ beabsichtigt Transparenz, Informationsgehalt und Vergleichbarkeit der Nachhaltigkeitsberichte zu verbessern. Ab einer bestimmten Größe sind Unternehmen verpflichtet, Mindestangaben zu Umwelt-, Sozial- und ArbeitnehmerInnenbelangen, zur Achtung der Menschenrechte und zur Bekämpfung von Korruption und Bestechung in ihrem Lagebericht zu machen.

Es wird jedoch kein „europäischer Standard“ hinsichtlich der Qualität der offenzulegenden Informationen definiert. Das Rosinenprinzip bleibt somit bestehen: Unternehmen geben nur jene Informationen zu sozialen und ökologischen Belangen preis, die ein gutes Licht auf sie werfen.

Nationaler Aktionsplan

In Österreich wird seit 2012 an einem „Nationalen Aktionsplan für unternehmerische Verantwortung“ gearbeitet. Sozial-, Umwelt-, und Wirtschaftsministerium erstellen in Zusammenarbeit mit den maßgeblichen Stakeholdern diesen bundesweiten Aktionsplan, der bislang noch nicht veröffentlicht wurde. Bekannt ist jedoch, dass für alle staatlichen und börsennotierten Unternehmen eine Berichtspflicht zu ihren Nachhaltigkeitsaktivitäten eingeführt werden soll. Offen ist, ob der Aktionsplan rechtlich verbindlichen Charakter erhalten wird. Andere europäische Staaten (so etwa Deutschland oder Dänemark) haben einen solchen Nationalen Aktionsplan zur Förderung der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen bereits umgesetzt.

Unternehmerisches i-Tüpfelchen?

Internationale Initiativen, europäische Lösungsvorschläge und ein Entwurf für einen Nationalen Aktionsplan in Österreich – sie alle machen die soziale Verantwortung von Unternehmen zum Thema. Ob Corporate Social Responsibility auf dieser Grundlage zu einem fixen Bestandteil der Unternehmenskultur wird oder bloß ein i-Tüpfelchen für Unternehmen bleibt, ist abzuwarten.

Die Steuerabsetzbeträge im Einkommensteuerrecht

Bedeutung und Funktion

Gemeinsam mit dem progressiven Einkommensteuertarif, welcher aus vier Steuerklassen besteht, wird nach Anwendung der verschiedenen Steuerabsetzbeträge die tatsächliche Steuer berechnet. Es sollen dabei persönliche Umstände die Steuerbelastung verringern. Die Steuerabsetzbeträge sind daher progressionsunabhängig und wirken sich grundsätzlich bei allen Steuerpflichtigen gleich aus. Die Regelungen finden sich in § 33 Abs. 2 bis 6 EStG 1988.

Ein Steuerabsetzbetrag vermindert dabei die Steuerbelastung effektiv eins zu eins, wobei im Vergleich dazu ein Steuerfreibetrag nur die Bemessungsgrundlage für die Steuer vermindert (z.B. Kosten für Wohnraumschaffung, Versicherungen, Kirchenbeitrag, Spenden, berufsbezogene Kosten, Krankheitskosten).

Alleinverdienerabsetzbetrag (AVAB)

Wurde für mindestens ein Kind für mehr als sechs Monate im betreffenden Jahr Familienbeihilfe bezogen, so beträgt die Verdienstgrenze des (Ehe-)partners € 6.000 für die Anerkennung des AVAB. Relevant sind die Bruttobezüge abzüglich der Sozialversicherung. Steuerfreie Bezüge, wie z. B. Kinderbetreuungsgeld, Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe, aber auch der 13. oder 14. Monatsbezug (bis zu € 2.100,- jährlich), können zusätzlich zu den oben genannten Grenzen bezogen werden.

Eine erhaltene Abfertigung, ebenso Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, (auch endbesteuerte) Zinserträge, Einkünfte, welche der neuen Immobilienertragsteuer unterliegen und das Wochengeld zählen jedoch für die Verdienstgrenze.

Der Alleinverdienerabsetzbetrag steht auch einer Lebensgemeinschaft zu, wenn einer der Partner für

mindestens ein Kind für mehr als sechs Monate Familienbeihilfe bezogen hat (Verdienstgrenze ebenso € 6.000). Die oben angeführten Grenzbeträge für die Zuerkennung des Alleinverdienerabsetzbetrages gelten immer für ein Kalenderjahr.

Der AVAB bringt folgende Vorteile:

- jährlich Steuerermäßigung bei einem Kind von € 494,-, bei zwei Kindern von € 669,- und für jedes weitere Kind um € 220,- mehr.

- Erhöhung des Rahmens für die Sonderausgaben von € 2.920,- auf € 5.840,-

- die Kosten einer Behinderung des (Ehe-)Partners können als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden

- Verminderung des Selbstbehaltes bei außergewöhnlichen Belastungen um einen Prozentpunkt

Der Alleinverdiener- bzw. Alleinerzieherabsetzbetrag kann entweder schon während des Jahres mit Formular E 30 beim Arbeitgeber beantragt werden oder erst im Nachhinein im Wege der Arbeitnehmerveranlagung (Formular L 1).

Der Alleinverdienerabsetzbetrag steht seit dem Jahr 2011 nicht mehr zu, wenn keine Kinder mit Familienbeihilfe vorhanden sind. In diesem Fall kann bei Pensionseinkünften unter bestimmten Voraussetzungen der erhöhte Pensionistenabsetzbetrag beantragt werden (siehe unten).

Alleinerzieherabsetzbetrag

Der Alleinerzieherabsetzbetrag von € 494,- (bzw. höher je nach Anzahl der Kinder) steht zu, wenn

im betreffenden Jahr für mehr als sechs Monate für mindestens ein Kind Familienbeihilfe bezogen wurde und keine Lebensgemeinschaft mit einem (Ehe) Partner (bzw. neuem Partner) vorgelegen ist. Die Auszahlung erfolgt auch dann, wenn während des Jahres keine Lohnsteuer einbehalten wurde (in Form der „Negativsteuer“ im Wege der Arbeitnehmerveranlagung, Formular L 1) bzw. auch dann, wenn keine Erwerbstätigkeit vorgelegen ist (ebenso mit Formular L 1). Hier gibt es keine Zuverdienstgrenzen.

Unterhaltsabsetzbetrag

Der Unterhaltsabsetzbetrag beträgt monatlich für das 1. Kind € 29,20, für das 2. Kind € 43,80 für jedes weitere Kind € 58,40. Er steht für nicht haushaltszugehörige Kinder zu, für die der Unterhalt tatsächlich bezahlt worden ist und für die der andere Elternteil die Familienbeihilfe bezieht; freiwillige Unterhaltszahlungen begründen keinen Anspruch.

Wie ermittelt sich die Höhe der Unterhaltsverpflichtung?

- Vorliegen eines Gerichtsurteils
- gerichtlicher oder behördlicher Vergleich (z.B. Jugendamt)
- direkte Einigung mit dem Partner in Form eines schriftlichen Vergleichs
- wenn weder behördliche Festsetzung noch schriftlicher Vertrag vorliegt, dann dürfen die Regelbedarfsätze nicht unterschritten werden.

Regelbedarfssätze für Unterhaltsverpflichtungen

	Werte für das Jahr		
	2012	2013	2014
bis 3 Jahre	€ 186,00	€ 190,00	€ 194,00
bis 6 Jahre	€ 238,00	€ 243,00	€ 249,00
bis 10 Jahre	€ 306,00	€ 313,00	€ 320,00
bis 15 Jahre	€ 351,00	€ 358,00	€ 366,00
bis 19 Jahre	€ 412,00	€ 421,00	€ 431,00
bis 28 Jahre	€ 517,00	€ 528,00	€ 540,00

Unterhaltszahlungen an den (Ex-)Partner sind steuerlich nicht absetzbar, Unterhaltszahlungen sind beim Empfänger daher auch nicht steuerpflichtig.

Pensionistenabsetzbetrag

Der Pensionistenabsetzbetrag steht zu, wenn jemand Pensionen oder Vorteile aus früheren Dienstverhältnissen bezieht und Verkehrs-, Arbeitnehmer- bzw. Grenzgängerabsetzbetrag nicht zustehen, also nicht gleichzeitig ein Dienstverhältnis besteht. Er beträgt grundsätzlich € 400,- jährlich (vermindert sich einschleifend zwischen zu versteuernden laufenden Pensionseinkünften von € 17.000,- und € 25.000,- auf Null), der erhöhte Pensionistenabsetzbetrag beträgt € 764,-.

Der erhöhte Pensionistenabsetzbetrag muss extra beantragt werden und steht nur zu wenn:

- die/der Steuerpflichtige mehr als sechs Monate im Kalenderjahr verheiratet war (bzw. eingetragene Partnerschaft)
- der/die PartnerIn Einkünfte von höchstens € 2.200,- jährlich erzielt hat
- der Alleinverdienerabsetzbetrag nicht zusteht (da keine Kinder mit Familienbeihilfe mehr vorhanden sind)
- das eigene Einkommen jährlich unter € 19.930,- liegt (dann steht der volle Absetzbetrag zu), zwischen € 19.930,- und € 25.000,- vermindert er sich einschleifend auf Null

Kinderabsetzbetrag

Der Kinderabsetzbetrag von monatlich € 58,40 ist von der oben genannten Systematik herausgenommen, da er zusammen mit der Familienbeihilfe direkt vom Finanzamt alle zwei Monate ausbezahlt wird. Er soll die steuerliche Entlastung der Ausgaben für Kinder berücksichtigen.

Folgende Absetzbeträge müssen nicht beantragt werden, diese werden automatisch durch den Arbeitgeber bzw. im Rahmen der Steuerveranlagung berücksichtigt.

Verkehrsabsetzbetrag

Der Verkehrsabsetzbetrag von € 291,- jährlich steht allen ArbeitnehmerInnen zu, das bedeutet, nicht nur jenen mit aufrechten Dienstverhältnis in Österreich sondern auch Grenzgängern. Dieser Absetzbetrag wird – wie auch der Arbeitnehmerabsetzbetrag –

ohne Antragserfordernis automatisch durch den Arbeitgeber beim Lohnsteuerabzug bzw. im Einkommensteuerbescheid berücksichtigt. Er verfolgt das Ziel, die anfallenden Kosten für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte abzugelten und steht auch dann zu, wenn überhaupt kein Verkehrsmittel benutzt wird. Bei größeren Entfernungen kann zusätzlich das zu beantragende Pendlerpauschale Berücksichtigung finden. Bei gleichzeitigem Bezug von Aktiv- und Pensionsbezügen stehen vorrangig der Verkehrs- und Arbeitnehmerabsetzbetrag anstatt des Pensionistenabsetzbetrages zu.

Arbeitnehmerabsetzbetrag

Der Arbeitnehmerabsetzbetrag von € 54,- jährlich wird bei ArbeitnehmerInnen berücksichtigt, sofern die Einkünfte dem Lohnsteuerabzug unterliegen. Er wird wie der Verkehrsabsetzbetrag beim Lohnsteuerabzug automatisch berücksichtigt. Für den Fall, dass sich nach dem Steuertarif aufgrund geringer Einkommenshöhe (unter € 1.200,- brutto p.M.) keine Steuerbelastung ergibt und sich der Arbeitnehmerabsetzbetrag daher nicht auswirken würde, wird dieser in Form einer sogenannten Negativsteuer als Gutschrift ausbezahlt. Die Negativsteuer beträgt 10 % der Sozialversicherung, maximal 110,- Euro. Bei Anspruch auf Pendlerpauschale erhöht sie sich auf 18 %, maximal auf 400,- Euro (für Lohnzahlungszeiträume ab 1. Jänner 2013).

Grenzgängerabsetzbetrag

Der Grenzgängerabsetzbetrag von € 54,- jährlich wird dann gewährt, wenn die/der ArbeitnehmerIn GrenzgängerIn ist. Der Arbeitnehmerabsetzbetrag steht in diesem Fall nicht mehr zu. GrenzgängerIn ist, wer im Inland ansässig ist und im Ausland seinen Arbeitsort hat. Auch der Grenzgängerabsetzbetrag wird in Form der Negativsteuer ausbezahlt. Generell stehen bei mehreren Dienstverhältnissen der Verkehrs-, Arbeitnehmer- bzw. Grenzgängerabsetzbetrag jeweils nur einmal jährlich zu.



Gute Arbeit

Was macht gute Arbeit aus? Einige Anmerkungen zur Qualität der Arbeit.

„Wenn du möchtest, dass jemand gute Arbeit macht, dann gib ihm eine gute Arbeit.“
Frederick Herzberg, amerikanischer Arbeitswissenschaftler (1923 – 2000)

Neben der Gesundheit und privaten Beziehungen beeinflusst wohl kaum etwas das unmittelbare tägliche Wohlbefinden mehr als die Arbeit. Die Art und Weise wie gearbeitet wird, strahlt auf andere Lebensbereiche aus: Arbeit kann eine psychische und gesundheitliche Belastung sein oder etwas bei dem Zufriedenheit und Freude empfunden wird - es kommt auf die Qualität der Arbeit an.

Der Qualität der Arbeit wird bei der öffentlichen Diskussion über Arbeit allerdings vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit geschenkt, denn in all ihren Facetten ist die Beschreibung von „Arbeit“ dominiert von quantitativen Betrachtungen, von Zahlen: Beschäftigten- und Arbeitslosenzahlen, Erwerbsquoten, Beschäftigungseinkommen usw. Während es ein ausuferndes Datenmaterial zu quantitativen Aspekten von Arbeit und dem Arbeitsmarkt gibt, verbleibt ein großer Teil dessen, was gute Arbeit ausmacht, in der

„statistischen Unsichtbarkeit“ und findet dadurch wenig Eingang in (arbeitsmarkt-)politische Prozesse.¹ Dabei aber geht Wichtiges verloren. Grund genug, das Augenmerk darauf zu richten, was gute Arbeit ausmacht. In der Folge wird die Bedeutung der Qualität von Arbeit nochmals in einen breiteren Kontext gestellt und einige wichtige Elemente, die wesentlich über die Qualität von Arbeit mitentscheiden, betrachtet: Einkommen, Arbeitszeit und die Arbeit als soziales Umfeld.

Die Qualität von Arbeit – ein Luxusproblem?

Es scheint auf den ersten Blick ein Luxusproblem zu sein, sich über die Qualität von Arbeit Gedanken zu machen. Europa steckt in einer wirtschaftlichen Flaute: 26,5 Millionen Menschen sind in der EU arbeits-

¹ Muñoz de Bustillo et al.(2009), S. 28



Qualitätsvolle Arbeit war und ist keine Selbstverständlichkeit. Weder in den Industrieländern...
(hier: Arbeiter in einer amerikanischen Nähfabrik vor rund hundert Jahren).

los, so viele wie noch nie in der Union. Trotz einer vergleichsweise guten wirtschaftlichen Position kann sich Österreich dieser Entwicklungen nicht entziehen und hat mit steigenden Arbeitslosenzahlen zu kämpfen. Angesichts dessen: Ist es nicht wichtiger für ausreichend Arbeit zu sorgen, bevor man sich über die Qualität Gedanken machen sollte?

Eine solche Argumentation verliert wesentliche gesellschaftspolitische Ziele aus den Augen. Denn Lebensqualität – die jeweils individuelle und die der gesamten Gesellschaft – wird über weite Strecken von der Qualität der verrichteten Arbeit geprägt.

Arbeit qualitativ hochwertig zu gestalten, d.h. für gute Arbeitsbedingungen in einem umfassenden Sinn zu sorgen, ist, neben dem Schaffen von Arbeitsplätzen, eine gleichrangige und eigenständige Zielsetzung. Gerade in Zeiten der Krise ist es wichtig, die Qualität von Arbeit nicht aus den Augen zu verlieren. Denn gerät der Arbeitsmarkt unter Druck, verschieben sich die relativen Machtverhältnisse zwischen ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen und die Akzeptanz schlechter bzw. verschlechterter Arbeitsbedingungen steigt – erzwungenermaßen.

Arbeitsqualität und Lebensqualität

Der Zusammenhang von Lebensqualität und Arbeitsqualität beginnt bereits mit der Tatsache, dass ein großer Teil des aktiven Zeitbudgets in und mit der Arbeit verbracht wird. Im Durchschnitt verbringen die Österreicherinnen und Österreicher 38 Stunden mit Arbeit. Männer 42 Stunden, Frauen, die sehr viel häufiger Teilzeit arbeiten, 33 Stunden.² Viel Zeit, die

² Statistik Austria - Arbeitszeit seit 2004

³ vgl. Royuela, Surifach (2009), S. 31

unter gesunden, abwechslungsreichen und doch herausfordernden Bedingungen verbracht werden sollte.

Arbeit ist darüber hinaus immer auch eine Plattform sozialer Kontakte und sozialer Integration – zu Kolleginnen und Kollegen, Vorgesetzten, Geschäftspartnern usw. Für die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit ist Arbeit von großer Bedeutung, im Guten wie im Schlechten. Im besseren Fall findet eine Identifikation mit der Arbeit statt, erscheint diese als persönlich sinnvoll und die eigene Persönlichkeit wächst daran. Oder aber, im schlechteren Fall, wird Arbeit als Verschwendung der eigenen Lebenszeit, als sinnlos und „entfremdet“ empfunden.

Qualitätsvolle Arbeit zu wollen und einzufordern ist deshalb auch kein „Jammern auf hohem Niveau“, sondern ein vernünftiges Anstreben einer höheren Lebensqualität. Dies gilt auf einer individuellen Ebene, ebenso wie auf der Ebene der gesamten Gesellschaft. Denn in der Art und Weise, wie Arbeit gestaltet ist, manifestieren sich viele der sozialpolitischen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte und Jahrhunderte. Die Notwendigkeit, Arbeitsplätze zu schaffen, darf das Ziel qualitätsvoller Arbeit nicht überdecken, sondern beides muss im Einklang miteinander fortentwickelt werden, soll ein nachhaltiger sozialer Entwicklungsfortschritt daraus entstehen.

Produktivität und qualitätsvolle Arbeit

Neben gesellschaftspolitischen Überlegungen gibt es ebenso volkswirtschaftliche Gründe, die Qualität von Arbeit als wichtige Zielgröße zu verstehen, denn diese hat Einfluss auf die Produktivität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Für wissens- und kompetenzintensive Jobs konnte in Studien ein positiver Zusammenhang zwischen der Qualität der Arbeit und der Produktivität hergestellt werden.³ Der



... und schon gar nicht in den Entwicklungsländern.
(hier: Näherinnen in einer chinesischen Fabrik in Shenzhen, 1998)

statistische Zusammenhang ist komplex, aber in der Erklärung nachvollziehbar. In mehr und mehr beruflichen Positionen ist das Wissen und das Können der Person, die die Position bekleidet, der wichtigste Produktionsfaktor.

Da das „Humankapital“ nicht von der Person, die es erworben hat, herausgelöst werden kann, ist auch klar, dass die Arbeitszufriedenheit, die ein Indikator für qualitätsvolle Arbeit ist, unmittelbare Auswirkungen auf den Effektivitätsgrad hat, mit dem dieses „Humankapital“ produktiv werden kann. Wird ein Umfeld geschaffen, das es den Personen erlaubt, sich mit ihrer Aufgabe und den Tätigkeiten des Unternehmens zu identifizieren, funktionierende soziale Beziehungen zu den Vorgesetzten und den Kolleginnen und Kollegen aufzubauen, die Arbeit angemessen entlohnt wird und bei der Verrichtung der Arbeit keine gesundheitlichen Beeinträchtigungen entstehen, so sind die Voraussetzungen für eine hohe Produktivität geschaffen.

Die Situation von Jobs, die nur geringe Qualifikationsanforderungen stellen, ist allerdings eine andere. Für diese Arbeiten war ein negativer Zusammenhang zwischen der Qualität der Arbeit und der Produktivität festzustellen. Die Produktivität stieg, wenn die Qualität der Arbeit sank. Diese Erkenntnis erlaubt zwei Befunde. Einerseits ist es kein Argument gegen die Steigerung von Arbeitsqualität als arbeitsmarktpolitische Zielsetzung, da wie oben dargestellt der Strukturwandel in der Wirtschaft die Möglichkeit von Produktivitätssteigerungen durch Steigerung von Arbeitsqualität zuzunehmen lässt.⁴



© GVAHIM

Aufspaltung des Arbeitsmarktes: Hoch Qualifizierte mit hoher und tendenziell steigender Qualität der Arbeitsbedingungen...

⁴ vgl. Bevan (2012), S. 5

⁵ Royuela, Suriñach (2009), S. 31



© Dragon H

... und gering qualifizierte „Jobs“, in denen die Arbeitsbedingungen schlechter werden.

Andererseits zeigt sich darin auch die zunehmende Polarisierung des Arbeitsmarktes. Hoch qualifizierte und spezialisierte Fachkräfte sind gesucht und werden mit guten Arbeitsbedingungen umworben, während der Druck auf gering qualifizierte Personen höher wird. Druck, der zum einen durch die ohnehin schon prekäre Arbeitsmarktsituation gering Qualifizierter entsteht und zum anderen durch Rationalisierungsdruck an den Arbeitsplätzen selbst.

Vergleichsstudien zwischen Europa und den USA hinsichtlich der Arbeitsproduktivität ergaben Produktivitätsvorteile der USA in nur drei Wirtschaftssektoren: Einzelhandel, Großhandel und in den Finanzdienstleistungen. Bereiche (mit Ausnahme des Finanzsektors), in denen die USA über eine große Vielfalt stark rationalisierter Dienstleistungsjobs („McJobs“) verfügen und in denen Produktivitätszuwächse über die Standardisierung und Verdichtung der Arbeitsleistungen erzielt wurden, sprich mit einer Absenkung der Qualität der Arbeit und der Substitution guter Jobs gegen schlechte. In diesem Zusammenhang dürfte auch das Vorhandensein billiger Arbeitskräfte durch Migration in den USA eine Rolle gespielt haben.⁵

Die Problemlagen verdichten sich bei den am Arbeitsmarkt schwächsten Gruppen: bildungsferne Personen, Menschen mit Versorgungspflichten und Menschen mit Migrationshintergrund. Diese sind mit hoher Arbeitslosigkeit konfrontiert und die Jobs die ihnen offen stehen, weisen eine erodierende Qualität auf.

Arbeitszufriedenheit: das Maß der Dinge?

Bevor die Kernelemente guter Arbeit thematisiert werden, gilt es die Frage zu beantworten, wie beurteilt werden kann, ob Arbeit „gut“ ist. Eine offensicht-

liche Antwort ist, die Betroffenen selbst zu befragen, wie sie ihre Arbeitssituation einschätzen. Ansätze dieser Art stellen die „Arbeitszufriedenheit“ in den Mittelpunkt - ein Thema jahrzehntelanger intensiver arbeitspsychologischer Forschung.⁶

Arbeitszufriedenheit kann als „Mediator“ zwischen den objektiven Arbeitsbedingungen und der Produktivität gesehen werden, als subjektive Interpretation der Arbeitsumstände, welche sich auf die Arbeitsleistung des Individuums niederschlägt.⁷ Im Laufe der Jahre der Forschung auf diesem Gebiet wurde eine ganze Reihe von Arbeitszufriedenheitsmodellen entwickelt, die verschiedene Aspekte wie die Arbeitssituation, die Persönlichkeit des Arbeitnehmers bzw. der Arbeitnehmerin, die Interaktion zwischen Arbeitsbedingungen und Persönlichkeit usw. in den Vordergrund stellen.

Für unsere Zwecke soll es genügen, auf das bereits in den 1970er Jahren entwickelte und weit verbreitete Modell von Agnes Bruggemann zu verweisen, das verschiedene Formen von Arbeitszufriedenheit bzw. –unzufriedenheit unterscheidet. Ein Vergleich der individuellen Arbeitssituation mit der eigenen Anspruchshaltung bzw. Erwartungen an den Job kann zu folgenden Ergebnissen führen:

- *Progressive Arbeitszufriedenheit*: die Erwartungen werden erfüllt, gleichzeitig erhöht sich die Erwartungshaltung („Mir gefällt meine Arbeit sehr gut und ich habe Ideen, wie es noch besser werden kann!“).
- *Stabilisierte Arbeitszufriedenheit*: die Erwartungen werden erfüllt, die Erwartungshaltung an die Arbeit bleibt gleich („Ich bin zufrieden, alles soll so bleiben wie es ist.“).
- *Resignative Arbeitszufriedenheit*: die Erwartungen werden nicht erfüllt, durch Absenken des Anspruchsniveaus wird aber eine Übereinstimmung hergestellt („Ich hätte nie gedacht, dass ich einmal so eine Arbeit mache, aber ich bin mittlerweile damit zufrieden.“).
- *Pseudo-Arbeitszufriedenheit*: eine vermeintliche Übereinstimmung von Erwartungen und den tatsächlichen Gegebenheiten, weil die Situation verzerrt/ geschönt wahrgenommen wird – ein Abwehrmechanismus („Ich bin zufrieden, die Arbeit ist wirklich super. Obwohl es mir selbst lange nicht klar war, habe ich genau eine solche Arbeit gesucht.“).⁸

- *Fixierte Arbeitsunzufriedenheit*: Die Situation entspricht nicht den Erwartungen, es folgen daraus aber keine Handlungen oder eine Anpassung des Anspruchsniveaus („Der Job ist schrecklich, aber da kann man halt nichts machen.“).

- *Konstruktive Arbeitsunzufriedenheit*: Der Soll-Ist-Vergleich fällt negativ aus, aber es wird der Versuch unternommen, die reale Situation zu ändern („Mir gefällt meine Arbeit momentan nicht, aber ich habe bereits ein Gespräch mit meiner Vorgesetzten vereinbart, um etwas zu verändern.“).

Es mag logisch erscheinen die Qualität von Arbeit nach dem Ausmaß der Arbeitszufriedenheit der Personen die sie ausführen, zu beurteilen, dennoch ist Vorsicht vor diesem Schluss geboten. Denn Person und Position sind nicht identisch. Das individuelle Zufriedenheitsempfinden steht in keinem eindeutigen und linearen Zusammenhang mit der, soweit dies möglich ist, objektiv messbaren Qualität der Arbeit. Konstrukte wie Pseudo-Arbeitszufriedenheit spiegeln das wider, indem sie darauf hinweisen, dass die Interpretation einer Arbeitssituation abhängig von einer ganzen Reihe von Faktoren ist.

Ähnlich wie in der Fabel von Aesop, in der der Fuchs die für ihn unerreichbaren Trauben für zu sauer erklärt und damit „zufrieden“ ist, sie nicht essen zu können, werden Arbeitsumstände und –bedingungen nicht deswegen objektiv besser, weil man aufgegeben hat, auf Besserung zu hoffen.

Diese methodische Verzerrung zeigt sich etwa deutlich in einer Analyse von Daten zur Arbeitszufriedenheit in einer ganzen Reihe von Ländern, in der Mexiko und die Philippinen eine weit höhere Arbeitszufriedenheit als Länder wie Dänemark oder Norwegen aufwiesen, die mit Sicherheit aber in den meisten Dimensionen objektiv messbarer Arbeitsqualität (Gesundheitsschutz, soziale Absicherung, usw.) sehr viel bessere Regelungen haben.⁹

Kernelemente guter Arbeit

Viele Elemente guter Arbeit können intuitiv identifiziert werden (z.B. Schutz vor Unfällen und gesundheitlichen Gefahren, gute soziale Beziehungen mit Kollegen und Vorgesetzten,...), dennoch macht es Sinn, sich dem Konzept guter Arbeit systematisch anzunähern. Unterschieden werden kann, folgend der Systematik einer Studie des Europäischen Par-

6 vgl. Fietze (2011), S. 3

7 vgl. ebda, S. 3

8 Fuchs (2006), S. 59

9 vgl. Muñoz de Bustillo et al.(2009), S. 35

laments zu Indikatoren für Arbeitsqualität, zwischen der Qualität der Beschäftigung („Employment Quality“) und der Qualität der Arbeit an sich („Work Quality“). Die Kombination beider ergibt das umfassende Konstrukt der Qualität des Jobs („Job Quality“).¹⁰

Die Qualität der Beschäftigung

Die Qualität der Beschäftigung betrifft das explizite vertragliche Verhältnis zwischen dem/der ArbeitgeberIn und dem/der Angestellten. Umstände, die oft Gegenstand von Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern sind und/oder rechtlich, v.a. im Arbeitsrecht, geregelt sind.

Einkommen

Dem Einkommen kommt natürlich auch in der Bewertung der Qualität von Arbeit zentrale Bedeutung zu, bildet dieses doch die „materielle Basis von Arbeitsqualität“.¹¹ Denn neben allen anderen Aspekten von Arbeit (Sinndimension, Freude an Produktivität, soziale Beziehungen, usw.) folgt diese immer auch instrumentellen Zwecken. Denn das Einkommen aus

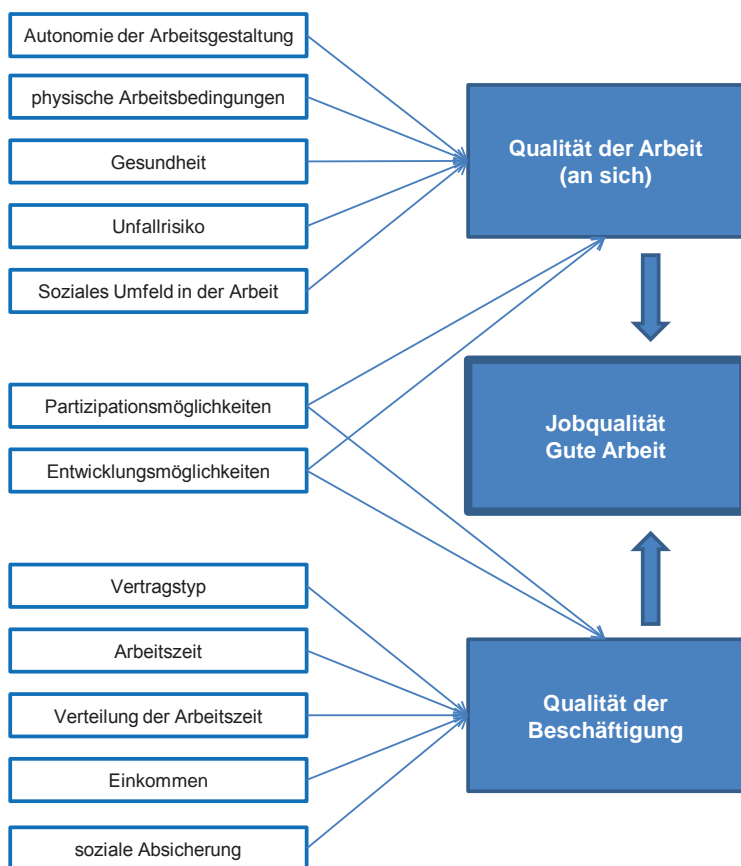
einem Beschäftigungsverhältnis bildet für den Großteil der Menschen die wichtigste, oft einzige, Einkommensquelle, aus der sämtliche Ausgaben bestritten werden müssen.

In der Studie „Was ist gute Arbeit?“ bezog die deutsche „Initiative Neue Qualität der Arbeit“ die Position, dass ein „im umfassenden Sinne existenzsicherndes Einkommen als grundlegendes Kriterium für gute Arbeit“ anzusehen sei.¹² Dies deshalb, da die Höhe des Einkommens einen engen Zusammenhang mit dem jeweiligen Gesundheitszustand, der Ernährungsqualität, Bildungsmöglichkeiten (auch der Kinder), Freizeitmöglichkeiten usw. hat.

Damit soll nicht gesagt werden, dass ein direkter linearer Zusammenhang zwischen diesen Größen besteht, aber das Einkommen ist die grundlegende Ressource für eine Steigerung der materiellen Lebensqualität. Mit einem Monatslohn von EUR 2.000 brutto nennt die Studie eine konkrete Geldsumme, welche die Mindestanforderungen für qualitätsvolle

Arbeit erfüllt.¹³ Diese Summe bezieht sich auf ein individuelles Einkommen, nicht auf ein Haushaltseinkommen. Dies macht insofern Sinn, da ein Einkommen aus qualitätsvoller Arbeit für die eigenständige Existenzsicherung von alleinstehenden Personen ausreichen muss bzw. für die – ehemaligen – Partner im Fall der Auflösung eines Haushalts als ökonomischer Einheit, z.B. bei Trennung oder Scheidung. Rechnet man die Inflation seit dem Jahr 2006, dem Jahr der Veröffentlichung der oben genannten Studie, mit ein, so läge der Wert derzeit bei etwa EUR 2.300 brutto. Mehr als zwei Drittel der in Tirol unselbständig Beschäftigten, Vollzeit und Teilzeit, erreichen dieses Einkommen nicht.¹⁴

Welche Bedeutung kommt dem Einkommen in der Arbeitszufriedenheit zu? Laut dem amerikanischen Organisationswissenschaftler Frederick Herzberg zählt das Einkommen zu den so-



„Gute Arbeit“ besteht aus einer guten Mischung: viele Elemente müssen zusammenkommen, um eine Arbeit menschengerecht und fair zu gestalten.

¹⁰ Diese Unterteilung folgt Muñoz et al. (2009), S. 122 f.

¹¹ Fuchs (2006), S. 15

¹² ebda., S. 24

¹³ ebda., S. 106

¹⁴ vgl. Erger (2012), S. 29



© Tax Credits

Ein faires und existenzsicherndes Einkommen gehört zu den grundlegenden Qualitätskriterien „guter Arbeit“.

genannten „Hygienefaktoren“. Der Begriff Hygienefaktoren entstammt einer der bekanntesten Theorien zur Arbeitsmotivation, der sogenannten „Zwei-Faktoren-Theorie“.

Diese besagt, dass Zufriedenheit und Unzufriedenheit (in der Arbeit) nicht die Endpole eines gemeinsamen Spektrums sind, sondern unabhängig voneinander von verschiedenen Faktoren beeinflusst werden. Hygienefaktoren, wie das Einkommen, können zwar verhindern, dass Unzufriedenheit entsteht, allerdings gilt nicht der Umkehrschluss: mehr Einkommen bedeutet nicht, dass automatisch Zufriedenheit entsteht.

In der Tat zeigen zahlreiche Studien, dass zwar ein komplexes Verhältnis zwischen dem Einkommensniveau und der erlebten Arbeitszufriedenheit besteht, dieses jedoch nur schwach ausgeprägt ist: ein höheres Einkommen führt in der Regel zu (fast) keiner Anhebung der generellen Arbeitszufriedenheit.¹⁵

Arbeitszeit

Für die Qualität einer Beschäftigung, im Sinne des vertraglichen Verhältnisses, spielt das Thema der Arbeitszeit eine zentrale Rolle. Generell kann angenommen werden, dass zwischen Arbeitszufriedenheit und Arbeitszeit ein inverses Verhältnis bestehen sollte. Das bedeutet, je mehr Arbeitszeit investiert werden muss, desto eher sind negative Auswirkungen auf die Arbeitszufriedenheit zu erwarten. Dies kann aber nur als grobe Orientierung gelten, da auch nicht angenommen werden kann, dass Arbeitszeit als etwas per se Unangenehmes empfunden wird.

¹⁵ vgl. Judge, Piccolo, Podaskoff et al. (2010), S. 164

¹⁶ Statistik Austria (2013) - Arbeitsmarktstatistik

¹⁷ vgl. Pongratz (2013), S. 95

Vielmehr spielt hier der Faktor der Erwartbarkeit und Planbarkeit eine große Rolle. Fällt zusätzliche Arbeitszeit oft kurzfristig und unerwartet an, wird das stärkere negative Auswirkungen auf die wahrgenommene Qualität der Arbeit haben, als wenn der zeitliche Aufwand absehbar und planbar ist.

Daneben kann sich ein Zuwenig an Arbeitszeit negativ auf die Arbeitszufriedenheit auswirken. In den europäischen Arbeitsstatistiken wird etwa unfreiwillige Teilzeitarbeit ausgewiesen. Diese umfasst Personen, die Teilzeit

arbeiten, aber den Wunsch äußern, mehr Stunden zu arbeiten. In Tirol betrug die dementsprechende Unterbeschäftigungsquote im ersten Quartal 2013 4,3%, das sind rund 16.000 Personen.¹⁶ Es kann davon ausgegangen werden, dass die Arbeitszufriedenheit in der Regel höher wäre, wenn dem Wunsch nach mehr Arbeitsstunden entsprochen werden könnte.

Flexibilitätsansprüche beider Seiten an Arbeitszeitenregelungen stellen ein weiteres Element im Komplex Arbeitszeit dar. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer finden sich in einem Spannungsfeld zwischen selbst gesteuerter Flexibilität in der Gestaltung der Arbeitszeit und Flexibilitätsansprüchen, die von außen an sie herangetragen werden. Die Spannbreite zwischen immer seltener werdenden starren Arbeitszeitenregelungen bis hin zu variabler Arbeitszeit und Vertrauensarbeitszeit macht es schwierig, die Auswirkungen von Arbeitszeitregime auf Arbeitszufriedenheit zu generalisieren.

Mit dem Begriff der „Entgrenzung der Arbeit“ und der damit zusammenhängenden „Kolonialisierung des Lebens“, das zunehmende und problematische Ineinanderlaufen von privater Zeit und Arbeitszeit bezeichnet, das, je nach Dauer und Intensität, zu permanenten Belastungszuständen führen kann.¹⁷

Regenerationsphasen werden unterbrochen und auch die Erholung wird zu einer „Leistung“, die zunehmend geplant werden muss, im Sinne eines aktiven physischen und mentalen „Ausklinkens“ aus der beruflichen Sphäre (Handy abschalten, Emails

ignorieren). Mit der massenhaften Verbreitung mobiler internetfähiger Geräte wird das Abschalten immer schwieriger. 58% der österreichischen Unternehmen stellten im Jahr 2012 ihren Beschäftigten tragbare Geräte mit mobilem Internetzugang zur Verfügung (Handys, Laptops, Tablets). Bei größeren Firmen mit mehr als 250 MitarbeiterInnen war die Zurverfügungstellung bereits beinahe flächendeckend (96,7% stellten mobile Geräte bereit).¹⁸

Qualität der Arbeit (an sich)

Neben der Qualität der vertraglichen Beziehung zwischen ArbeitgeberIn und ArbeitnehmerIn sind es die qualitativen Eigenschaften der verrichteten Arbeit an sich, welche die Arbeitszufriedenheit beeinflussen. Diese betreffen die Art und Weise, wie gearbeitet wird und die unmittelbare und mittelbare physische wie soziale Arbeitsumgebung. Neben allen formalen Veränderungen, welche die Arbeit der letzten Jahre betroffen haben (z.B. die Zunahme atypischer Beschäftigungsformen), scheint es vor allem die Arbeit selbst zu sein, die sich verändert und vielfach qualitativ verschlechtert zu haben scheint.¹⁹ Da im Rahmen eines Überblicksartikels nicht alle Faktoren erschöpfend betrachtet werden können, wird in der Folge die Arbeit als soziales Umfeld kurz angerissen.

Die Arbeit als soziales Umfeld

Arbeit ist auch immer ein Ort sozialer Interaktion. Die sozialen Beziehungen zu den Kolleginnen und Kollegen und zu den Vorgesetzten sind einer der wichtigsten Faktoren von Arbeitsqualität. Psychosoziale Faktoren sind Einflüsse, die aus den sozialen Beziehungen der Arbeitsumgebung entstammen und durch die innere Verarbeitung entweder belastend oder entlastend wirken können. Die Spannweite ist dabei sehr groß: von einem korrekt-kollegialen Verhältnis bis zur Freundschaft, von einer echten (Liebes-)Beziehung bis hin zu offener oder unausgesprochener Feindschaft und Mobbing findet am Arbeitsplatz das gesamte Spektrum menschlicher Interaktion statt. Das soziale Umfeld der Arbeit kann als positiver, stabilisierender Faktor, als Ressource wirken, oder als negativer Belastungsfaktor.

Das soziale Umfeld in der Arbeitswelt betrifft größtenteils zwei Adressaten bzw. Adressatengruppen. Einerseits die Kolleginnen und Kollegen, d.h. Personen, die sich innerhalb einer Organisation auf etwa der gleichen hierarchischen Ebene befinden und in der Regel keine oder nur über geringe gegenseitige Weisungsbefugnisse verfügen. Andererseits, die



Einer der größten subjektiven Belastungsfaktoren im Job: fehlgeleitetes Führungsverhalten von Vorgesetzten

Führungskräfte, welche über Weisungsbefugnisse verfügen und wesentliche Bestimmungsfaktoren wie Arbeitszuteilung, die Arbeitsdichte und den –druck bestimmen oder zumindest wesentlich mitbestimmen können.

Faktoren für eine qualitätsvolle Arbeitsumgebung sind etwa: Unterstützung und Hilfe durch die Kolleginnen und Kollegen zu erfahren. Diese kann einerseits auf fachlicher Ebene geschehen oder auf emotionaler Ebene. Feedback, konstruktive Kritik und Anerkennung für erbrachte Leistungen durch Gleichgestellte helfen, die eigene Arbeitsleistung realistisch einzuschätzen und wertgeschätzt zu wissen. Das Erleben eines positiven Arbeitsklimas hilft, Belastungen psychisch und real zu verringern.²⁰

Führungskräfte und ihr Verhalten gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kommt beim Erleben von Arbeit als sozialem Ort eine zentrale Bedeutung zu. Befragungen zur Arbeitszufriedenheit weisen in die Richtung, dass es vielfach darum geht, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter „als Menschen“ wahrgenommen werden wollen, authentisch und vielschichtig mit Stärken und Schwächen. In einer Befra-

¹⁸ Statistik Austria – Unternehmen, die ihren Beschäftigten (...) Geräte mit mobilem Internetzugang zur Verfügung gestellt haben.

¹⁹ vgl. Clark (2005), S. 17: Clark stellt diese Befunde für die 1990er Jahre dar.

²⁰ vgl. Stadler, Spieß (2002), S. 8

gung im Rahmen der Studie der Initiative Neue Qualität der Arbeit gaben 85% an, dass es ihnen wichtig wäre, von den Vorgesetzten „als Mensch“ wahrgenommen zu werden und nicht nur als Arbeitskraft.²¹ Dahinter stecken wiederum Bedürfnisse nach Wertschätzung, Anerkennung der eigenen Leistung und der jeweils individuellen Bedürfnisse.

Führungsverhalten, das dem nicht entspricht, kann sich zu einem massiven Belastungsfaktor entwickeln. Stadler und Spieß (2002) geben aus arbeitsmedizinischer Perspektive Beispiele für Führungsverhalten, das sich mit hoher Wahrscheinlichkeit negativ auswirkt: eine fehlende Gleichbehandlung der Arbeitskolleginnen und –kollegen und daraus resultierend eine ungerechte Arbeitsverteilung, das Vorenthalten von Informationen, unklare und wechselnde Führungsrichtlinien, eine zu starke Arbeitskontrolle und Aufsicht bzw. zu wenig Raum für Arbeitsautonomie, die mangelnde Vermittlung des Sinns der verrichteten Arbeit.²²

Während in der oben genannten Studie der Initiative Neue Qualität der Arbeit 83% der Befragten angaben, soziale Unterstützung durch die Kolleginnen und Kollegen zu erfahren, gaben nur 52% an, umfangreiche soziale Unterstützung (d.h. in fünf oder mehr von insgesamt sieben Aspekten positiver sozialer Unterstützung) durch die Vorgesetzte oder den Vorgesetzten zu erleben.²³

Zweifellos stehen Vorgesetzte unter einer kritischeren Beobachtung und haben es im Umgang mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit komplexeren Herausforderungen zu tun, als die Arbeitskolleginnen und –kollegen untereinander, dennoch liegen im Bereich des Führungsverhaltens sicherlich noch Potenziale zur Erhöhung der sozialen Qualität der Arbeitsplätze brach, denn immerhin 17% der Befragten gaben an, keinerlei soziale Unterstützung durch den Vorgesetzten oder die Vorgesetzte zu erleben.²⁴

²¹ Fuchs (2006), S. 13

²² Stadler/ Spieß (2002), S. 7

²³ Fuchs (2006), S. 18f.

²⁴ ebda. S. 94

Literatur

Good Work, High Performance and Productivity

Bevan, S.; 2012
The Work Foundation

http://www.theworkfoundation.com/downloadpublication/report/316_good%20work%20high%20performance%20and%20productivity.pdf

Zugriff: 15.07.2013

Your Money or Your Life: Changing Job Quality in OECD Countries

Clark, A. E.; 2005

Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit

<http://ftp.iza.org/dp1610.pdf>

Zugriff: 12.07.2013

Einkommen in Tirol: Eine strukturelle Analyse der Einkommenssituation der Tiroler ArbeitnehmerInnen

Erger, A.; 2012

Arbeiterkammer Tirol

Arbeitszufriedenheit und Persönlichkeit: „Wer schaffen will, muss fröhlich sein!“

Fietze, S.; 2011

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.376207.de/diw_sp0388.pdf

Zugriff: 13.11.2012

Was ist gute Arbeit? Anforderungen aus der Sicht von Erwerbstätigen

Fuchs, T.; 2006

Initiative Neue Qualität der Arbeit

http://www.inqa.de/SharedDocs/PDFs/DE/Publikationen/inqa-19-was-ist-gute-arbeit.pdf?__blob=publicationFile

Zugriff: 10.07.2013

The relationship between pay and job satisfaction: A meta-analysis of the literature

Judge, T.; Piccolo, R.; Podsakoff, N. (et al); 2010

in Journal of Vocational Behavior, 2010

[http://www.timothy-judge.com/Judge,%20Piccolo,%20Podsakoff,%20et%20al.%20\(JVB%202010\).pdf](http://www.timothy-judge.com/Judge,%20Piccolo,%20Podsakoff,%20et%20al.%20(JVB%202010).pdf)

Zugriff: 15.07.2013

Indicators of Job Quality in the European Union

Muñoz de Bustillo, R.; Fernández-Macías, E.; Antón, J.; Esteve, F.; 2009

European Parliament: Directorate General for Internal Policies

<http://www.europarl.europa.eu/document/activities/cont/201107/20110718ATT24284/20110718ATT24284EN.pdf>

Zugriff: 10.07.2013

Der Rhythmus unternehmerischen Arbeitens

Pongratz, H.; 2013 in Weiss (Hg.); Unternehmerisch und erschöpft? Anforderungen und Widersprüche von Arbeit und Lebensgestaltung

Quality in work and aggregate productivity

Royuela, V.; Suriñach, J.; 2009

Research Institute of Applied Economics

http://www.ub.edu/irea/working_papers/2009/200901.pdf

Zugriff: 04.10.2013

Mitarbeiterorientiertes Führen und soziale Unterstützung am Arbeitsplatz

Stadler, P., Spieß, E.; 2002

Schriftenreihe der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

<http://www.dnbgf.de/fileadmin/texte/Downloads/uploads/doku->

[mente/2007/FuehrungsozialeUnterstuetzung.pdf](#)

Zugriff: 14.10.2013

Europäische Erhebung über den IKT-Einsatz in Unternehmen 2012

Statistik Austria, 2012

http://www.statistik.gv.at/web_de/static/unternehmen_die_ihren_beschaeftigten_im_jaenner_2012_tragbare_geraete_mit_022198.pdf

Zugriff: 15.07.2013

Arbeitsmarktstatistik – 1. Quartal 2013

Statistik Austria, 2013; Sonderauswertung für AK Tirol

Arbeitszeit seit 2004

Statistik Austria, 2013

http://www.statistik.gv.at/web_de/static/ergebnisse_im_ueberblick_arbeitszeit_023272.pdf

Zugriff: 15.10.2013



© Michael Kappel

Parkgaragen

Die Tarifentwicklung in den Innsbrucker Parkgaragen 2001 - 2013

Die Arbeiterkammer Tirol erstellt seit Jahren regelmäßig einen Parkgaragenführer, der alle wichtigen Daten zu den Parkgaragen in Innsbruck enthält. Die aktuelle Ausgabe vom Sommer 2013, zu der auch Parkgaragen außerhalb Innsbrucks erhoben wurden, steht auf der AK-Homepage zum Download bereit.¹

Da dieser Parkgaragenführer von der Arbeiterkammer regelmäßig neu erstellt wird, ist es nun an der Zeit, einen genaueren Blick auf die Entwicklung der Tarife bei den Innsbrucker Parkgaragen zu werfen. Konkret stehen Vergleichsdaten für die Jahre 2001, 2003, 2005 und 2009 zur Verfügung.

Anzahl der Garagen

In den letzten Jahren wurden in Innsbruck eine Reihe neuer Parkgaragen errichtet, wie z. B. die Parkgarage im Gebäude PEMA oder Einkaufszentrum West. Während im aktuellen Parkgaragenführer 31 Parkgaragen erhoben wurden, waren es 2009 23 Parkgaragen, 2005 24 Parkgaragen, und bei den Erhebungen 2003 und 2001 jeweils 20 Parkgaragen.

Entwicklung des Stundentarifs

Der Stundentarif ist der wichtigste Tarif für Parkgaragen, da er für Kurz- und Gelegenheitsparker jener Tarif ist, der entscheidet, wie viel das Parken kostet.

	2001	2003	2005	2009	2013
Mittelwert	1,85	1,90	1,94	2,07	2,07
Median	2,09	2,15	2,20	2,20	2,20
Höchster Tarif	2,18	2,20	2,22	2,40	2,60
Niedrigster Tarif	0,80	0,80	0,80	1,00	1,00
Häufigster Tarif	2,18	2,20	2,20	2,40	2,40

Tabelle 1: Durchschnittlicher Stundentarif aller Parkgaragen

Aus der Tabelle 1 wird ersichtlich, dass der durchschnittliche Stundentarif von 1,85 im Jahr 2001 auf 2,07 Euro im Jahr 2013 zunahm. Das entspricht einer Steigerung von 12 %. Der VPI erhöhte sich im Zeitraum dieser beiden Erhebungen um 26 %. Während von 2005 bis 2009 die Steigerung des Durchschnittswertes mit 0,13 Euro am höchsten war, blieben sie

¹ <http://tirol.arbeiterkammer.at/beratung/konsumentenschutz/TestsundPreisvergleiche/Parkgargen-Preiserhebung-2013.html>

von 2009 bis 2013 auf demselben Niveau. Das bedeutet aber nicht, dass alle Parkgaragen ihre Tarife unverändert ließen. Vielmehr wurden Preiserhöhungen ausgeglichen, da außerhalb des Innsbrucker Stadtzentrums Parkgaragen mit niedrigeren Tarifen neu eröffnet wurden, wodurch es im Durchschnitt auf alle Parkgaragen keine Erhöhung gab. Die meisten Garagen ließen jedoch ihren Stundentarif mit 2,40 Euro in den letzten vier Jahren unverändert.

Aufgrund der Daten des AK-Parkgaragenführers 2013 wird offensichtlich, dass die Höhe der Tarife auch eine Frage der Zentralität ist. Parkgaragen in peripheren Lagen sind teilweise erheblich günstiger als jene im Stadtzentrum.

	2001	2003	2005	2009	2013
Mittelwert	2,04	2,05	2,06	2,24	2,27
Median	2,18	2,20	2,20	2,40	2,40
Höchster Tarif	2,18	2,20	2,20	2,40	2,60
Niedrigster Tarif	1,31	1,30	1,50	1,80	1,50
Häufigster Tarif	2,18	2,20	2,20	2,40	2,40

Tabelle 2: Durchschnittlicher Stundentarif der Parkgaragen im Stadtzentrum

In Tabelle 2 werden die durchschnittlichen Tarife der Parkgaragen im Stadtzentrum gesondert betrachtet. Als Abgrenzung des Stadtzentrums wird dabei der Innenstadtbereich herangezogen, der im Rahmen der Innsbrucker Parkraumbewirtschaftung derzeit mit einer maximalen Parkdauer von 1,5 Stunden definiert ist. 19 der 31 im heurigen Jahr erhobenen Parkgaragen liegen demnach im Stadtzentrum.

Die Stundentarife der Parkgaragen im Stadtzentrum sind um durchschnittlichen ca. 0,20 Euro teurer als der Durchschnitt aller Parkgaragen. Hierbei ist auffällig, dass es von 2009 bis 2013 nur geringe Preissteigerungen gab.

Sowohl der Median als auch der häufigste Wert liegen weiterhin bei 2,40 Euro pro Stunde. Allerdings wurde die Differenz zwischen höchstem und niedrigstem Tarif 2013 größer als in den Erhebungen zuvor, da



Eher kein Problem mit Parkgebühren.

eine neu eröffnete Garage günstigere Tarife anbietet.

Die prozentuelle Steigerung von 2001 bis 2013 entspricht mit 11 % in etwa derselben Steigerung wie unter Berücksichtigung aller Parkgaragen. Der größte tarifliche Sprung ist von 2005 auf 2009 festzustellen. Von 18 der 31 erhobenen Parkgaragen liegen Daten von allen Erhebungen vor. Werden nur diese Parkgaragen betrachtet, ergibt sich folgende Preisentwicklung:

	2001	2003	2005	2009	2013
Mittelwert	1,82	1,86	1,89	2,05	2,15
Median	2,02	2,08	2,10	2,20	2,20
Höchster Tarif	2,18	2,20	2,22	2,40	2,46
Niedrigster Tarif	0,80	0,80	0,80	1,00	1,00
Häufigster Tarif	2,18	2,20	2,20	2,40	2,40

Tabelle 3: Durchschnittlicher Stundentarif der durchgehend erhobenen Parkgaragen

Die Steigerung von 2001 auf 2013 ist mit 18 % etwas höher, wenn nur jene Parkgaragen betrachtet werden, von denen für jede Erhebung die Daten vorliegen.

Daraus kann interpretiert werden, dass die Zunahme der Parkgaragen in Innsbruck ihren Anteil daran hat, dass die Preissteigerungen in den letzten vier Jahren nicht so stark waren. Auch bei Betrachtung dieser Parkgaragen ist der größte Preissprung von 2005 auf 2009 festzustellen.

Abrechnungsmodus

Neben dem Stundentarif ist für die Frage, wie viel das Parken kostet, auch vom Abrechnungsmodus abhängig. In der Vergangenheit verrechneten die

meisten Garagen die erste Stunde voll, und ab einer Stunde wurde pro angefangene halbe Stunde abgerechnet.

Dieser Modus ist auch heute noch eine beliebte Abrechnungsart, der 2013 von zehn der 31 erhobenen Parkgaragen angewendet wird. Allerdings nimmt die Zahl der Parkgaragen mit einem anderen Abrechnungsmodus zu. Zehn Parkgaragen verrechnen durchgehend pro angefangene halbe Stunde, sieben weitere Parkgaragen pro angefangene Stunde. Letztere haben jedoch in der Regel aber einen niedrigeren Stundentarif. Drei Parkgaragen verrechnen derzeit die erste halbe Stunde voll und anschließend pro angefangene 10 Minuten. Eine einzige Tiefgarage in Innsbruck verrechnet auf Minutenbasis. Die Abrechnung in kurzen zeitlichen Intervallen ist zum Vorteil für den Parkenden, da er dadurch nur die effektive Parkzeit zu bezahlen hat und nicht zusätzliche Zeit bis zur vollen oder halben Stunde, die er gar nicht in Anspruch nimmt.

Tagesmaximaltarif

Neben dem Stundentarif ist der Tagesmaximaltarif für Gelegenheitsparker ein weiterer wichtiger Tarif. Bei vielen Parkgaragen entspricht der Tagesmaximaltarif dem siebenfachen des Stundentarifs.

	2001	2003	2005	2009	2013
Mittelwert	12,52	13,30	13,18	14,60	14,44
Median	13,91	14,30	14,00	15,00	15,00
Höchster Tarif	20,00	20,00	15,00	16,80	18,00
Niedrigster Tarif	6,40	6,40	6,40	8,00	5,00
Häufigster Tarif	14,17	14,30	14,30	16,80	16,80

Tabelle 4: Durchschnittlicher Tagesmaximaltarif aller Parkgaragen

Der Tagesmaximaltarif steigerte sich unter Berücksichtigung aller Parkgaragen von 2001 bis 2013 um 15 % und damit etwas stärker als die Stundentarife gemäß Tabelle 1. Die Zunahme an Parkgaragen am Stadtrand mit deutlich günstigeren Tagesmaximaltarifen ist anhand des niedrigsten Tarifs abzulesen, der 2013 niedriger war als bei den bisherigen Erhebungen.

Dieser bewirkte auch einen leichten Rückgang des durchschnittlichen Tagesmaximaltarifs. Der Median sowie der häufigste Wert blieben zwischen 2009 und 2013 unverändert. Bemerkenswert ist der Rückgang des höchsten Tarifs bis 2003 von 20 Euro bei einer Parkgarage, der bis heute nicht wieder erreicht wurde. Der häufigste Tagesmaximaltarif lag sowohl 2009 als auch 2013 bei 16,80 Euro.

	2001	2003	2005	2009	2013
Mittelwert	13,35	14,17	13,68	15,56	15,59
Median	14,17	14,30	14,30	16,40	16,00
Höchster Tarif	20,00	20,00	15,00	16,80	18,00
Niedrigster Tarif	7,27	7,20	11,10	13,80	10,00
Häufigster Tarif	14,17	14,30	14,30	16,80	16,80

Tabelle 5: Durchschnittlicher Tagesmaximaltarif der Parkgaragen im Zentrum

Innerhalb des Stadtzentrums stiegen mit 17 % die Tagesmaximaltarife von 2001 bis 2013 etwas stärker als unter Berücksichtigung aller Parkgaragen. Doch auch bei diesen Zahlen zeigt sich, dass durch das Eröffnen neuer Parkgaragen der niedrigste Tages-tarif gesenkt wurde. Der größte tarifliche Sprung ist wiederum im Zeitraum 2005 bis 2009 zu finden.

	2001	2003	2005	2009	2013
Mittelwert	12,86	13,13	13,06	14,57	15,23
Median	14,00	14,30	14,00	15,00	15,70
Höchster Tarif	20,00	20,00	15,00	16,80	17,00
Niedrigster Tarif	6,40	6,40	6,40	8,00	8,00
Häufigster Tarif	14,17	14,30	14,30	16,80	16,80

Tabelle 6: Durchschnittlicher Tagesmaximaltarif der durchgehend erhobenen Parkgaragen

Mit 18 % liegt die Steigerung des Tagesmaximaltarifs von 2001 bis 2013 auf demselben Niveau wie bei den Stundentarifen, wenn nur jene 17 Parkgaragen betrachtet werden, von denen für alle Erhebungen Daten vorliegen. Unter ausschließlicher Betrachtung dieser Parkgaragen ist bei diesem Tarif eine etwas größere Steigerung von 2009 auf 2013 zu festzustellen.

Nachtpauschale

Neben den Stunden- und Tagesmaximaltarifen bieten mehrere Parkgaragen Nachtpauschalen an, um das Auto während der Nacht günstiger parken zu können. 2013 sind es 16 Garagen mit einer Nachtpauschale, bei der Erhebung 2001 lag die Zahl bei zehn Garagen.

Bei dieser Pauschale ist jedoch zu bedenken, dass der Geltungszeitraum nicht einheitlich definiert ist. Bei den meisten Parkgaragen wird gilt die sie von 19.00 Uhr bis 07.00 Uhr, kann aber je nach Parkgarage bis zu einer Stunde variieren.

Aus Tabelle 7 wird ersichtlich, dass die Nachtpauschalen in den vergangenen Jahren nur in geringem Maße erhöht wurden. Die Steigerung von 2001 bis 2013 betrug 10 % und damit weniger als beim Stun-

	2001	2003	2005	2009	2013
Mittelwert	4,44	4,58	4,49	4,79	4,89
Median	4,80	4,80	4,80	5,00	5,00
Höchster Tarif	4,80	5,00	5,00	6,00	6,00
Niedrigster Tarif	2,91	2,90	3,20	3,50	3,50
Häufigster Tarif	4,80	4,80	4,80	5,00	5,00

Tabelle 7: Durchschnittliche Nachtpauschale aller erhobenen Parkgaragen

den- und Tagesmaximaltarif. Der häufigste Tarif sowie der Median erhöhten sich lediglich von 2005 auf 2009 um jeweils 0,20 Euro.

Monatstarif

19 der 31 Parkgaragen bieten derzeit für Dauerparker Pauschaltarife pro Monat an. In einigen Parkgaragen ist es zusätzlich möglich, nur für die Tag- oder Nachtstunden die Monatspauschalgebühr zu entrichten.

	2001	2003	2005	2009	2013
Mittelwert	122,53	125,73	127,84	121,26	116,13
Median	133,43	133,43	133,43	134,00	120,00
Höchster Tarif	160,24	160,00	160,00	160,00	189,00
Niedrigster Tarif	69,77	69,77	70,00	74,40	69,70
Häufigster Tarif	133,43	133,43	140,00	140,00	120,00

Tabelle 8: Durchschnittlicher Monatstarif aller Parkgaragen

Bei den Pauschaltarifen pro Monat ist eine abnehmende Tendenz der Tarife in den letzten 10 Jahren festzustellen. Diese ist vor allem dadurch begründet, dass neu eröffnete Parkgaragen günstigere Monats-tarife anbieten.

So sanken sowohl der Mittelwert und häufigste Tarif in den letzten 10 Jahren. Das Preisniveau ist insgesamt jedoch auf hohem Niveau, nachdem für ein Monat Parken durchschnittlich deutlich mehr als 100 Euro zu bezahlen sind.

	2001	2003	2005	2009	2013
Mittelwert	135,58	137,96	137,01	134,30	132,53
Median	137,08	138,08	138,08	138,00	138,00
Höchster Tarif	160,24	160,00	160,00	160,00	160,00
Niedrigster Tarif	109,01	109,00	116,30	100,00	100,00
Häufigster Tarif	133,43	133,43	140,00	140,00	120,00

Tabelle 9: Durchschnittlicher Monatstarif der Parkgaragen im Stadtzentrum

Werden nur die Parkgaragen im Stadtzentrum betrachtet, die gerade für Einpendler interessant sind, so liegt das Preisniveau etwas höher als unter Betrachtung aller Parkgaragen. Doch auch bei diesen

Parkgaragen blieben die Tarife in den in den vergangenen Jahren auf konstant hohem Niveau. Der höchste Wert liegt hier durchgehend bei 160 Euro, der niedrigste Tarif sank auf 100 Euro. Es wird somit deutlich, dass die grundsätzlich hohen Tarife für Dauerparker nicht erst in den letzten Jahren angestiegen sind, sondern bereits seit vielen Jahren auf diesem hohen Niveau zu finden sind.

Fazit

Der Blick auf die Tarifentwicklung der Innsbrucker Parkgaragen der letzten 11 Jahre zeigt, dass – je nach Tarifart – die Stunden- und Tagesstarife um 11 bis 18 % angehoben wurden. Die höchste Preissteigerung ist zwischen 2005 bis 2009 zu beobachten, in den letzten vier Jahren blieben die Preise vergleichsweise stabil. Der Grund hierfür liegt wohl auch an der Zahl der Parkgaragen, die in den letzten Jahren deutlich zunahm und die in der Regel günstigere Tarife anbieten. Nicht zu vergessen ist freilich auch das hohe Ausgangsniveau von 2001 von über 2 Euro Stundentarif in Parkgaragen im Stadtzentrum, wodurch es im Sinne der Akzeptanz durch die Bevölkerung auch wichtig ist, die Tarife nicht im Höhe der allgemeinen Teuerung anzuheben. Bezüglich Abrechnungsmodus wird die Zahl an Parkgaragen, die nach kürzeren Zeitintervallen abrechnen, größer, was jedenfalls im Interesse der Parkenden ist.

Auch bei den Tagesmaximaltarifen ist zu bedenken, dass sich in den letzten Jahren die Steigerung in Grenzen gehalten hat, es sich jedoch auf einen sehr hohen Ausgangswert bezieht. Mit 16,80 Euro als häufigsten Tagesmaximaltarif stellt das Parken für einen Gelegenheitsfahrer natürlich eine Mehrbelastung dar, wenn er z.B. zum Einkaufen ins Stadtzentrum kommt. Während Nachtpauschalen in den letzten Jahren moderat angehoben wurden, sanken die Tarife für Dauerparker etwas. Dennoch stellt ein Dauerstellplatz einen erheblichen finanziellen Aufwand zumindest 100 Euro im Stadtzentrum dar, wenn beispielsweise ein Einpendler auf einen solchen Abstellplatz angewiesen ist.

Im Rahmen der geplanten zeitlichen und räumlichen Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung sowie Tarifierhöhung in Innsbruck werden in nächster Zeit auch die Tarife für Parkgaragen verstärkt in das Blickfeld rücken. Für die Arbeiterkammer Tirol ist jedenfalls sicherzustellen, dass die Änderung der Innsbrucker Parkraumbewirtschaftung in Form der Tarifierhöhung sowie Einschränkung der Parkmöglichkeiten nicht auch steigende Preise in den Parkgaragen bewirken dürfen.

IN ZAHLEN

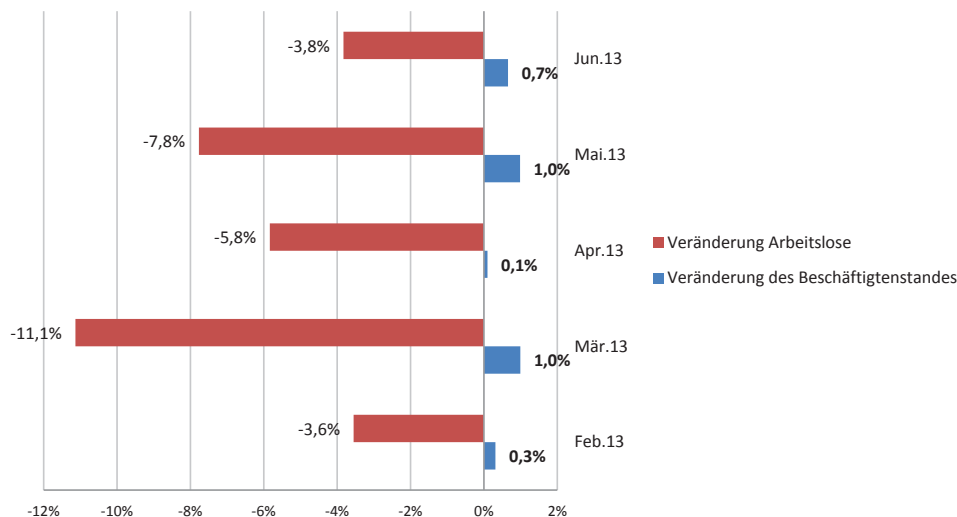
Das zweite Quartal 2013

Der Arbeitsmarkt in Österreich: Quartal I & II 2013

Monat	Beschäftigte			gemeldete Arbeitslose			Arbeitslosenrate		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Jän.13	3.404.389	1.623.712	1.780.677	338.421	118.663	219.758	9,0%	6,8%	11,0%
Feb.13	3.415.113	1.626.749	1.788.364	326.401	115.162	211.239	8,7%	6,6%	10,6%
Mär.13	3.448.951	1.625.133	1.823.818	290.045	113.655	176.390	7,8%	6,5%	8,8%
Apr.13	3.452.141	1.605.693	1.846.448	273.121	122.729	150.392	7,3%	7,1%	7,5%
Mai.13	3.486.065	1.619.021	1.867.044	251.895	114.428	137.467	6,7%	6,6%	6,9%
Jun.13	3.508.922	1.630.459	1.878.463	242.242	111.230	131.012	6,5%	6,4%	6,5%
Veränderung gegenüber Vormonat									
Feb.13	0,3%	0,2%	0,4%	-3,6%	-3,0%	-3,9%	-0,3	-0,2	-0,4
Mär.13	1,0%	-0,1%	2,0%	-11,1%	-1,3%	-16,5%	-0,9	-0,1	-1,8
Apr.13	0,1%	-1,2%	1,2%	-5,8%	8,0%	-14,7%	-0,5	0,6	-0,7
Mai.13	1,0%	0,8%	1,1%	-7,8%	-6,8%	-8,6%	-0,7	-0,5	-0,6
Jun.13	0,7%	0,7%	0,6%	-3,8%	-2,8%	-4,7%	-0,2	-0,2	-0,4

Q: AMS - Monatswerte, Hauptverband der Sozialversicherungsträger

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit - Veränderungsrate
ÖSTERREICH



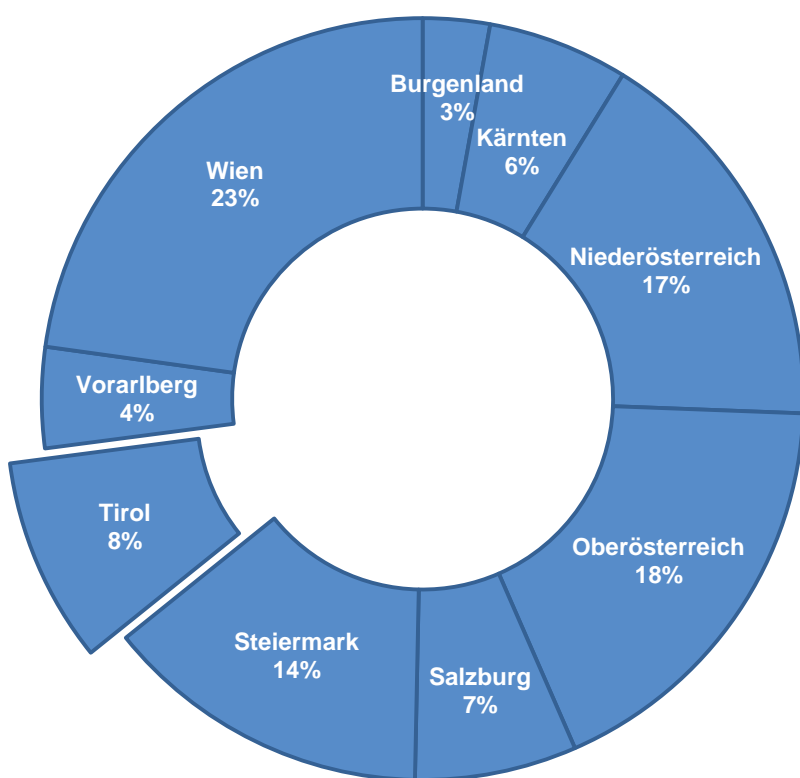
Im Verlauf des ersten Halbjahres 2013 gingen die Arbeitslosenquoten tendenziell zurück. Auch die Zahlen der Arbeitslosen reduzierten sich - allerdings nur im Vergleich mit dem jeweiligen Vormonat.

Im Jahresvergleich stiegen sowohl die Anzahl der Arbeitslosen, als auch die Arbeitslosenquoten teilweise kräftig an. Am stärksten im Juni 2013, in dem die Zahl der Arbeitslosen um 10,1% über der Anzahl im Jahr

2013 lag. Der Höchststand an Arbeitslosigkeit wurde - auch saisonbedingt - im Jänner mit 338.421 Personen erreicht. Die Männer machten fast zwei Drittel der Arbeitslosen aus.

Unselbständige Beschäftigte in Österreich

Beschäftigung im Quartalsdurchschnitt				
	Q II 2013	Q II 2012	Veränderung %	absolut
Burgenland	99.060	98.074	1,0%	986
Kärnten	207.714	209.502	-0,9%	-1.788
Niederösterreich	584.650	583.243	0,2%	1.407
Oberösterreich	621.647	617.489	0,7%	4.158
Salzburg	239.300	238.448	0,4%	852
Steiermark	484.013	482.693	0,3%	1.320
Tirol	303.264	297.131	2,1%	6.133
Vorarlberg	148.705	146.765	1,3%	1.940
Wien	794.024	788.612	0,7%	5.412
ÖSTERREICH	3.482.376	3.458.958	0,7%	23.418



Anteile der Bundesländer an allen unselbständigen Beschäftigten im zweiten Quartal 2013

Gegenüber dem Vorjahr stieg die Beschäftigung in Österreich im zweiten Quartal 2013 um 0,7% an und erreichte einen Stand von 3.482.376 Personen im Quartalsdurchschnitt.

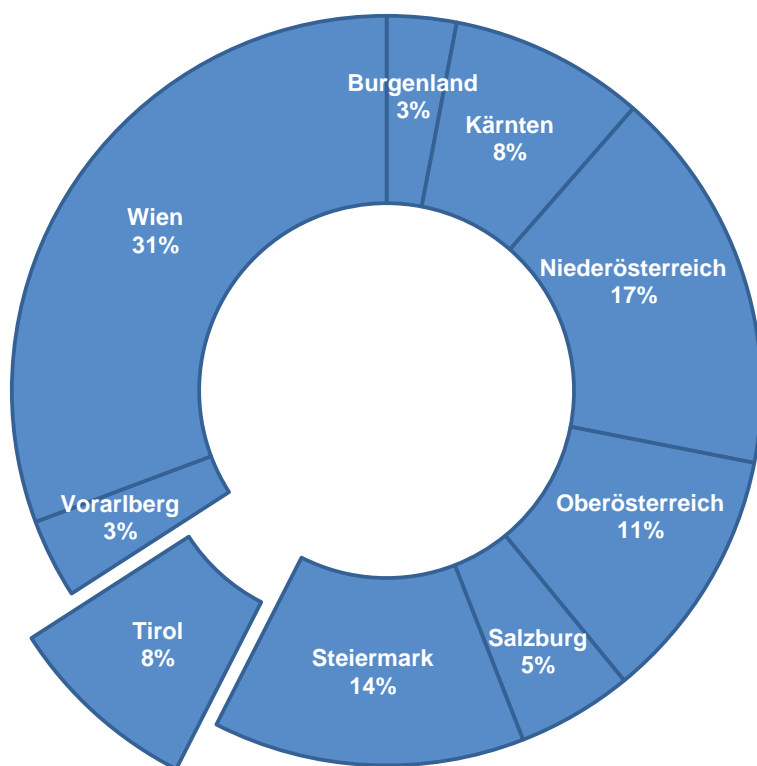
Die Zunahme erfolgte in allen Bundesländern mit Ausnahme von Kärnten, wo die Zahl der Beschäftigten um 0,9% bzw. um 1.788 Personen absank.

In Tirol stieg die Beschäftigung mit einem Plus von 2,1% bzw. von 6.133 Personen drei Mal so stark an, wie im österreichischen Durchschnitt. Am zweitstärksten stieg die Zahl der Beschäftigten in Vorarlberg mit 1,3%.

Arbeitslosigkeit in den Bundesländern

	durchschnittliche Arbeitslosigkeit			
	Q II 2013	Q II 2012	ggü. VQ	absolut
Burgenland	7.966	6.445	23,6%	1.521
Kärnten	22.371	17.211	30,0%	5.160
Niederösterreich	44.202	38.580	14,6%	5.621
Oberösterreich	29.160	23.794	22,6%	5.366
Salzburg	13.259	11.456	15,7%	1.803
Steiermark	35.650	29.968	19,0%	5.682
Tirol	22.256	20.737	7,3%	1.520
Vorarlberg	9.064	8.714	4,0%	350
Wien	81.460	77.418	5,2%	4.042
ÖSTERREICH	265.388	234.323	13,3%	31.064

Q: AMS - Monatsdaten; Eigenberechnung der AK



Anteile der Bundesländer an allen Arbeit suchenden Personen im zweiten Quartal 2013

Parallel zur Beschäftigungszunahme erfolgte aber auch eine deutliche Steigerung der Zahlen der Arbeitslosen in Österreich. Im Vergleich zum Vorjahresquartal nahm die Anzahl der Personen auf Arbeitssuche gleich um 13,3% bzw. um mehr als 31.000 Personen zu. Die stärkste Zunahme war in Kärnten mit einem Plus von 30% zu verzeichnen.

Tirol hielt sich im Vergleich relativ gut, obwohl auch

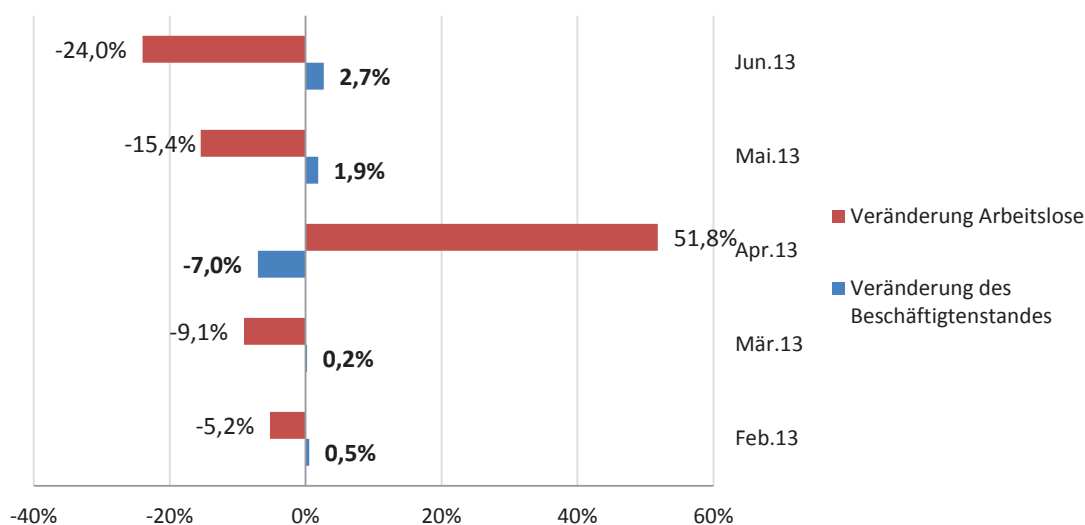
hier die Arbeitslosenzahlen um 7,3% bzw. um mehr als 1.500 Personen im Quartalsdurchschnitt zunahm. Die geringste Zunahme an Arbeitslosigkeit war in Vorarlberg mit 4% zu verzeichnen.

Der Arbeitsmarkt in Tirol: Quartal I & II 2013

Monat	Beschäftigte			gemeldete Arbeitslose			Arbeitslosenrate		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Jän.13	316.846	152.585	164.261	20.721	5.995	14.726	6,1%	3,8%	8,2%
Feb.13	318.579	153.116	165.463	19.640	5.895	13.745	5,8%	3,7%	7,7%
Mär.13	319.275	151.787	167.488	17.857	7.000	10.857	5,3%	4,4%	6,1%
Apr.13	296.886	138.095	158.791	27.113	14.384	12.729	8,4%	9,4%	7,4%
Mai.13	302.406	140.834	161.572	22.928	12.271	10.657	7,0%	8,0%	6,2%
Jun.13	310.499	145.563	164.936	17.428	9.194	8.234	5,3%	5,9%	4,8%
Veränderung gegenüber Vormonat									
Feb.13	0,5%	0,3%	0,7%	-5,2%	-1,7%	-6,7%	-0,3	-0,1	-0,5
Mär.13	0,2%	-0,9%	1,2%	-9,1%	18,7%	-21,0%	-0,5	0,7	-1,6
Apr.13	-7,0%	-9,0%	-5,2%	51,8%	105,5%	17,2%	3,1	5,0	3,3
Mai.13	1,9%	2,0%	1,8%	-15,4%	-14,7%	-16,3%	-1,4	-1,4	-1,2
Jun.13	2,7%	3,4%	2,1%	-24,0%	-25,1%	-22,7%	-1,7	-2,1	-1,4

Q: AMS, Hauptverband der Sozialversicherungsträger

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit - Veränderungsraten TIROL



Beschäftigung und Arbeitslosigkeit sind in Tirol stark vom Saisonsbetrieb im Tourismus gekennzeichnet, wodurch es zu erheblichen Schwankungen kommt. Vor allem im Bereich der Arbeitslosenzahlen sind immer wieder sehr große Veränderungen zu beobachten. Diese betreffen in erster Linie die Zahl der arbeitssuchenden Frauen, die überdurchschnittlich oft im Tourismus tätig waren.

So war vom März 2013 auf den April 2013 eine Verdoppelung der beim AMS gemeldeten Frauen zu verzeichnen, während die Zahl der arbeitslosen Männer lediglich um 17,2% zunahm.

Beschäftigung in Tirol: Quartal I & II 2013

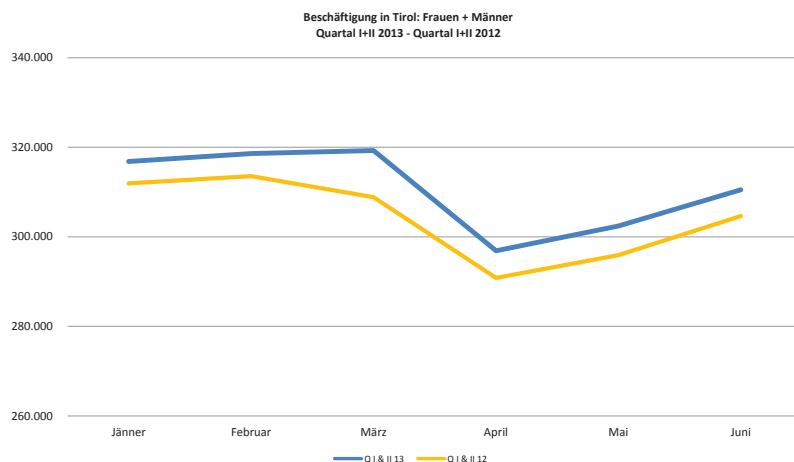
Beschäftigung in Tirol						
	ALLE	FRAUEN	MÄNNER	Alle-%*	Frauen-%*	Männer-%*
Jän.13	316.846	152.585	164.261	1,6%	1,9%	1,3%
Feb.13	318.579	153.116	165.463	1,6%	1,9%	1,4%
Mär.13	319.275	151.787	167.488	3,4%	4,2%	2,6%
Apr.13	296.886	138.095	158.791	2,1%	2,6%	1,6%
Mai.13	302.406	140.834	161.572	2,2%	2,8%	1,7%
Jun.13	310.499	145.563	164.936	1,9%	2,3%	1,6%

*Veränderung ggü. Jeweiligem Vorjahr

Q: Hauptverband der Sozialversicherungsträger

Unselbständige Beschäftigte in Tirol

Beschäftigung im Quartalsdurchschnitt				
	Q II 2013	Q II 2012	Veränderung %	absolut
Imst	24.107	23.870	1,0%	237
Innsbruck (inkl. IL)	121.453	120.457	0,8%	996
Kitzbühel	23.753	23.473	1,2%	280
Kufstein	43.050	42.253	1,9%	797
Landeck	16.733	16.507	1,4%	226
Lienz	18.199	18.139	0,3%	60
Reutte	12.534	12.388	1,2%	146
Schwaz	34.407	33.450	2,9%	957
Tirol	303.264	297.131	2,1%	6.133



Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Beschäftigung in Tirol um mehr als 6.000 Personen an - das entspricht einer Zunahme von 2,1%. Die stärkste Beschäftigungssteigerung war im Bezirk Schwaz zu beobachten, in dem sich der Kreis der beschäftigten Personen um 2,9% ausweitete. Nur eine geringe Zunahme der Anzahl der Personen in Beschäftigung war im Bezirk Lienz zu sehen. Gegenüber dem Vorjahresquartal stagnierte die Beschäftigung beinahe.

Ein statistischer Hinweis: aufgrund der Datenlage beim Hauptverband weicht die Summe der Beschäftigten in allen Bezirken von der Tiroler Gesamtsumme ab. Rund 10.000 Beschäftigte können nur dem Bundesland Tirol zugeordnet werden, nicht aber einem einzelnen Bezirk.

Arbeitslosigkeit in Tirol - GESAMT

GESAMT		Vorjahr	ggü. Vorjahr
Quartal I 2013	Jän.13	20.721	19.866 4,3%
	Feb.13	19.640	19.277 1,9%
	Mär.13	17.857	18.012 -0,9%
Quartal II 2013	Apr.13	27.113	25.392 6,8%
	Mai.13	22.928	21.295 7,7%
	Jun.13	17.930	15.523 15,5%

Q: AMS

Arbeitslosigkeit in Tirol - FRAUEN

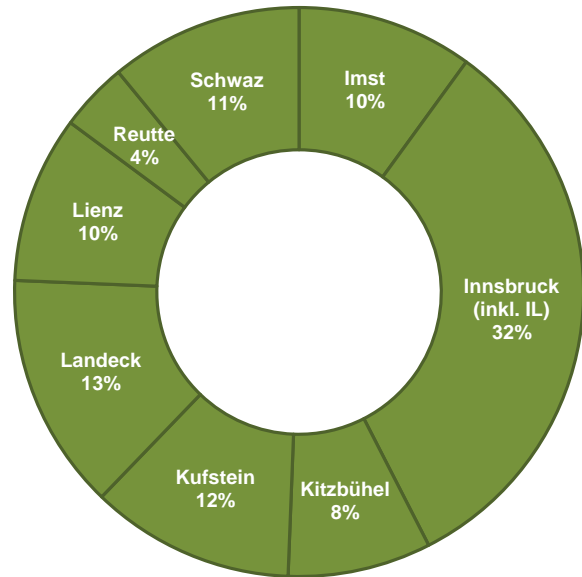
FRAUEN		Vorjahr	ggü. Vorjahr
Quartal I 2013	Jän.13	5.995	5.746 4,3%
	Feb.13	5.895	5.671 3,9%
	Mär.13	7.000	7.521 -6,9%
Quartal II 2013	Apr.13	14.384	13.579 5,9%
	Mai.13	12.271	11.478 6,9%
	Jun.13	9.194	8.224 11,8%

Q: AMS

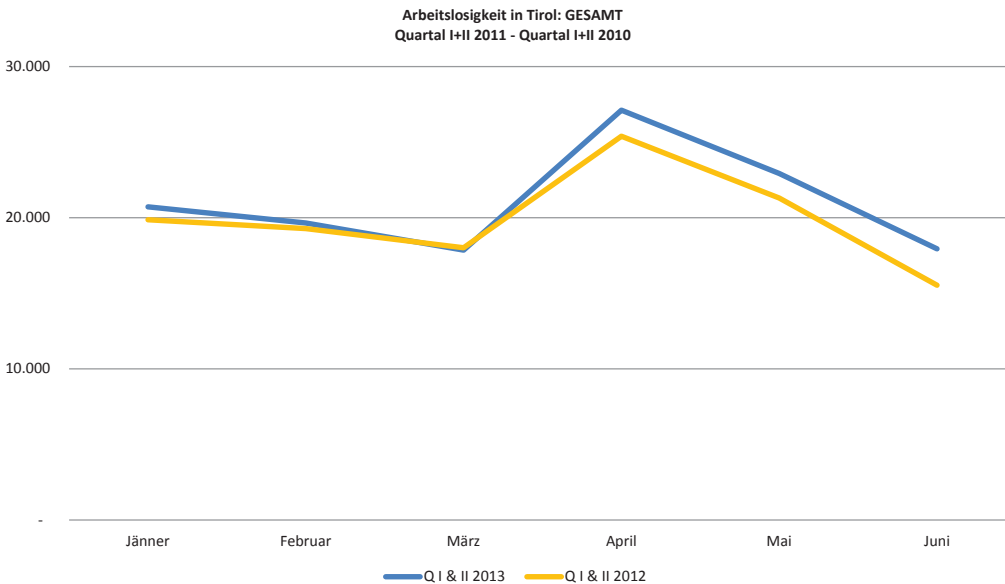
Arbeitslosigkeit in Tirol - MÄNNER

MÄNNER		Vorjahr	ggü. Vorjahr
Quartal I 2013	Jän.13	14.726	14.120 4,3%
	Feb.13	13.745	13.606 1,0%
	Mär.13	10.857	10.491 3,5%
Quartal II 2013	Apr.13	12.729	11.813 7,8%
	Mai.13	10.657	9.817 8,6%
	Jun.13	8.736	7.299 19,7%

Q: AMS



Anteile der Tiroler Bezirke an der Arbeitslosigkeit im zweiten Quartal 2013



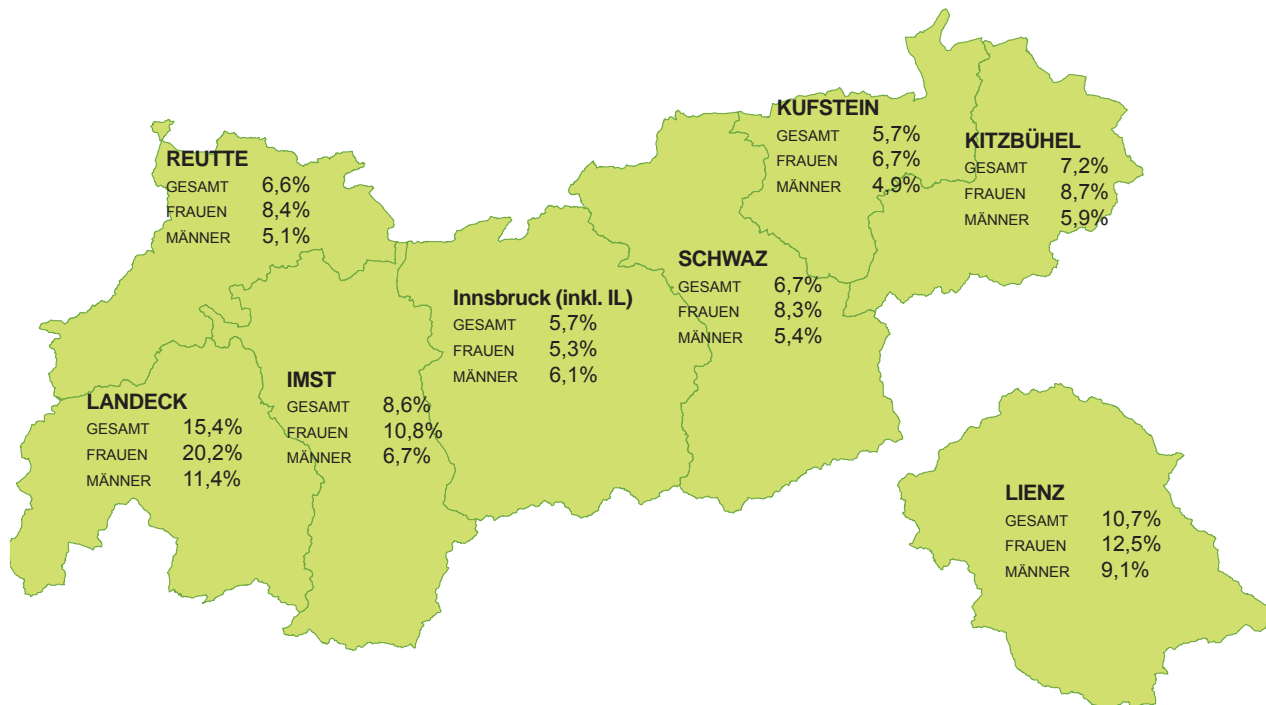
Ab dem April 2013 überholte die Anzahl der Arbeitslosen die Vorjahresziffern deutlich. Im April 2013 waren um 6,8% mehr Personen in Tirol auf Arbeitssuche als ein Jahr zuvor. Zwei Monate später, im Juni, waren es sogar 15,5% mehr.

Ab März lagen die Zunahmen bei den Männern über denjenigen der Frauen. Während im Juni die Zahl der arbeitslosen Frauen um 11,8% über dem Vorjahr lag,

betrug der Zuwachs bei den Männern 19,7%.

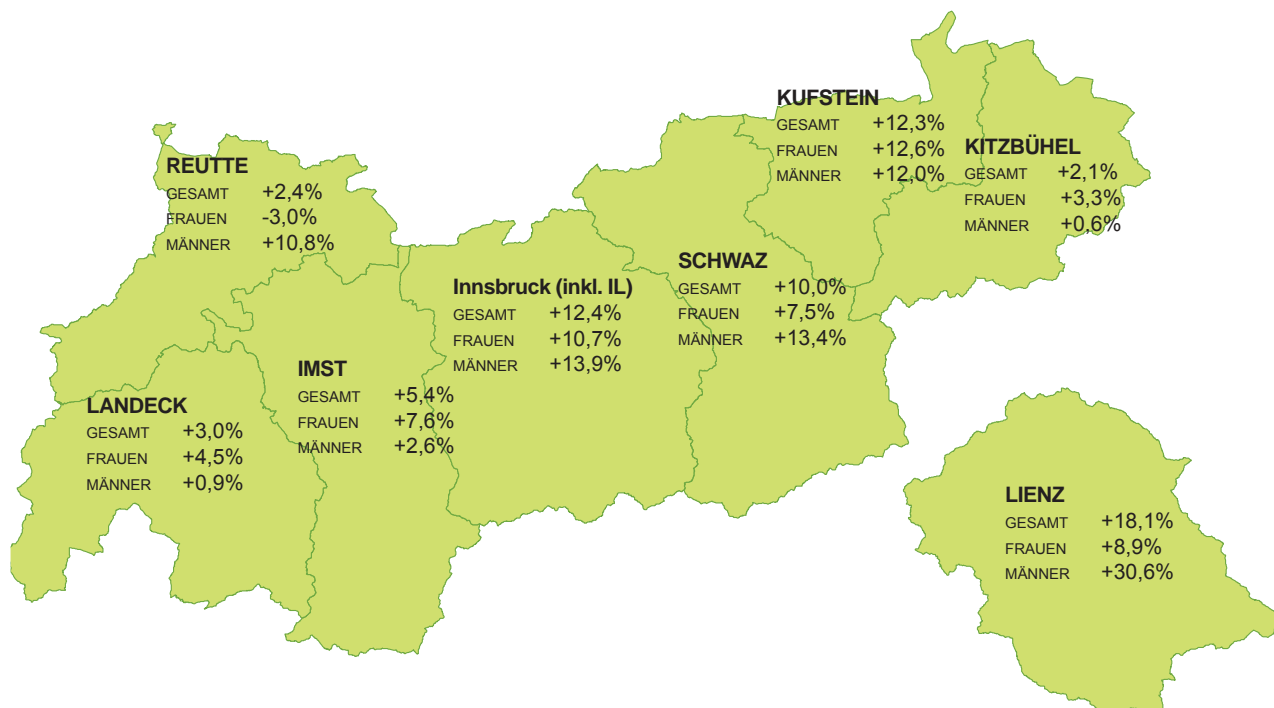
Fast ein Drittel aller Arbeitslosen war im Arbeitsmarktbezirk Innsbruck und Innsbruck-Land zu finden.

Arbeitslosenraten Quartal II 2013



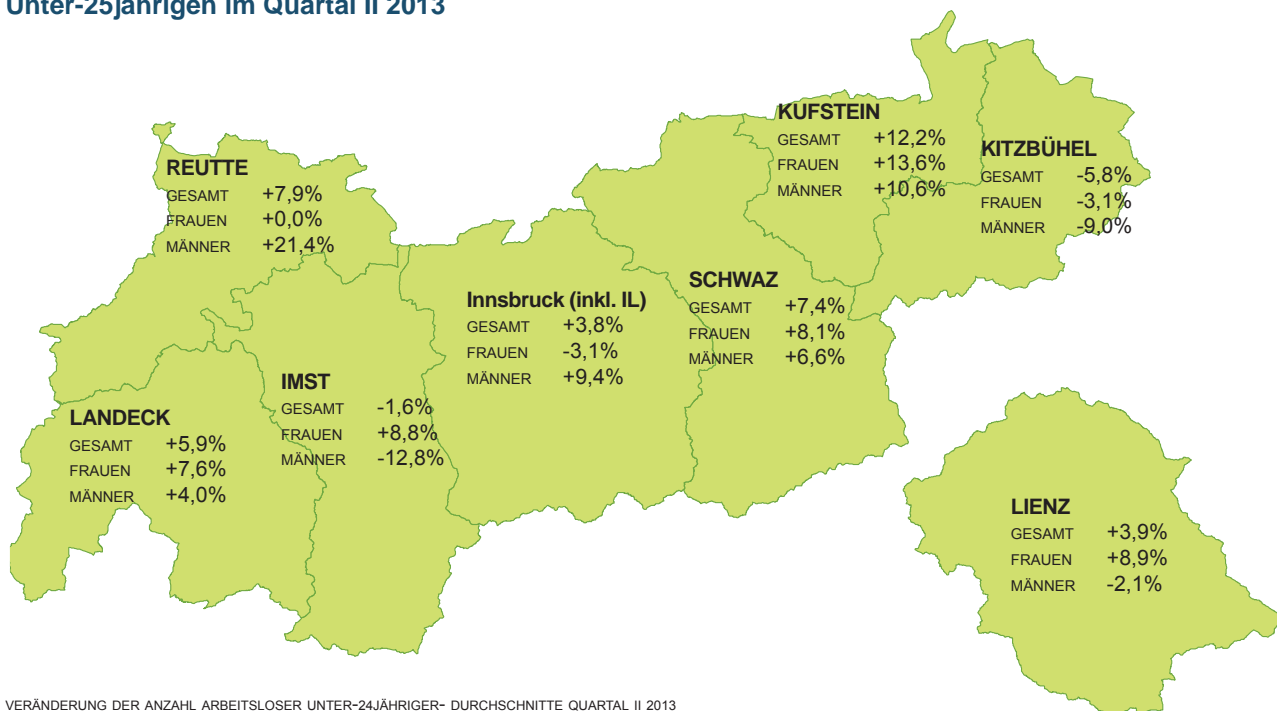
ARBEITSLOSENRATEN DER TIROLER BEZIRKE - DURCHSCHNITTE QUARTAL II 2013
Q: AMS, BERECHNUNG DER AK

Veränderung der Anzahl der Arbeitslose Quartal II 2013



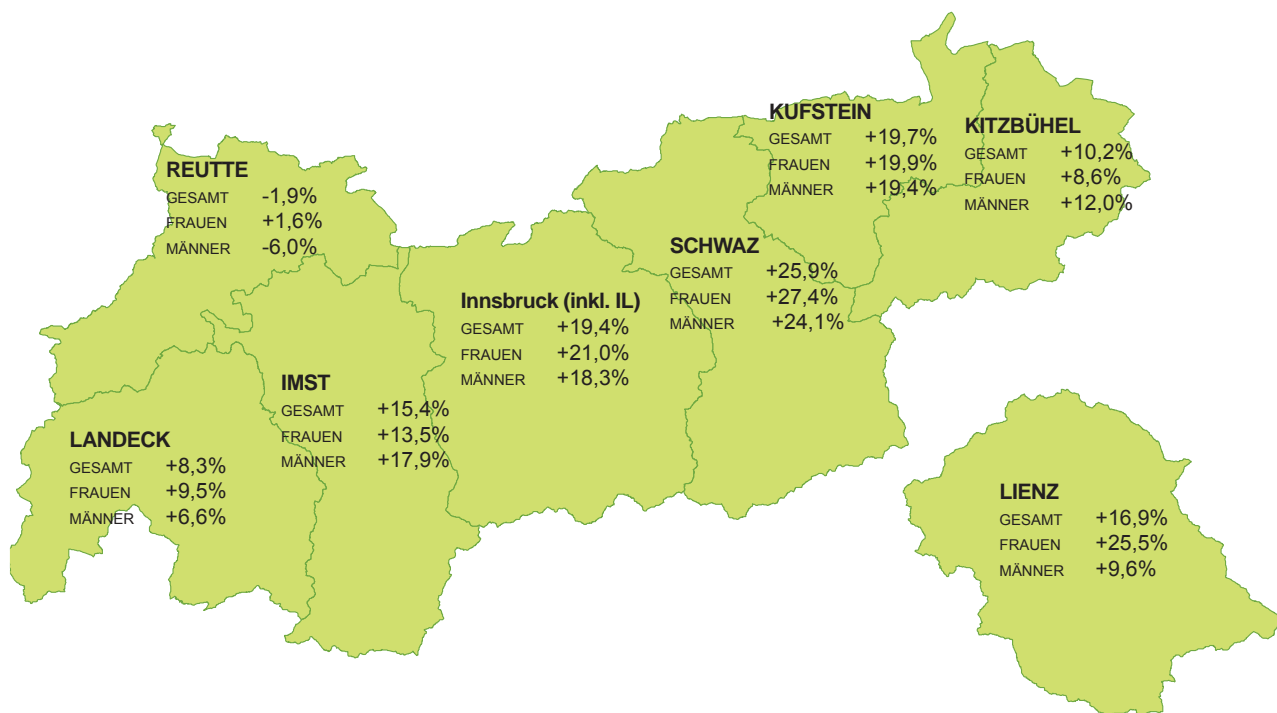
VERÄNDERUNG DER ANZAHL DER ARBEITSLOSEN GEGENÜBER DEM VORJAHR:
QUARTAL II 2013
Q: AMS, BERECHNUNG DER AK

Veränderung der Anzahl der arbeitslosen Unter-25jährigen im Quartal II 2013



VERÄNDERUNG DER ANZAHL ARBEITSLOSER UNTER-24JÄHRIGER- DURCHSCHNITTE QUARTAL II 2013
Q: AMS, BERECHNUNG DER AK

Veränderung der Anzahl der arbeitslosen Über-50jährigen im Quartal II 2013

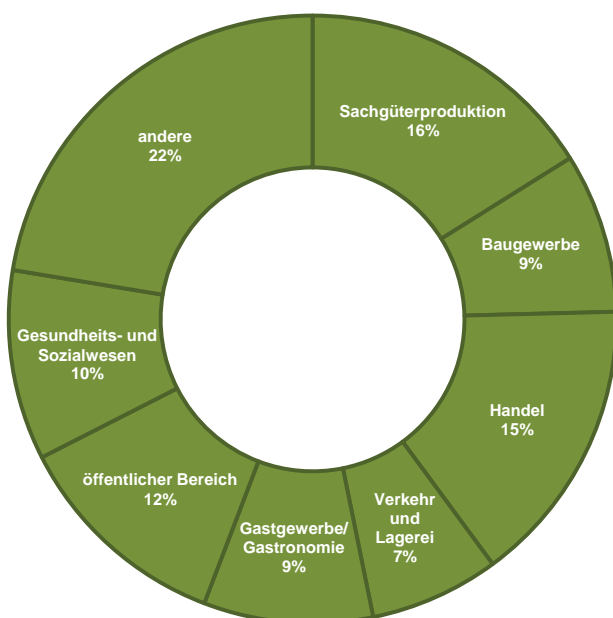


VERÄNDERUNG DER ANZAHL DER ARBEITSLOSER ÜBER-50JÄHRIGEN - DURCHSCHNITTE QUARTAL II 2013
Q: AMS, BERECHNUNG DER AK

Beschäftigte pro Wirtschaftsabschnitt in Tirol

	Q II 2013	Veränderung ggü. VJ	absolut
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1.266	0,1%	1
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	449	2,0%	9
Verarbeitendes Gewerbe / Herstellung von Waren	48.954	0,3%	170
Energieversorgung	2.728	0,5%	13
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung	1.158	-1,6%	-19
Baugewerbe / Bau	25.837	1,5%	377
Handel	46.524	1,3%	581
Verkehr und Lagerei	20.986	14,3%	2.625
Gastgewerbe / Beherbergung und Gastronomie	27.163	1,7%	444
Information und Kommunikation	3.506	-1,0%	-36
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	8.903	-1,1%	-97
Grundstücks- und Wohnungswesen	2.326	14,8%	301
freiberufl., wissenschaftl., techn. Dienstleistungen	10.454	1,8%	186
sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	11.137	0,5%	57
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	35.370	1,3%	451
Erziehung und Unterricht	7.952	1,8%	143
Gesundheits- und Sozialwesen	30.535	2,8%	828
Kunst, Unterhaltung und Erholung	2.785	-1,6%	-46
sonstigen Dienstleistungen	6.127	2,5%	148
Private Haushalte	290	1,5%	4
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	-	-	0
Wirtschaftsklasse unbekannt	8	0,0%	0
PräsenzdienerInnen	798	29,2%	181
KBG- bzw. KRG- BezieherInnen	8.007	-2,3%	-188
Insgesamt	303.264	2,1%	6.132

Q: HV der Sozialversicherungen



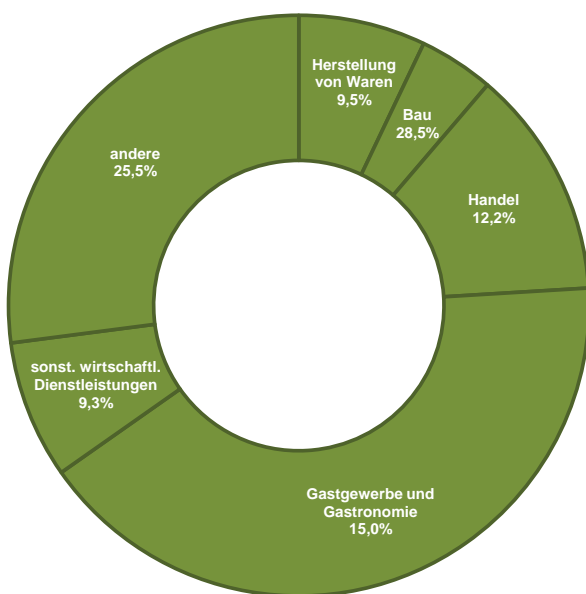
Branchen mit mehr als 5% Anteil an den Beschäftigten in Tirol (Quartalsdurchschnitt).

* öffentlicher Bereich = öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen

Arbeitslose pro Wirtschaftsabschnitt in Tirol

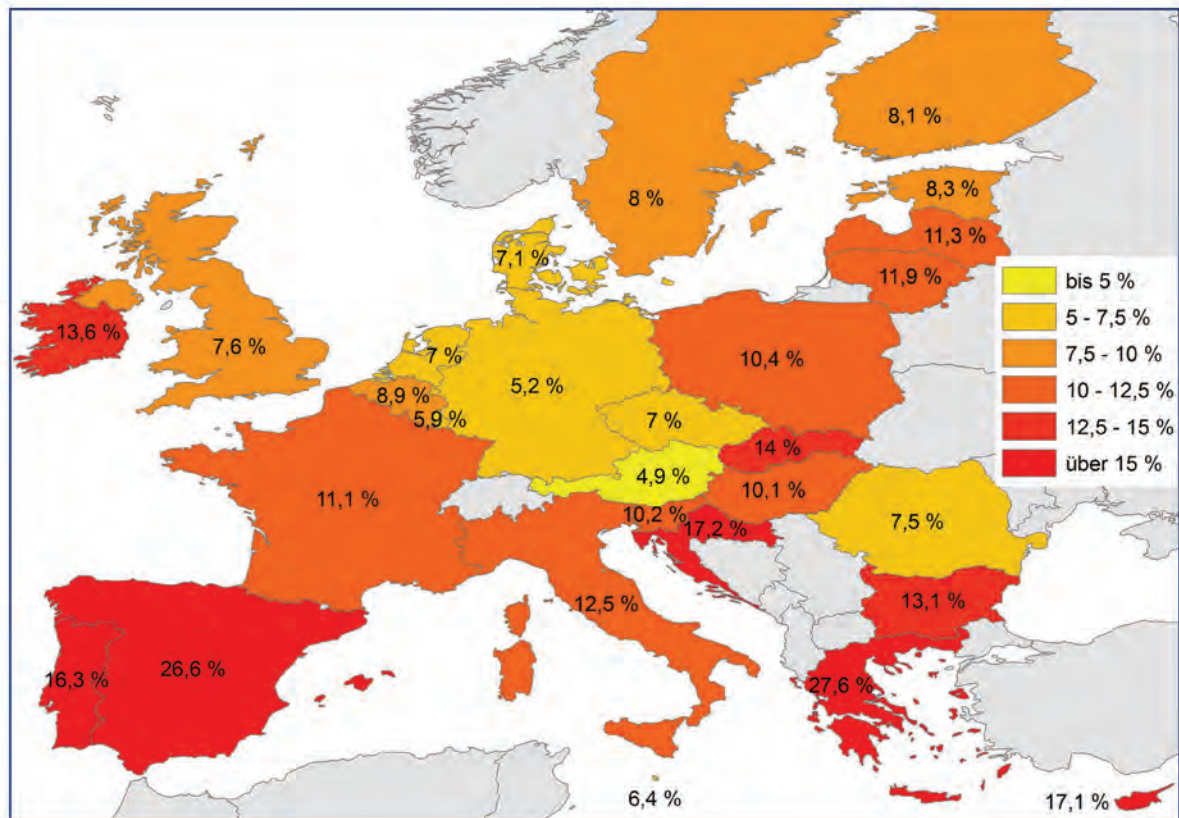
	Q II 2013	Veränderung ggü. VJ	absolut
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	55	14,6%	7
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	13	85,7%	6
Verarbeitendes Gewerbe / Herstellung von Waren	1.590	16,9%	230
Energieversorgung	30	11,1%	3
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung	57	15,6%	8
Baugewerbe / Bau	939	7,3%	64
Handel	2.867	10,6%	274
Verkehr und Lagerei	1.952	5,1%	95
Gastgewerbe / Beherbergung und Gastronomie	9.251	5,4%	476
Information und Kommunikation	134	34,9%	35
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	167	9,6%	15
Grundstücks- und Wohnungswesen	105	-1,9%	-2
freiberufl., wissenschaftl., techn. Dienstleistungen	523	27,7%	114
sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	1.726	15,7%	234
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	356	7,5%	25
Erziehung und Unterricht	614	-7,5%	-50
Gesundheits- und Sozialwesen	1.045	18,7%	164
Kunst, Unterhaltung und Erholung	242	3,7%	9
sonstigen Dienstleistungen	303	6,8%	19
Private Haushalte	15	-13,5%	-2
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	-	-	-1
sonstiges	507	6,9%	33
Insgesamt	22.490	8,5%	1753

Q: AMS



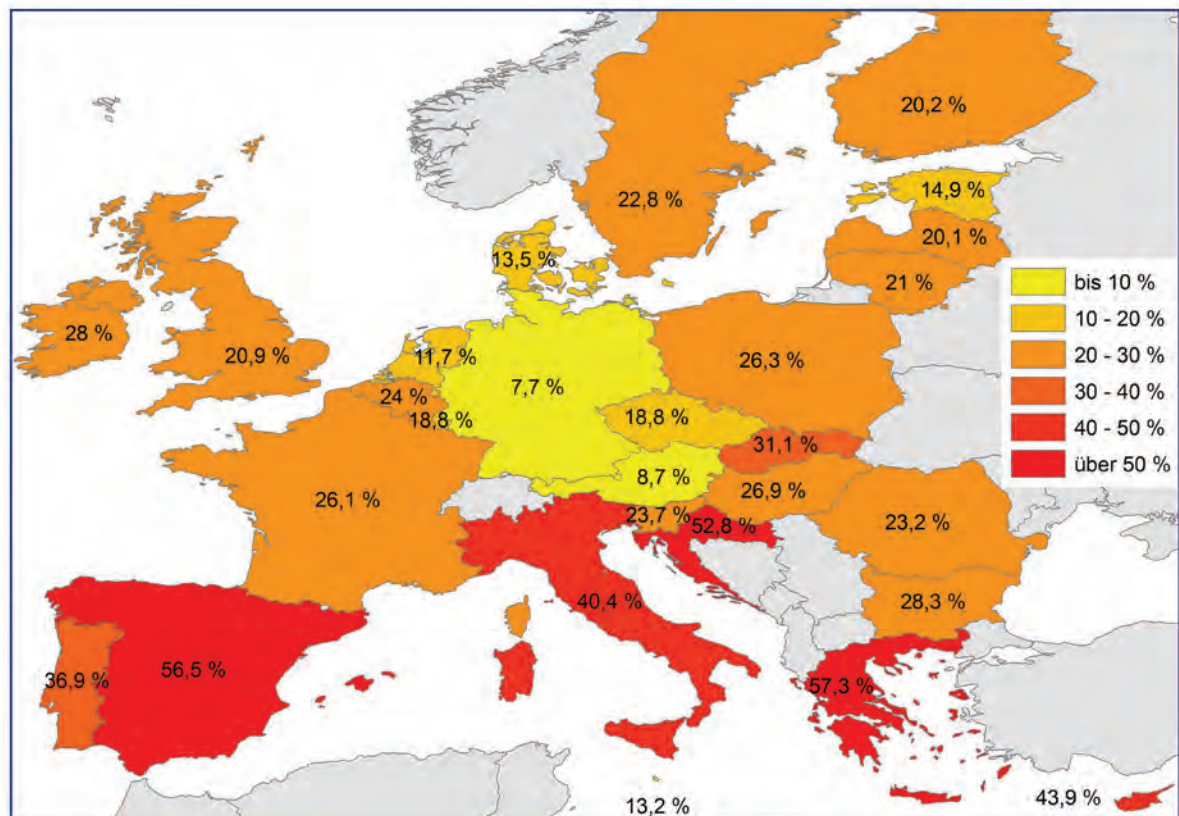
Branchen mit mehr als 5% Anteil an den Arbeitslosen in Tirol (Quartalsdurchschnitt).

Arbeitslosigkeit in Europa

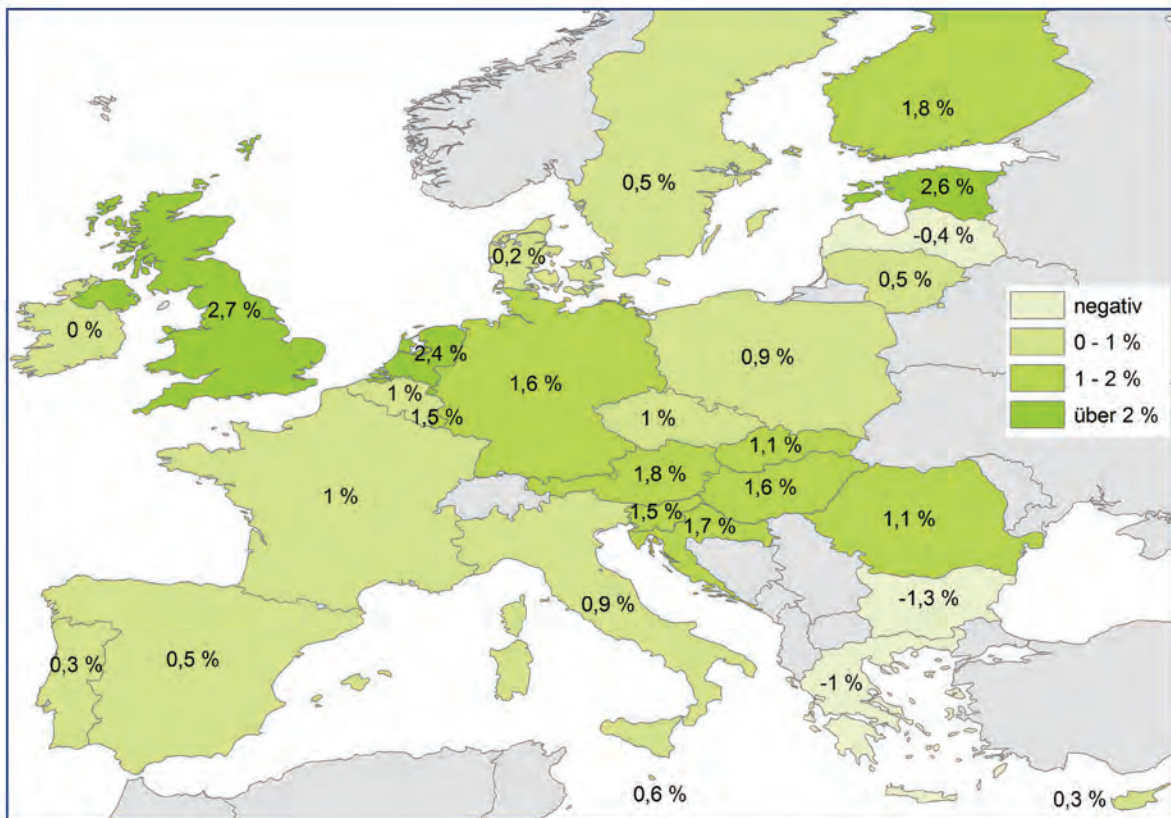


Q jeweils: Eurostat

Jugendarbeitslosigkeit in Europa: Unter-25jährige



Inflation in der EU: August 2012



Q: Eurostat, HVPI

Wir sind für Sie da



Impressum:
Medieninhaber und Verleger:
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol
Maximilianstraße 7, 6020 Innsbruck
Verfasser: Abteilung Wirtschaftspolitik, AK Tirol

Arbeiterkammer Tirol
Maximilianstraße 7, 6020 Innsbruck
www.ak-tirol.com
ak@tirol.com

AK Tirol in den Bezirken:

Imst, Rathausstraße 1, 6460 Imst
Kitzbühel, Rennfeld 13, 6370 Kitzbühel
Kufstein, Arkadenplatz 2, 6330 Kufstein
Landeck, Malsersstraße 11, 6500 Landeck
Lienz, Beda-Weber-Gasse 22, 9900 Lienz
Reutte, Mühler Straße 22, 6600 Reutte
Schwaz, Münchner Straße 20, 6130 Schwaz
Telfs, Moritzenstraße 1, 6410 Telfs

kostenlose AK-Servicenummer:
Tel.: 0800/ 22 55 22